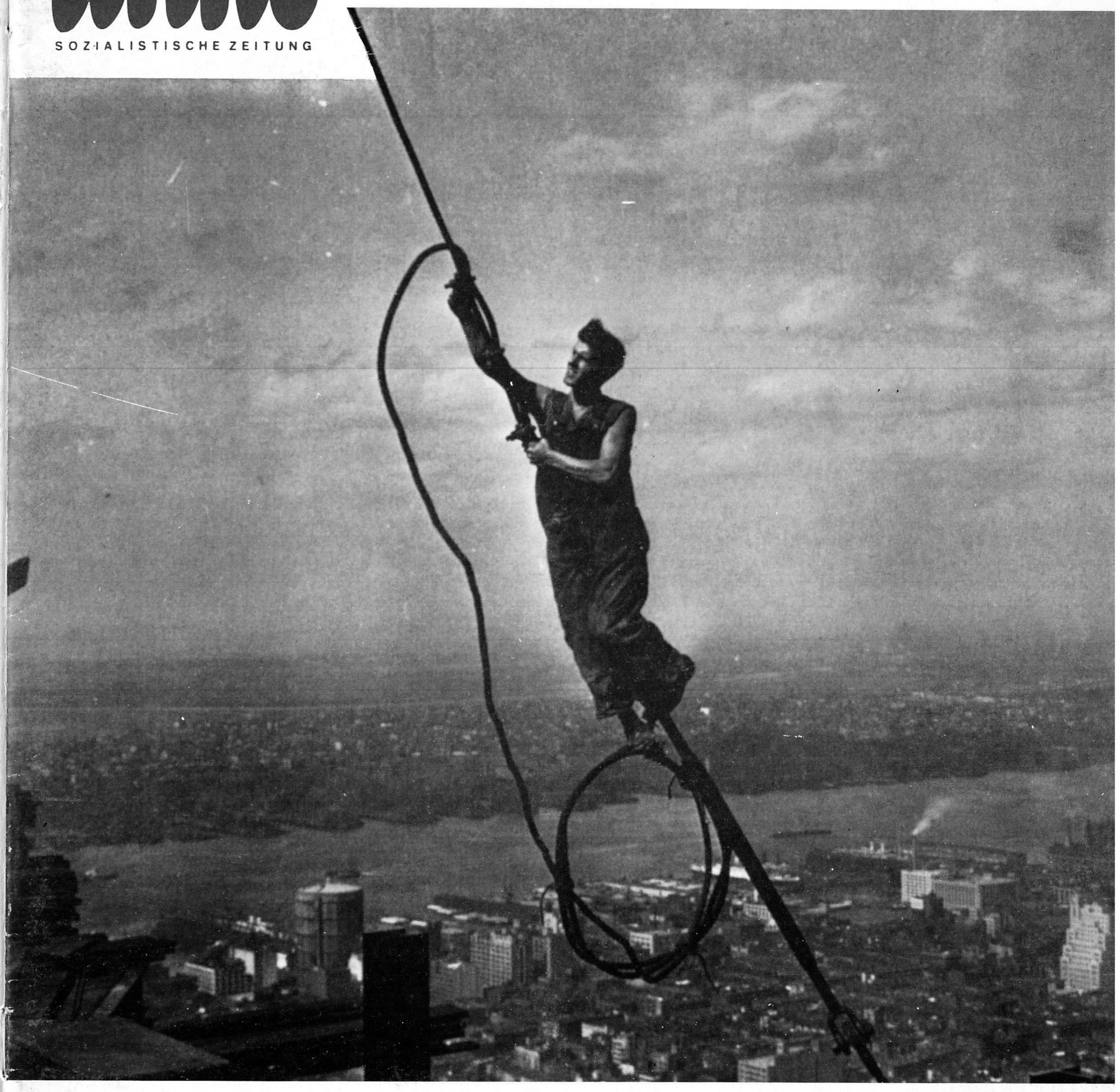
D 1600 E
Offenbach Nr. 270 **November 1992**
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG



Thema: Das Modell Deutschland im Umbruch

Umwelttag: Institutionalisierung eines Lebensgefühls • Währungskrise und nationale Machtpolitik • Ausländerfeindlichkeit • Wahlen in Angola • Neues zum Internationalismus • US-Wahlkampf • KuKluxKlan

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ganze bleibt das Unwahre, aber uns geht es in den nächsten Wochen und Monaten um ganz viel. Seit dem Frühsommer debattieren wir in dieser Zeitung und in der Arbeitsgruppe „neue links" ein zeitgemäßes publizistisches, redaktionelles und finanzielles Konzept. Wir hoffen, bis zum Jahresende ein solches vorlegen zu können, um dann zu entscheiden, ob und wie es umzusetzen ist.

Die Arbeit am inhaltlichen Neukonzept ist jedoch sinnlos, wenn wir schon vorher zumachen müssen, weil uns die finanzielle Basis entgleitet. Als kleine Zeitung mit dem ebenfalls schwächer gewordenen Sponsor SB im Rücken haben wir für Abonnenten- und Fördererwerbung praktisch keine anderen Mittel als die Mobilisierung unserer Leserinnen und Leser, die bei den potentiellen Interessentinnen und Interessenten für die Qualität des unbekannten Organs bürgen. Dafür möchten wir Sie bzw. Euch nicht einladen, sondern förmlich auffordern. Fast niemand außer Euch bzw. Ihnen kann uns dabei helfen. Wenn es uns nicht gelingt, Leserinnen und Leser bis zum Jahresende dafür zu motivieren, sehr viele Neuabonnenten im Freundes- und Bekanntenkreis für Normal- oder Fördererabos (ab DM 100,—/Jahr) zu gewinnen, dann geht uns buchstäblich die Luft aus. Wir bitten deshalb Leserinnen und Leser ganz dringend, für die „links" zu werben. Wir betrachten diese ultimative Aufforderung nicht als Zumutung, weil sie der Kassenlage entspricht und weil wir als arbeitende Redaktion bereit und in der Lage sind, kurzfristig eine qualitativ bessere „neue links" herauszubringen, sofern wir die finanzielle Basis konsolidieren können.

Linke Publikationen gehen reihenweise ein. Der einen oder anderen wird niemand nachtrauern. Wir glauben jedoch, daß wir von unserer Tradition aus 1968, kritischer Theorie und undogmatisch-libertärem Sozialismus für politische Anknüpfungspunkte garantieren können, die sich lohnen, weitergereicht zu werden. Dabei geht es nicht um sterile Traditionspflege, sondern genauso um einen inhaltlich zu bestimmenden Neubeginn — mit neuen Themen, neuen journalistischen Formen und jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Redaktion — nicht zu verwechseln mit dem seichten post-Gerede der Zeitgeistler. Die bisher arbeitende Redaktion steht dafür ein, daß inhaltliche Erneuerung und Aufrechterhaltung des Niveaus nicht kollidieren. Radikale Gesellschaftskritik, emanzipatorische Ansprüche, solidarische und egalitäre Standards gegenüber allen Menschen, Antikapitalismus, Anti-Etatismus und Anti-Imperialismus haben sich mit Sicherheit nicht überlebt, nur weil einigen der früheren Mitstreiterinnen und Mitstreitern die intellektuellen und politischen Ansprüche in den Keller gefallen und die metropolitanen lifestyle-Bedürfnisse kräftig angeschwollen sind.

Die Redaktion

Renate Damus ist gestorben

Als Politologie-Professorin der Universität Osnabrück lehrte sie Wirtschaft des Ostblocks, auch bei den Grünen galt ihr Interesse der Ost-West-Kooperation und der Ökonomie. Innerhalb der Partei war sie eine Vertreterin der Strömung der „undogmatischen Linken". Im Sommer 1990 wurde sie neben Heide Rühle und Hans-Christian Ströbele Sprecherin der Partei. Ein knappes halbes Jahr später, beim Parteitag in Neumünster, wurde sie abgelöst.

Vom Sozialismus, den sie als „Gesellschaft mit einem möglichst hohen Maß an individueller Entfaltung" definierte, leitete sie ihre Vision einer „Gesellschaft des ökologischen Humanismus" ab, in dem „das Individuum Subjekt werden" müsse. Renate Damus verfocht ihren Standpunkt mit Entschiedenheit.

Mit Renate Damus verliert unsere Zeitung eine langjährige und wertvolle freie Mitarbeiterin.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider, Sigrid Schönecker.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSBÜRO:
Sigrid Schönecker (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO aus Lewis W. Hine:
Men at work

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Dezember/Januar-Ausgabe 92/93 ist der 26.11.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Wolfgang Hermann / Walter Lochmann
Gewerkschaftskrise eingeläutet, Unternehmenspleite abgewendet **5**

AKTUELL

Komitee für Grundrechte und Demokratie
Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland
Ein Memorandum **6**

Joachim Hirsch
Währungskrise, Maastricht und nationale Machtpolitik **9**

HINTERGRUND

Bernd Röttger
Die Renaissance des Nationalen
Die gefährlichen Illusionen deutscher Maastricht-Kritik **11**

THEMA: Modell Deutschland im Umbruch

Peter Kern
Trojanisches Pferd oder nur Modernisierungspakt?
Über Gruppenarbeit und Gruppendynamik in den Betrieben **13**

Martin Jander / Jürgen Kädtler / Gisela Kottwitz / Stefan Lutz
Betriebsräterebellion im Osten **16**

Ludi Lodovico
Kopflose Kopflanger **18**

Christoph Görg
Keine Panik auf der Titanic !?
Oder: Wie institutionalisiere ich ein Lebensgefühl **19**

Anja Ruf
Umwelttag-Bonbons **23**

Felix Schneider
Ein neues linkes Projekt?
Interview mit Peter Glotz **24**

Die *links* erscheint im Dezember als Doppelnummer (Dez./Jan.) Der Auslieferungstermin verschiebt sich daher auf die zweite Dezemberwoche.

INTERNATIONAL

Heimo Claasen
Der Zauberlehrling ist sauer
Wahlen in Angola:
Savimbi ausgezählt **27**

Thomas Beier
Schattenseiten und ein Lichtblick:
Neue Überlegungen zum Internationalismus **30**

Peter-Erwin Jansen
Der US-Wahlkampf ist vorbei
Die ,,rassistische Karte'' in der amerikanischen Politik **32**

Anton Maegerle
Rassistische Kapuzenmänner:
der KuKluxKlan **35**

THEORIE

Hans-Ernst Schiller
Sprache, Nation und Utopie **36**

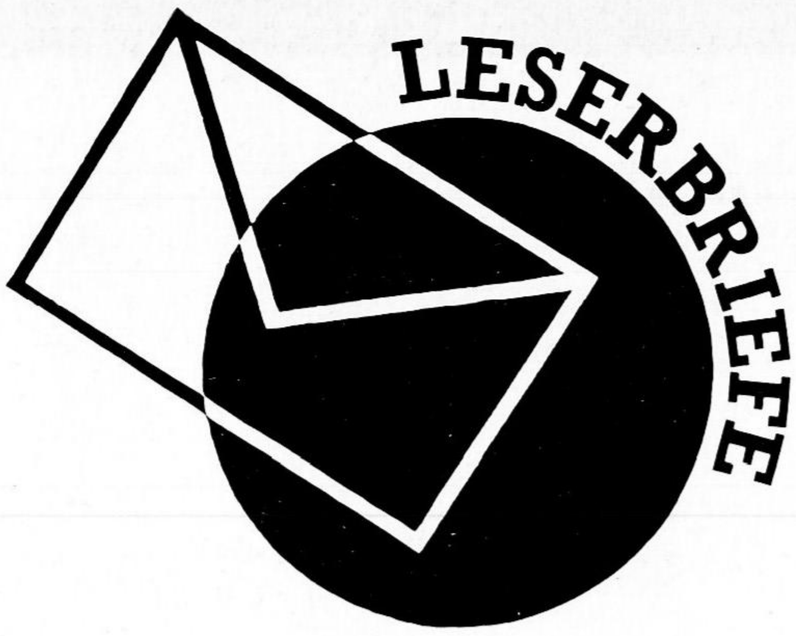
NACHRUF

Wolfgang Völker
Zur Erinnerung an Niko Diemer **40**

RUBRIKEN

Editorial 2
Leserbriefe 4
Lektüre 26
Termine 42
cosa nostra:
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Zeichnung: Stuttmann



Betr.: *links* Nr. 269

Kein Abschied

Ich freue mich immer, wenn es in der *links* lebendig zugeht und so hat mich auch der Leserbrief zu meinem Leserbrief gefreut, den ich nun meinerseits mit einem Leserbrief beantworten möchte, d.h. ich möchte ein wenig dem Schmitt-Wiemann widersprechen.

Zunächst überschätzt er mich, wenn er durch eine Formulierung am Anfang seines Briefes den Eindruck vermittelt, ich gehörte zu den ,,Hauptakteuren der undogmatischen Linken". Ach, du lieber Himmel! Ich war und bin und werde auch in Zukunft, so weit es noch eben geht, einer der vielen namenlosen, nicht sonderlich intelligenten, aber stets bemühten Aktivisten auf der Linken sein. Viel zu faul und träge, um wenigstens durch fleißiges Schaffen jemals über den Durchschnitt hinaus zu gelangen. So gesehen konnte auch mein Brief kein ,,Dokument des Abschieds von der Gemeinsamkeit der einstigen undogmatischen Linken" gewesen sein. Aber auch anders herum wäre kein Schuh draus geworden. Ich habe mich stets als undogmatischer Sozialist/Kommunist verstanden, um das mal konkret zu benennen, und ich habe Gemeinsamkeiten mit Leuten, mit denen zusammen ich etwas mache und mit denen ich mich auf einer bestimmten Konsensbreite verständigen kann. Und da muß ich leider sagen, haben sich seit Jahren immer mehr Leute von mir/uns verabschiedet, weil sie ihren Frieden mit dieser Gesellschaft gemacht haben.

Ich, als Prolet, der ich nicht aus edlen Motiven, sondern aus krassem Eigennutz Sozialist geworden bin, weil ich ein besseres Leben für mich erstrebt habe und dabei langsam zu der Überzeugung gekommen bin, daß es besser sei, sich mit den anderen Scheißern, denen es genauso ging wie mir, zusammenzutun und gemeinsam was zu tun, habe gelernt, daß meine Wünsche sich nur erfüllen werden, wenn diese Gesellschaft von Grund auf, also radikal, verändert wird. Und dabei bin ich geblieben, obwohl ich es nicht auf der Universität studiert habe. Und da ich jetzt auch alt geworden bin, werde ichs wohl für immer bleiben.

Deshalb ist meine Sichtweise auf diese Welt immer noch parteiisch und auch meine Moral sperrt sich an vielen Punkten gegen das, was mir in dieser Gesellschaft gepredigt wird. Denn diese Moral ist immer noch die der Herren; wenn sich da was geändert haben sollte — ich muß es glatt überhört haben. Und deshalb habe ich den Brief des Komitees kritisiert. Das hat allerdings nicht unbedingt etwas damit zu tun, wie ich die Arbeit des Komitees insgesamt sehe. Ich weiß, daß dort auch viel Vernünftiges getan wird, anderes aber auch nach christlichem Moralin riecht. Und solchen Moralisten muß man es dann auch deutlich sagen, weil sie es sonst nicht hören. Da ich von Hause aus Atheist bin, reagiere ich gegenüber christlichem Schmus natürlich besonders allergisch.

Aber kein ,,Abschied". Die Abschiedsbriefe von mir schreiben die Kostedes, Krawinkels, Ciupkes, Zahn, Brumliks und wie sie sonst noch heißen mögen alle selbst. Und ich akzeptiere sie. Und mache für mich weiter.

KLAUS W. KOWOL

Betr.: *links* Nr. 269

Offener Brief an Gysi

Es ist abstoßend und peinlich, wenn Leute, die politisch links von der Mitte beheimatet sind, Energien darauf verwenden, sich voneinander zu distanzieren oder aufeinander einzudreschen, wo ein höheres Maß an Toleranz auch ein simples Gebot politischer Vernunft wäre. Gegensätze und sachhaltige Widersprüche werden dabei nach aller Erfahrung nicht artikuliert und gegebenenfalls ausgetragen, sondern Pappkameraden aufgebaut. In der westdeutschen Linken hat diese Art der Auseinandersetzung Tradition, wobei sich ihrem Selbstverständnis nach Undogmatische in diesem Punkt von den wirklichen oder vermeintlichen Dogmatikern nur graduell, nicht prinzipiell unterscheiden. Nun beteiligen sich also Mitglieder des Neuen Forums an diesem faulen Gesellschaftsspiel.

Warum dokumentiert *links* den Offenen Brief an G. Gysi, ohne nicht wenigstens auszugsweise mitzudokumentieren, worauf er die Antwort ist? Worum es den Initiatoren der ,,Komitees für Gerechtigkeit" geht, stimmt erklärtermaßen genau zu dem Satz der Forum-Mitglieder in ihrem Brief: ,,Sich nicht resigniert zurückzuziehen *und immer neue Wege zu suchen* (Hervorhebung von mir), um alte und neue Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, das erfordert Energie und Solidarität." Gysi hatte zu den Intentionen der Gründungsaufrufer u.a. ausgeführt: ,,Es geht um die Mobilisierung von Menschen, selbstbestimmt und selbstbewußt aufzutreten." Und seine Aufforderung an das Neue Forum zur Mitarbeit so begründet: ,,Das ‚Neue Forum' lehnte bei seiner Gründung Ausgrenzung ab und gewann u.a. daraus seine Stärke." ,,...meines Erachtens entspricht das Anliegen (der Komitee-Initiatoren) auch den Beschlüssen Ihrer Bundeskonferenz vom 12. bis 14. Juni 1992 zum Beispiel zu Maastricht und zum wirtschaftlichen Kahlschlag in Ostdeutschland. Natürlich gehen Ihre Beschlüsse weiter, was zum Beispiel die Widersprüche zwischen ‚Ost und West' einerseits und ‚Oben und Unten' andererseits betrifft. Aber gerade darin sehe ich eine Chance, daß durch die Mitwirkung von Mitgliederung des ‚Neuen Forum' eine progressive Richtung der Komitees gestärkt werden könnte." (nach ND-Dokumentation vom 22.7.92)

Der Antwortbrief der Forums-Mitglieder beginnt mit einer Insinuation — denn was Gysi unter ,,progressiver Richtung" versteht, ist im zitierten Kontext mitformuliert — und setzt in diesem Stil fort, als gälte es ein Exempel für politische Unkultur als Umgangsform zwischen Leuten von links zu statuieren. Aus dem Aufruf zu einer politischen Initiative wird eine ,,Prominentenanleitung"; von Komitees, die zum Zeitpunkt dieses Briefwechsels noch kaum gegründet waren, geben die Briefschreiber zu wissen vor, daß sie unter Gysis und Herrn Diestels ,,Führung" ständen. Wo es Kommunikationsbarrieren abzureißen gälte, wird an das antikommunistische Vorurteil und Barriere-Vokabular angeknüpft. Unausgewiesene Behauptungen, Unterstellungen (,,die Väter der neuen Ost-Vertretungs-Ideologie"), schiefe Verallgemeinerungen bis hin zu dieser grotesken, daß die Vereinigung ,,zwischen westdeutschen Kapitalisten und alten DDR-Funktionären" stattgefunden habe. Ich bedaure die Wahrnehmungstrübungen und den Verlust politischen Urteilsvermögens bei den Mitgliedern des Neuen Forum, die diesen Brief gezeichnet haben.

Nach den Beiträgen von Creydt, Görg und Lodovico im selben Heft muß man wünschen, daß es mit *links* weiter und wieder aufwärts geht.

KLAUS HERRMANN

Betr.: *links* Nr. 268

Wenigstens das Programm gelesen!

Der Schreiber des Pamphlets hat an der Tagung ,,Walter Benjamin und die Kunst" (Frankfurt a.M., 3. bis 5. Juli 1992) nicht teilgenommen. Er hat keinen der dort gehaltenen, z.T. exzellenten Vorträge gehört. Er bezieht sich lediglich auf einen von mir formulierten Satz des Tagungsprogramms, den er auf absurde Weise mißversteht. Vermutlich wäre seine Kritik noch vernichtender ausgefallen, wenn er nicht einmal das Programm in die Hand bekommen hätte.

Dr. THOMAS REGEHLY
(Verantwortlich für die Organisation der Tagung)

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652

Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080

Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739

Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308

Bremen: Niko Diemer, Theodor-Körner Str. 10, 2800 Bremen, Tel. 0421/72532

Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949

Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006

Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659

Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6

Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597

Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430

Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1

Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698

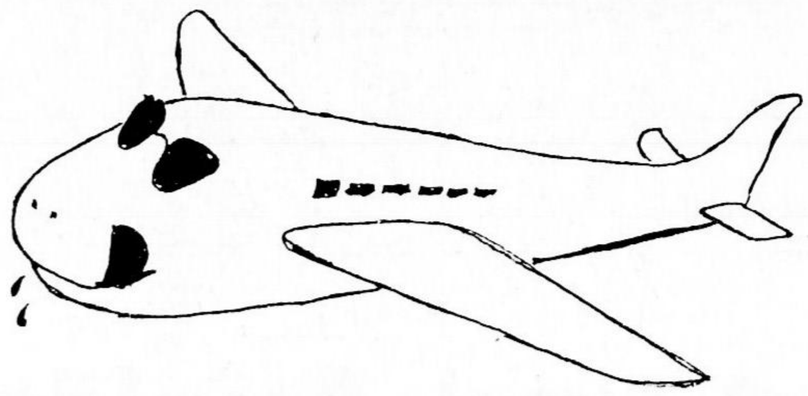
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493

Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714

Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt

Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

WOLFGANG HERMANN /
WALTER LOCHMANN



Gewerkschaftskrise eingeläutet, Unternehmenspleite abgewendet

Wer in diesem Jahr aufmerksam die Tarif- und Streikpolitik der westdeutschen Gewerkschaften beobachtete, war einigen Wechselbädern ausgesetzt: Der ungewohnte und relativ erfolgreiche Streik im Bankgewerbe, der langandauernde und recht wohlwollend kommentierte Streik im Öffentlichen Dienst mit einem abrupten Ende, die schnelle Einigung in der Metallindustrie ohne (klassen)kämpferische Begleitrhetorik und dann die ,,verhängnisvolle Affaire Lufthansa".

Erstmalig bot eine Gewerkschaft, die DAG, im Vorfeld der Tarifgespräche den Verzicht auf tarifvertraglich fixierte Ansprüche an. Einmaliger Verzicht auf das 13. Monatsgehalt, ,,Nullrunde" mit der Bedingung, Inflationsausgleich tariflich zu regeln und gleichmäßige Belastung aller Beschäftigtengruppen und des Vorstandes nebst Leitenden und außertariflichen Angestellten. Als Bedingungen wurden weitere unabdingbare Voraussetzungen genannt: Keine ,,Ausflaggung" des Lufthansa-Express (für Kurzstreckenflüge), sondern Einbeziehung der dort Beschäftigten in die Lufthansa-Tarifverträge und Konzeption des Vorstandes zur Steigerung der Erträge und Einsparungen bei den Sachkosten — zusammen mit dem Sanierungsangebot der DAG könnten so die 1,5 Milliarden DM eingespart werden, die der Lufthansa in diesem Jahr fehlen.

Die ÖTV hat sich mit eigenen ,,Sanierungsvorschlägen" zurückgehalten und die Kooperationsangebote der DAG zurückgewiesen. Ob die Strategie der DAG sinnvoll war, im Vorfeld tarifpolitische Ziele zur Disposition zu stellen und derartige Kooperationsangebote zu machen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Wurden die ,,Seeheimer Verhandlungen" zwischen Vorstand, DAG und ÖTV noch interessiert kommentiert, scheint das Ergebnis in den Niederungen des medial vermittelten Alltags unterzugehen: Das dreizehnte Monatsgehalt wird gezahlt, Lufthansa-Express wird nicht ausgeflaggt, Nullrunde bei Lohn und Gehalt, Veränderungen bei Gehalts- und Arbeitszeitstrukturen und Personalabbau (ca. 8000 Arbeitsplätze bis Ende '94) durch Kurzarbeit, ,,Vorruhestand", Teilzeit und unbezahlten Urlaub (ca. 4 % rechnerischer Verlust für die Beschäftigten). Summa summarum spart die Lufthansa — zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, versteht sich — 490 Millionen DM; verbindliche Sanierungskonzepte zur Steigerung der Erträge und zum Einsparen im Sachkostenbereich wurden nicht vereinbart.

Der ,,Beifall von der falschen Seite" — so die DAG zu den wohlwollenden Kommentaren zahlreicher Wirtschaftsverbände, der Arbeitgeber und der Phalanx der neoliberalen Marktwirtschaftler — wurde provoziert und der Angriff auf die Tarifautonomie salonfähig gemacht.

Zu einfach wäre es allerdings, das eigene linke, notorisch gute Gewissen — und das der geneigten LeserInnen — zu beruhigen und die DAG im speziellen und die Gewerkschaften im allgemeinen ob ihrer reformerisch-sozialpartnerschaftlichen Tarifpolitik zu kritisieren — sinnvoller erscheinen einige Überlegungen zur Gewerkschaftspolitik, die beispielhaft illustriert werden können.

Relativ unstrittig ist, daß die Lufthansa sich in einer existentiellen ökonomischen Krise befindet. Nun ist die Lufthansa nicht irgendein Unternehmen, sondern national-staatliches Symbol und quasi staatliche Airline, die besonders aufmerksam beobachtet wird. Betriebsräte und Gewerkschaften haben da eher Copilotenfunktion: Ohne ihre Funktion als Ordnungsfaktor läuft wenig, aber den Kurs bestimmt der Vorstand. So ist die ökonomische Krise teilweise hausgemacht (zu hoher Maschinenbestand, teure Aufsichtsräte). Glaubt man den Unternehmensberatern, so sind es die ,,zu hohe Personaldecke", ,,üppige Versorgungsleistungen" und das Image als beamtenhafte Bürokratie, die den Betrieb unrentabel und das Image schlecht machen.

Internationale Konkurrenz ist wohl der wesentliche Faktor der ,,ökonomischen Turbulenzen". Die Wettbewerbsnachteile auf der Nordatlantikstrecke (Aufgrund des deutsch-amerikanischen Luftverkehrsabkommens) und die Liberalisierung des europäischen Flugverkehrs verschärfen den Konkurrenzkampf der airlines, der durch Faktoren wie Preis, Komfort, Zuverlässigkeit, Image und Service bestimmt wird. Daß der Preiskampf auch ,,Unbeteiligte treffen kann, zeigen die Katastrophen, die Abstürze verursachen: mangelnde Wartung, um Kosten zu sparen, sind ein Grund. Vor diesem Hintergrund versucht die Lufthansa, Erträge zu steigern (optimale Ausnutzung der Flugzeuge, Aufpreis bei begehrten Routen zu verkehrsstarken Zeiten, Vielfliegerrabatt, Kooperationen mit anderen Gesellschaften etc.), sich von Betriebsteilen zu trennen (Stichwort ,,lean production") und Personalkosten zu senken. Letzteres wird begünstigt durch schwer herzustellende Solidarität: eine ausgeklügelte Hierarchie mit fein differenzierten Statusmerkmalen, die nach ,,Boden", ,,Kabine" und ,,Cockpit" sortiert und bei der sogar die jeweiligen Bordvertretungen für FlugbegleiterInnen, PurserInnen, PilotInnen, CoPilotInnen, und FlugingenieurInnen getrennt gewählt werden.

Das Ausflaggen des Lufthansa-Express hätte ermöglicht, in der Kabine und im Cockpit durch niedrigere Gehälter und längere Arbeitszeiten für FlugbegleiterInnen und (Co)PilotInnen Personalkosten zu sparen — angesichts der in dieser Branche weit verbreiteten Haustarifverträge eine übliche Methode.

Genau diese Beschäftigtengruppen organisieren sich aber (z.T. über ihre Berufsorganisation Vereinigung Cockpit) in der DAG — und hier verlangen sie als beitragszahlende Mitglieder natürlich die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und ihrer recht guten Verdienstmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund ist das Angebot der DAG, einmalig auf ein Monatsgehalt zu verzichten, verständlich: kann doch diese einer gut verdienenden Beschäftigtengruppe eher zugemutet werden als ein Herausfallen aus dem Tarifvertrag im neuorganisierten Kurzstreckenverkehr, also Solidarität, ,,nur in der Berufsgruppe". Daß Kurzstreckenflüge ökologischer Wahnsinn sind, ist eher eine Binsenwahrheit. Ökologische Tarifpolitik — die überbetrieblich formuliert werden müßte — gerät hier an Organisationsgrenzen der Gewerkschaften. Für die Mehrheit der schlechter verdienenden ÖTV-Mitglieder ist dies natürlich unakzeptabel — Solidarität in der Belegschaft ist hier viel stärker gebunden an eine neue Verteilung der Gehaltssummen und eine Eindämmung der riesenhaften Verdienstspannen.

Dies führt zu grundsätzlichen Problemen künftiger Gewerkschaftspolitik: Die Verteilungsspielräume werden enger, der Verteilungskampf auf allen Ebenen härter.

Die Vorschläge der Deregulierungskommission und des Ministers für Wirtschaft, Möllemann, sind angesichts der ökonomischen Krise und dem Verschwinden ganzer Branchen (v.a. in Ostdeutschland) ein Versuch, die Gewerkschaften an ,,die Leine zu legen" und ihren Einfluß und ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu beschneiden.

Längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten, Streichung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Karenztage, Öffnungsklauseln, Verschlechterungen für (schon jetzt recht geringe) Möglichkeiten aktiver Arbeitsmarktpolitik durch Einsparungen und Veränderungen im Arbeitsförderungsgesetz und die ,,Standort Deutschland Debatte" als Wahlkampfthema bereiten angesichts schwindender Attraktivität linker und egalitärer Forderungen mehr als Unbehagen.

Was die ,,Affaire Lufthansa" auf paradoxe Art und Weise vermittelt, ist die subtile Botschaft, daß an der Tarifautonomie niemand Anstoß zu nehmen braucht: Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der sozialverträgliche Abbau von Arbeitsplätzen funktionieren auch ohne staatliche Eingriffe in die Tarifhoheit. ■

KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE

Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Ein Memorandum

An mehr oder weniger geglückten Stellungnahmen und Aufrufen in Sachen Ausländerhetze und Asylgesetzgebung besteht inzwischen kein Mangel mehr. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie veröffentlicht Anfang November ein Memorandum, das ausführlicher und genauer als vielfach üblich auf die gesellschaftlichen und politischen Ursachen von Rassismus und Antisemitismus eingeht und zugleich Vorschläge entwickelt, was politisch dagegen zu tun sei. Wir veröffentlichen hier die zusammenfassenden Thesen aus dem Entwurf. Der vollständige und endgültige Text ist zu beziehen beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6221 Sensbachtal.

1. Die Vorurteile wider die AusländerInnen und ihre Gewalt sind in aller Munde. Als Vorurteile und als meist höchst vorurteilsreiche Besorgnis darüber, daß diese Vorurteile den Deutschen über den Kopf wachsen könnten. Wie üblich werden alle Arten von ,,Betroffenheiten" geäußert und kräftig in die Kiste schreiender Wörter gegriffen. Fast drängt sich der Eindruck auf, als seien all diese Vorurteile und daß sie nun handfeste Gewalt erlangen, überraschend.

Indes trifft zu, daß Vorurteile wider ausländische BürgerInnen in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten gehegt und gepflegt werden. Sie kennzeichnen die *Normalität* der Bundesrepublik. Das, was als ,,Rechtsextremismus" bezeichnet wird, ist nichts als der etwas überschießende Auswuchs derselben. Und Vorurteile sind nie kostenfrei. Schon in Form verbaler Diffamierung und Diskriminierung verletzen sie die Integrität der AusländerInnen. Daß dann Zeiten kommen, da die Vorurteile gewalttätige Hände bekommen, überrascht nur die ewigen Biedermänner, die des von ihnen mitbetriebenen Prozesses der Brandstiftung erst inne werden, wenn's brennt.

2. Die Vorurteile, Haßausbrüche und Feindseligkeiten wider die AusländerInnen betrügen an sich selbst. Dieser Betrug wird von denjenigen mitbewirkt, die so tun, als bestünden im Verhalten von Ausländern quantitativ und qualitativ die Steine des Anstoßes, d.h. die Ursachen der Feindseligkeiten.

Die Angst vor AusländerInnen findet seine realen Gründe nicht in deren Existenz und deren Verhalten. Die Ängste und die Feindlichkeiten sind zweifelsohne real. Sie schaden und verletzen ausländische BürgerInnen nachweislich. Die hintergründigen Motive sind aber im Leben und Lebenskontext derjenigen zu suchen, die solche Ängste und Haßgefühle äußern und an Feindseligkeiten mitwirken. Bei den Vorurteilen und Feindseligkeiten handelt es sich also um das, was ,,Übertragung" (Projektion) genannt wird. Die tatsächlichen Gründe und die ihnen entsprechenden Unsicherheiten und Ängste werden überspielt. Stattdessen werden in einer aus anderen Gründen schwachen Position befindliche Menschen (Gruppen von Menschen) ausgewählt, die ersatzweise zum Schuldobjekt der Ängste und Unsicherheiten gemacht werden. Dieses Muster entspricht dem ältesten und folgenreichsten aller Vorurteile: dem Antisemitismus.

3. Mit den Vorurteilen wider die AusländerInnen wird zusätzlich (pseudo-)wissenschaftlich und (pseudo-)politisch betrogen. Man tut so, als stellten ,,rechtsextreme" Gruppierungen und ihre Vorurteile einen unvermeidlichen ,,Bodensatz" in jeder Gesellschaft dar. Mit Hilfe dieser Annahme wird darüber hinweggetäuscht, daß solche Formen beschädigten Bewußtseins und Verhaltens politisch-gesellschaftlich regelrecht produziert werden.

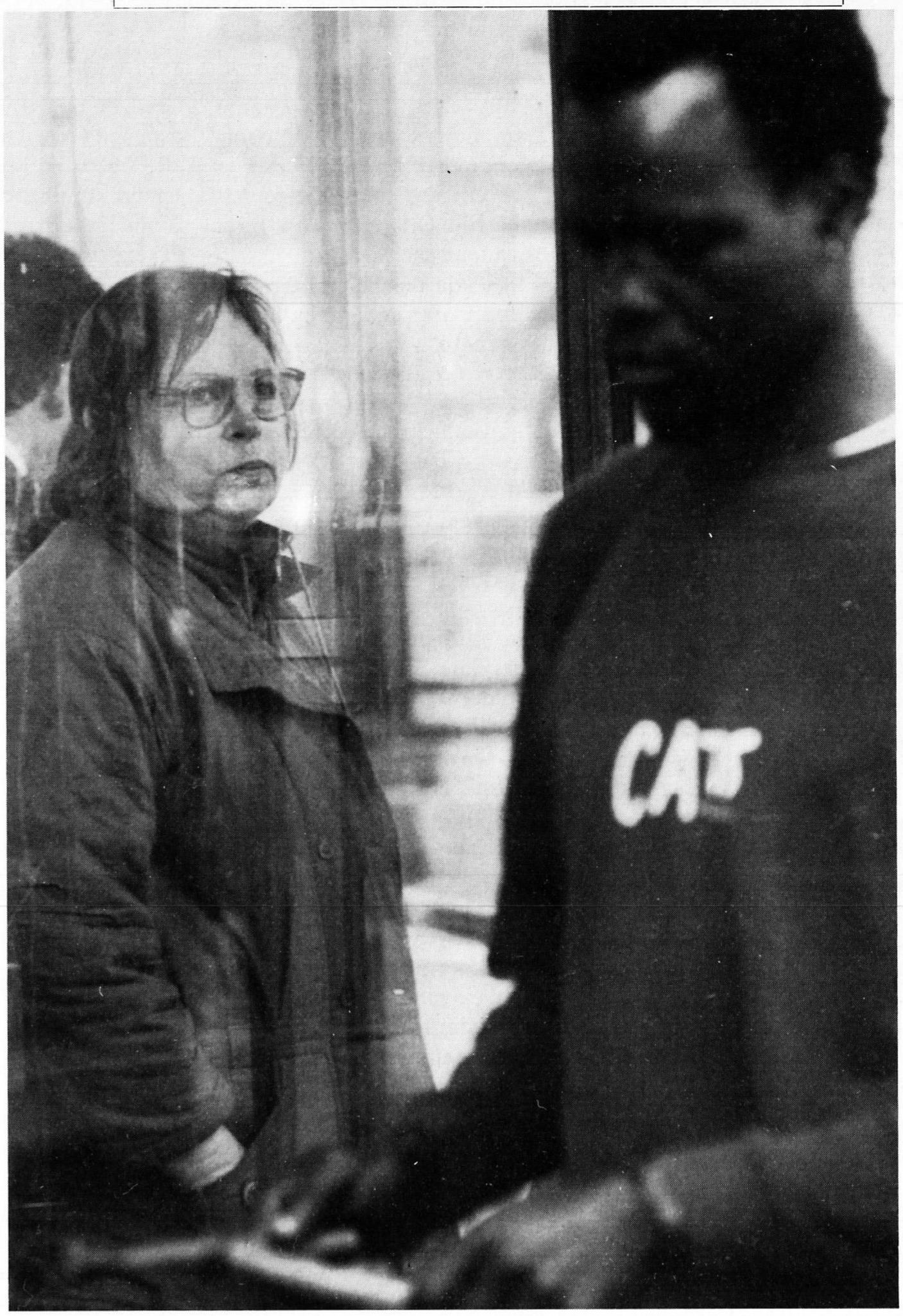
▶ Beschädigtes Bewußtsein wird produziert ◀

Darauf kommt es also an, diese Produktionsbedingungen ausfindig zu machen. Konsequenterweise muß an diesen Bedingungen angesetzt werden, wenn man Vorurteilsgewalt zu verringern ausgeht. Diese Gewalt ist nicht nur Fremdgewalt, also gegen die AusländerInnen gerichtet; sie ist gleicherweise Selbstgewalt und widerstreitet demgemäß dem Eigengenuß der Grund- und Menschenrechte durch diejenigen BürgerInnen, deren Bewußtsein und Verhalten vorurteilshaft durchfressen ist.

4. Die dritte Täuschung in Sachen Vorurteile wider AusländerInnen geschieht in der Art, wie ihnen Abhilfe zu leisten versprochen wird. Indem so getan wird, als würden die Leiden der Bevölkerung an den AusländerInnen Ernst genommen, wird behauptet, dem Problem könne durch eine Veränderung des Grundrechts auf Asyl und anderer Verfahrensregeln abgeholfen werden.

Auf diese Weise wird nicht allein die Fixierung der Vorurteile auf die Ausländer bestätigt. Vielmehr werden die vorurteilsgetriebenen BürgerInnen nur dem Schein nach ernst genommen. Sie werden noch als Vorurteils(selbst-)Getäuschte getäuscht. Um einer symbolischen Politik willen, dem So-Tun-Als-Ob werden Grundrechte geopfert. Das von etablierter Politik damit verfolgte Ziel lautet: Nicht an eigene Fehler, Unzulänglichkeiten und zugleich interessenlieb gewordene Verfahren rühren.

5. Im Kürzel gesprochen: Das Ausländerproblem ist ein Inländerproblem. Die realen, durch die Übertragung auf die Ausländer überspielten und umfunktionierten Ängste gehen von den Zuständen in der Bundesrepublik aus. Diese haben als solche nicht mit der Präsenz oder Nicht-Präsenz



von Ausländern zu tun. Tiefer gelotet gilt die Angst — wie bei allem Antisemitismus — dem eigenen Unrat, der aus Unsicherheiten aller Art zusammenschießenden ,,Angst vor dem Chaos''. Diese eigene Unsicherheit findet nur negativen Halt: nämlich in der Fixierung auf andere als Gefahr. Als solche andere werden nicht Repräsentanten herrschaftsvoll etablierter Institutionen gewählt. Vielmehr werden Gruppen zum Objekt von Angst und Aggression, die ihrerseits nicht zur geltenden Normalität zugelassen sind. An ihnen als den Schwächeren bestätigt selbst der im Rahmen der Normalität Schwache seine normale Stärke. Darum diskriminieren diejenigen, denen es nicht gut geht, diejenigen, denen es noch schlechter geht. Das ist die verelendende Dialektik aller Diskriminierung. Die anderen als die Nicht-Normalen eignen sich dafür, ihnen alles ,,Unheil'', alle Ängste aufzubürden. Sie werden zum Sack des Esels, auf den man ungestraft schlagen darf.

6. Daß inmitten der (alten) Bundesrepublik nach über vierzig Jahren solche gesammelten Unsicherheiten bestehen, die ein Vorurteils- und Projektionsventil suchen, zeigt, in welchem Maße diese Bundesrepublik demokratisch voll von Brüchen besteht. Die Normalität der verfassungsschützerisch, strafrechtlich und politisch etabliert so hoch gehaltenen und hoch gehandelten freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) hat offenkundig kein Maß an ruhigem Selbstbewußtsein und an Verhaltenssicherheit geschaffen, das turbulentere Zeiten demokratisch geruhsam überstehen ließe. Ganz im Gegenteil. Diese Normalität funktioniert(e) nur so lange, wie sie zum einen wohlständig wattiert und durch wirksame Feindbegriffe armiert zu werden vermochte. ,,Moskau'' und wachsender Wohlstand.

7. In einem Land, das von der Lebenslüge des Antifaschismus lebte und in dem Vorurteile (wie auch eigene Urteile) in herrschaftlicher Definition ausgeschlossen waren, konnte keine freizügige, andere achtende politische Kultur entstehen. Dieses Land wird seit 1990 als die neuen Bundesländer der neuen Bundesrepublik bezeichnet. Selbstbewußte (politische) Bürgerlichkeit und eine entsprechende Öffentlichkeit waren nicht zugelassen. Den Schildbürgern gleich war das Haus ,,DDR'' ohne Fenster eingerichtet worden. Als Sonnenersatz wurde Ideologie eimerweise hineingeschleppt. Diese eingekapselte Herrschafts-Scheinwelt wurde durch die heimlich empfangene televisioniale Scheinwelt des Westens in ihrem Wirklichkeitsverlust verstärkt. So überraschen blockierte Gefühle und Verhaltensweisen gegen ,,die'' anderen nicht. Letztere müssen zu den ersten Projektionsopfern werden, wenn ungewohnte Probleme entstehen. An Stelle der siegreichen ,,Wessis'' die wenigen verbliebenen Vietnamesen, Asylsuchende und je nach Gelegenheit Polen.

8. Genau dieser Zustand ungewohnter Probleme ist eingetreten. Die Art der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist geradezu als Produktion von Unsicherheit(en) zu qualifizieren. Von den BürgerInnen des neuen Landesviertels in Ostdeutschland (in Bewohnerzahl gerechnet) wurde von der Altbundesrepublik erwartet, die das Kommando ohne Wenn und Aber übernommen hat, daß sie sich drehbühnengleich verhalten. Von einem Tag zum anderen sollte sie das bös infizierende DDR-Gewand ablegen, um sich flexibel und mobil im Ellenbogenindividualismus der BRD zurechtzustoßen. Alle alten Verhaltenssicherheiten wurden zerbrochen, ohne neue wenigstens rudimentär zur Verfügung zu stellen — jenseits des Dauergeredes vom ,,Rechtsstaat''. 9. Die in den Thesen 2-4 apostrophierten (Selbst-)Täuschungen werden durch das ergänzt, was man geradezu eine strukturelle Lüge westlich-kapitalistischer Gesellschaften nennen könnte. Auf der einen Seite leben just diese Gesellschaften in ihrem gesamten Wohlstand davon, daß sie ökonomisch weltweit expandieren und den Weltmarkt zu ihren Gunsten beherrschen und ausbeuten können. Auf der anderen Seite wird in der altneuen Weltordnung von diesen westlich-kapitalistischen Ländern (einschließlich dem andersartigen Japan) alles versucht, ihre eigenen Gesellschaftssysteme als Wohlstandsinseln zu schützen. Sozusagen die Suche nach einem ,,geschlossenen Wohlstandsstaat'' inmitten des expandierenden Weltmarkts und dessen Ungleichheiten. Darum auch die Vorgaukelung ,,nationaler Identitäten''. Schließlich wird dieser eigene Wohlstand und wird die eigene soziale Sicherheit dauernd in Frage gestellt, da nur ein möglichst rücksichtslos Dauertraining der ganzen Gesellschaft in Richtung Konkurrenzfähigkeit die Weltmarktposition halten, wenn nicht ausbauen läßt. Dieses Dauertrimmdich zeitigt jedoch auch innerhalb des Landes à la BRD erhebliche negative Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, die soziale Sicherheit und die Gleichheit der Bildungs- und Berufschancen. Sprich: Viele BürgerInnen sind dauernd in ihren einmal erreichten Positionen gefährdet. Sie können sich nur halten, wenn sie sich ihrerseits möglichst rücksichtslos im Hinblick auf andere der Konkurrenz stellen.

10. Die eine Folge dieser Weltmarktkonkurrenz unter extrem ungleichen Teilnehmern und ungleichen Bedingungen besteht darin, daß viele Länder der ,,Dritten Welt'' verelenden. Lokale, vor allem regionale und in viel geringerem Umfang internationale Fluchtbewegungen sind die Folge. Mit massenhaft tödlichem Ausgang, so die Menschen nicht zuvor, wie viele Kinder, schlicht krepiert sind (die unschöne Sprache ist angemessen, weil sie die Inhumanität der Bedingungen unter denen diese Menschen im weltweiten ‚Prozeß der Zivilisation' elend zugrundegehen, immer noch unzureichend widergibt). Manche dieser Fluchtbewegungen erreichen die europäischen Länder. So auch die Bundesrepublik. Sie sind dann

längst ,,ausgedünnt''. Sie haben nichts von Fluten und Wellen an sich, die angeblich unaufhaltsam anbranden und Deutschland überspülen, wenn nicht rechtzeitig starke und hohe Dämme gebaut würden.

11. Die andere Folge der dauernden Konkurrenzrüstung zum Wettrennen auf dem Weltmarkt besteht in der Produktion dessen, was Zweidrittelgesellschaft genannt worden ist. Zwei Drittel der Bevölkerung der BRD, so nimmt man pauschal, aber in der Richtung korrekt an, leben einigermaßen wohlständig. Ein Drittel jedoch gerät dauerarbeitslos, unausgebildet, alt ... an den Rand und lebt von den schlechter werdenden und oft repressiv verwalteten Häppchen des ,,Sozialstaats''.

Doch das Reden von der Zweidrittelgesellschaft verfehlt deren Wirkung selbst auf die ,,habenden'' zwei Drittel. Auch diese leben nur gebremst ,,angenehm''. Viele von ihnen sind dauernd gefährdet, über die Drittelkante abzurutschen. Die Dauerverunsicherung und darum die dauernde Suche und Sucht nach Sicherheit bestimmen den Alltag. In einer Gesellschaft, in der ,,alle Räder'', wenn nicht ,,für den Sieg'', so doch für den Weltmarktplatz, als den Platz an der Sonne rollen, ist der Zustand der Gefährdung normal.

12. Ethische Fixierungen und Ausschließungen, der gesamte weltweite Prozeß der (Re-)Nationalisierung — noch röchelt China im Schlaf — sind häufig eine Folge herrschaftsabstrakter Überfremdungen und Repressionen. So u.a. in den osteuropäischen Ländern. Sie entsprechen aber auch einem starken Orientierungsverlangen und sicherndem Haltebedürfnis in einer Welt, in der die kapitalistische Furie des beschleunigten Verschwindens wirbelt. Anders sind all die wiederentdeckten und neu kreierten ,,Fundamentalismen'' nicht verständlich. Die Devise der abstrakten Marktfreiheit verheißt keine Lösung. Sie stellt eines der zentralen Probleme dar.

13. Angesichts der weltweiten Umwälzungen vom Kolonialismus zu postkolonialen Einrichtungen, von vorindustriellen Zuständen zu industriellen, vom ,,realsozialistischen Block'' zur Suche nach neuen einheitsstiftenden Institutionen, von einem lose verbundenen oder nur teilweise realisierten Weltmarkt zur Weltmarktdominanz, die auch in den industriell entwickelten Ländern die Hauptmuster gesellschaftlicher Verhaltensmöglichkeiten prägt — angesichts all dieser vielfach verschlungenen Entwicklungen ist je lokal/regional und international die Verfassungsfrage schlechterdings zentral. Auch und gerade in den ,,westlichen Demokratien'', deren etablierte Vertreter vielfach phantasielos vermuten, sie repräsentierten das Erfolgsmuster der Moderne. ,,Projekt Moderne'' oder ,,Projekt liberale Demokratie'' am wohlgefälligen Ende des Verfassungshaushalts der Geschichte. Eine Form scheint übrig geblieben. Diese ,,westlichen Demokratien'' sind gehalten, Formen des Weltmarktes und nicht zuletzt Formen der eigenen Länder(organisation) zu finden, die den weltweiten und den lokalen, menschenrechtlich-demokratisch konkreten Anforderungen ihrer BürgerInnen gerecht(er) werden. Anders wird die neue Weltordnung in ihrem unaufhebbaren Zusammenhang noch mörderischer werden als die ,,alte''.

14. Die größte Aufgabe aller Verfassung besteht heute darin, gegebene und nötige Grenzen menschlichen Handelns mit der gegebenen Grenzenlosigkeit der einen Welt für alle lebbar zu verbinden. Dazu wird ein Abschied vom europäischen Nationalstaat als Einheitsstaat notwendig sein, wie er in der Französischen Revolution zum ersten Mal gefaßt worden ist. Ein Staatsgebiet; ein Volk; eine Herrschaft; eine Legitimation; ein symbolischer Überbau u.ä.m. Staaten anderer Form werden große Rahmen vorgeben müssen, in denen eine andere Pluralität Platz finden kann.

15. Mindestfolgen, die in der Bundesrepublik jetzt und zunächst eng auf das Flüchtlings- und Asylproblem (als vorgeschobene Probleme) beschränkt zu ziehen sind:

- die Bundesrepublik und ihre BürgerInnen müssen sich selbst als Einwanderungsland anerkennen;
- alle, die im Gebiet der Bundesrepublik auf die Dauer von drei Jahren gelebt haben, genießen den Status als Inländer mit prinzipiell allen Rechten;

▶ Perspektive: Demokratisierung ◀

- StaatsbürgerIn wird man infolge der Geburt in der Bundesrepublik oder eines längeren Aufenthaltes in derselben (jus soli);
- um die zeitangemessene Mobilität zu sichern, ist die Möglichkeit vorzusehen, zwei Staatsbürgerschaften (also eine zusätzlich zur bundesrepublikanischen) zu besitzen bzw. zu erwerben;
- eine gründliche Revision des Ausländerrechts ist vonnöten. In jedem Fall muß die existenzverunsichernde Klausel, die erstmals im Ausländergesetz von 1938 formuliert worden ist, gestrichen bzw. qualitativ anders gefaßt werden: Die Generalklausel, daß mit den Ausländern gemäß den Interessen der Bundesrepublik Deutschland verfahren werden könne;
- das Grundrecht auf politisches Asyl als subjektives Recht ist aufrechtzuerhalten. Die Bestimmung des Politischen ist gemäß der Erklärung von Cartagena zu fassen;
- eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes ist nicht aufzuschieben. Das Asylverfahrensgesetz muß von den Menschenrechten der Asyl-Suchenden als unmittelbar geltenden Rechten ausgehen.

16. Nur eine gründliche und vielgestaltige innere Demokratisierung der Bundesrepublik macht es mittelfristig wahrscheinlich, daß Fremdenangst und Fremdenhaß gründlich abgebaut werden können und kein Bedarf nach periodischen Erneuerungen dieser Vorurteile besteht. Demokratisierung bedeutet hierbei nicht nur, daß alle Institutionen gemäß dem Grundrecht auf Beteiligung um- und neuzubauen sind. Demokratisierung bedeutet darüber hinaus, die Rechte von Minderheiten bis zum Exzeß ernst zu nehmen. Mit einer entsprechenden Revision der exklusiven Mehrheitsregel höbe ein solches Ernstnehmen an. Alle gehören ab und an, wenn nicht dauernd, jedenfalls potentiell einer Minderheit an. ■

Nicht täglich - aber gründlich

blätter des iz3w

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

Nr. 179: Tourismus und Menschenrechte
Nr. 180: Kolonialismus III - Asien
Nr. 181: Ökologie und Entwicklung
Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)
❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift

JOACHIM HIRSCH

Währungskrise, Maastricht und nationale Machtpolitik

Es hätte nicht des Neins der Dänen und des allgemein zu vernehmenden Europa-Unmuts bedurft, um die Maastrichter Verträge in ihrer vorliegenden Form zur Makulatur zu machen. Das besorgte schlicht der Markt, als das Europäische Währungssystem (EWS) Ende September zusammenbrach. Der Versuch, Europa mit ökonomischen Hebeln und nicht demokratisch-politisch enger zusammenzuschließen, ist an eben diesen gescheitert. Daran ändert alle Gesundbeterei nichts mehr. Daß internationale Regulierungsinstrumente wie das EWS angesichts der Dynamik des kapitalistischen Weltmarkts nur begrenzt funktionieren können und Krisen zu dessen Normalität gehören, ist bekannt. Hinter dem neuesten Debakel steht allerdings mehr: die rücksichtslose Politik des zur ökonomischen Großmacht angeschwollenen Deutschland.

Wenn inkompetente Regierungen vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik stehen, dann hagelt es gegenseitige Schuldzuweisungen. So auch diesmal. Als Hauptsünder wurde international die deutsche Bundesbank ausgemacht, was diesem biederen Beamtenapparat freilich zu viel Ehre antut. Die hatte allerdings schon längst davor gewarnt, daß sich das Desaster der deutschen „Währungsunion" auf europäischer Ebene wiederholen würde. Was man ihr und ihrem Präsidenten bestenfalls vorwerfen kann, ist diplomatische Tollpatschigkeit. Ansonsten hat sie sich den von Bonn gesetzten Bedingungen gebeugt. Zweifellos haben die katastrophalen Folgen des britischen Thatcherismus ebenso zur neuesten Währungskrise beigetragen wie die italienische Art, einem korrupten politischen Filz mittels staatlichen Pumps über die Runden zu helfen. Maßgeblicher Faktor der jüngsten Entwicklung ist aber in der Tat die deutsche Politik, und die hängt nicht an Frankfurter Zinssätzen, sondern wird in Bonn gemacht und hat ernstere Dimensionen als ein paar Währungsturbulenzen.

Was in der hiesigen Öffentlichkeit geflissentlich verschwiegen wird: eine entscheidende Ursache der internationalen Währungskrise ist die Art und Weise, wie die hiesige „politische Klasse" den Anschluß der DDR betrieben und durchgesetzt hat. Die innenpolitischen Folgen dieses Coups sind schrecklich genug. Aber nicht weniger einschneidend sind die weltweiten ökonomischen und politischen Konsequenzen. Die zusammenschlußbedingte und in immer schwindelndere Höhen anwachsende Staatsverschuldung hat das bundesrepublikanische Zinsniveau auf Rekordmarken getrieben, was den Wechselkurs der DM ansteigen läßt und die internationalen ökonomischen Beziehungen — nicht nur innerhalb Europas — weiter aus den Fugen bringt. Die gerade beginnende Rezession hat hier eine wesentliche Ursache. Die Parallelen mit den US-amerikanischen „Reaganomics" der achtziger Jahre sind unverkennbar: der Versuch, Großmachtansprüche durch eine gigantische Staatsverschuldung zu finanzieren, Zinserhöhung, Währungsaufwertung und am Ende der Absturz. Es muß auch daran erinnert werden, daß es die Reagan'sche Wirtschafts- und Währungspolitik war, die den letzten Anstoß zum Schulden-Kollaps der Dritten Welt gab. Wenn dümmliche Politiker und Journalisten immer noch gebetsmühlenhaft die Stärke der Mark preisen, so entgeht ihnen, daß diese mittlerweile tatsächlich ein Ausdruck ökonomischer Instabilität und des Zerbröselns des „Modell Deutschland" ist.

Das eigentliche Problem ist freilich längst nicht mehr nur die gescheiterte Anschlußpolitik der Kohl-Regierung, sondern die Tatsache, daß die Bundesrepublik seither immer ungenierter eine plump-nationalistische Interessenpolitik betreibt, die sich um internationale ökonomische Kooperation einen Dreck schert. Dies ist nicht weniger einschneidend als das bramabarsierende Potenzgehabe, mit dem Kinkel einen Sicher-

heitsratssitz verlangt oder Rühe die Bundeswehr als Weltsheriff andient. Intern geschürter Nationalismus und politisch angeheizter Rassismus haben auf der internationalen Ebene ihre Entsprechung und beides verstärkt sich gegenseitig: die „Ausländer raus"-Parolen des Mobs und der zum öffentlichen common sense gewordene DM-Nationalismus in den politischen Chefetagen kommen aus der gleichen Wurzel. Wenn das zusammengeschlossene Deutschland nun einmal eine ökonomische „Großmacht" ist, so müßte daraus eine sehr viel sorgfältigere Rücksichtnahme auf die Stabilitätsbedingungen des internationalen kapitalistischen Systems folgen, d.h. die bundesrepublikanische Wirtschaftspolitik hätte sich bis zu einem gewissen Grade diesen unterzuordnen, Konzessionen zu machen, auch kurzfristige Nachteile wie z.B. eine höhere Inflationsrate oder höhere Steuerbelastungen in Kauf zu nehmen. Stattdessen regiert die nationalstolze Provinzialität einer Politikerriege, die viel von Geschichte redet und nichts aus ihr lernt, die in ihrem platten Machterhaltungsinteresse und aus absoluter Lernunfähigkeit nicht einmal mehr in der Lage ist, die simpelsten kapitalistischen Notwendigkeiten zu begreifen.

Damit trägt die Bundesrepublik ihren gewichtigen Teil zu der ökonomischen Welt-Unordnung bei, die die anhaltende Krise des globalen Kapitalismus prägt und mit verursacht. Daß die USA seit den siebziger Jahren nicht mehr in der Lage sind, das kapitalistische Weltsystem einigermaßen im Gleichgewicht zu halten und der Dollar seine Funktion als regulatives „Weltgeld" längst eingebüßt hat, verdankt sich nicht nur ihrem ökonomischen und politischen Niedergang. Mitverursacht ist dies durch den Aufstieg Japans und Deutschlands als kapitalistische Zentren, die eine rücksichtslose Konkurrenzpolitik betreiben und zu einer verläßlichen internationalen Kooperation weder bereit noch fähig zu sein scheinen. Die Folgen — eine sich weltweit verschlimmernde ökonomische Krise und das Desaster großer Teile der „Dritten Welt" — liegen auf der Hand.

Im „Kapitalinteresse", nicht zuletzt im deutschen, liegt diese Entwicklung allerdings nicht unbedingt. Gerade die bundesrepublikanische Wirtschaft ist infolge ihrer hochgradigen Exportabhängigkeit auf eine funktionierende internationale Kooperation und einen freien Welthandel angewiesen, also auf eben dies, was die Bonner Politik systematisch ruiniert. Zur ökonomischen Integration Europas gibt es angesichts der Konkurrenz mit Nordamerika und dem pazifischen Raum im internationalen „Wettlauf der Standorte" ohnehin keine Alternative. Es wäre allerdings verfehlt, darauf politisch bauen zu wollen. Ein europäischer Integrationsprozeß - das haben nicht zuletzt die Maastricht-Querelen gezeigt — kann auf lange Sicht nur Bestand haben, wenn er demokratisch begründet und vorangetrieben wird. Nationalstaatsübergreifende Demokratisierung ist auch deshalb notwendig, weil die politischen Spielräume einzelner — und wie sich zeigt auch großer — Länder angesichts der flexiblen Globalisierung des Kapitals immer enger werden.

Das verlangt allerdings mehr als ein paar institutionelle Korrekturen am Maastrichter Vertrags-Popanz. Die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, daß es nicht ohne eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaften geht, die Einsicht in internationale Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten einschließt und ohne die die ebenso verselbständigten wie inkompetenten politischen Apparaturen kaum zur Vernunft zu bringen sein werden. In Deutschland, wo der lange unter einer dünnen Decke gehaltene Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in seinen schlimmsten Formen wieder aufzubrechen beginnt, wäre dies am vordringlichsten. Stattdessen tönt der angebliche ökonomische Sachverstand in Politik und Medien wie gehabt, daß am deutschen Wesen die Welt genesen soll: die anderen sollen ihr Haus in Ordnung bringen, indem sie sich deutschem ökonomischem Diktat unterwerfen. Und wer sich nicht fügen will, dem wird mit einer Schrumpf-EG unter deutsch-französischer Führung gedroht, das die ökonomische und politische Abhängigkeit der südlichen und östlichen Peripherie zementieren würde. Was schon lange eine implizite Prämisse der bundesrepublikanischen Politik war, wird heute unverhohlen ausgesprochen und noch unverhohlener praktiziert. Und was das „deutsche Wesen" ist, zeigen nicht nur die unsäglichen Auftritte unserer Politiker, sondern schlimmer noch eine Gesellschaft, die umsomehr in Rassismus und Nationalismus versinkt, je mehr sie politisch und kulturell auseinanderfällt und für die gewaltsame Interessendurchsetzung und rabiate Sicherung von „Besitzständen" zur bestimmenden Leitmaxime geworden ist.

Gerade die jüngste Entwicklung zeigt, daß es für dieses Land keine demokratische Alternative zur europäischen Integration gibt. Das sollte bei aller Kritik an „Maastricht" nicht vergessen werden (vgl. dazu auch den Beitrag von Bernd Röttger). Nur dadurch wird es möglich sein, einen erneuten und in seinen nationalistischen bis faschistischen Dimensionen sich schon wieder deutlich abzeichnenden deutschen „Sonderweg" zu vereiteln. Aber mehr denn je setzt europäische Integration eine Veränderung der inneren politischen Verhältnisse voraus. F.J. Strauß' Wort, die Bundesrepublik sei ein ökonomischer Riese und ein politischer Zwerg, erweist heute seine eigentliche Wahrheit: ein Zwerg ist sie, was demokratische und zivilisierte Verhältnisse angeht, in der Tat. Der unentrinnbare Zusammenhang von kapitalistischem Produktionsverhältnis, staatlicher Verfaßtheit, Nationalismus und Rassismus äußert sich in diesem Lande immer noch am gefährlichsten. Solange dies so ist, sollte von einem „vereinten und demokratischen Europa", gar von „ziviler Gesellschaft", „Weltordnung" oder wie die Floskeln sonst noch so heißen, zumindest hierzulande besser geschwiegen werden. ■

"Nie würden wir imstande sein, ... unsere Lage zu verändern, so lange wir gefangen blieben in unserer Halbheit und Entfremdung..."

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Linken

... Deswegen, so sieht auch **spw** das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht **spw**, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre.

Das konkrete Augenmerk richtet **spw** derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

COUPON

spw-Probe-Abonnement

Ich bestelle ein **spw**-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von **spw**, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

BERND RÖTTGER

Die Renaissance des Nationalen

Die gefährlichen Illusionen deutscher Maastricht-Kritik

Der Maastrichter Vertrag der EG besitzt die nötige Sprengkraft, um eine kontroverse Diskussion zu entfachen. In der Bundesrepublik wirkt er eher wie gesellschaftlicher Kitt: die wissenschaftlich herrschende Position gegen Währungsunion und EG-Staat gibt den Kurs vor, die „linke" Europa-Kritik dümpelt in deren Kielwasser (vgl. z.B. die Position des BAKJ, in: *links* Nr. 266/267, Juli/August 1992). Die neue Begierde nach dem Nationalstaat kann jedoch kaum den fundamentalen Mangel an Analyse der herrschenden Verhältnisse in Europa und der treibenden Kräfte des Integrationsprozesses verdekken. Mehr noch: die politische „Lager" übergreifende Mesalliance deutscher Euro-Kritik blockiert eine notwendige transnationale Erneuerung demokratischer Politik und läuft Gefahr, national-politische Illusionen strategiefähig zu machen.

Europa-Kritik ist en vogue; das Ergebnis des dänischen Referendums hatte die Kritik der Maastricht-EG in der Bundesrepublik endgültig salonfähig gemacht. Die weitgehende Entfremdung der Gesellschaft von der politischen Klasse in der französischen Europa-Debatte ließ auch hierzulande den Ruf nach einem Maastricht-Referendum laut werden. Wogegen dabei eigentlich votiert werden soll, bleibt diffus. Wofür dagegen eingetreten wird, nimmt immer deutlichere Konturen an: für nationale Selbstbestimmung und autonome Handlungsspielräume!

Obwohl bekanntlich nur tote Fische mit dem Strom schwimmen, vereinen sich „linke" Besitzstandswahrer in regulationsoptimistischer Manier mit marktradikalen Euro-Regulations-Phobien um den Nationalstaat. Die „Linke" hangelt sich an denselben Strängen der Europa-Diskussion entlang, aus der sie sich selber abschließend den Strick dreht: zum einen an der Frage, ob die deutschen Besitzstände nach Europa „hinübergerettet" werden können; zum zweiten am Gespenst eines „zentralisierten EG-Staats". Und die Eliten aus Wirtschafts- und Rechtswissenschaft, die sich öffentlichkeitswirksam in der FAZ und im Handelsblatt zu Wort gemeldet haben, mischen bei dieser Vernebelung kräftig mit, als ob es darum ginge, Umberto Ecos zynischen Vorschlag zur Gründung einer „Fakultät der Vergleichenden Irrelevanz" schleunigst in die Tat umzusetzen. Auf der Strecke bleibt die Analyse. Die Vermachtungen innerhalb der kapitalistischen Weltökonomie und die Hierarchien in den internationalen Beziehungen bleiben in der deutschen Diskussion außen vor. Stattdessen wird einem liberalistischen Nationalstaaten-Pluralismus das Wort geredet, als ob die Karten durch den Weltmarktmechanismus nicht schon immer ungleich verteilt gewesen wären.

Mit Hilfe einer Interpretation des Prinzips der Subsidiarität, daß in der Regel die politischen Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten zu verbleiben hat und Brüssel „nur hilfsweise eingreift" (FAZ) werden die Verträge von Maastricht einer Kritik unterzogen, die nicht nur an der Realität des politischen Integrationsprozessen vorbeizielt, sondern auch dazu taugt, nationalstaatliche Optionen durchsetzbar zu machen.

Tatsächlich bezeichnet Maastricht nicht den Übergang zu einem bürokratisierten und zentralisierten EG-Staat, zu dem er gerne von seinen Kritikern erhoben wird. Maastricht steht dafür, daß der neue, in europäische Wirtschaftskreisläufe mündende Akkumulationstyp in der EG ein politisch-institutionelles complet erhält. Dieses bedeutet aber nicht Zentralisierung von Staatsfunktionen, sondern deren „Defizienz" (Etienne Balibar) gegenüber öffentlichen und privaten Kooperationen in der transnationalen Sphäre. Nicht EG-Zentralisierung, sondern Politikvernetzung und Subordination nationalstaatlicher und regionaler politischer Systeme bezeichnet den realen Transformationsprozeß. Nicht primär Souveränitätsübertragung in „den wichtigsten Politikfeldern" (BAKJ), sondern Herausbildung neuer Politikarenen und Politikinhalte heißt ein kategorischer Imperativ transnationaler politischer Integration. Brüssel unterstützt keine nationalstaatlichen Strategien, wie die FAZ gern hätte, sondern flexibilisiert und subordiniert sie. Nicht Beibehaltung nationalstaatlicher Regulierungs(in)kompetenz, sondern Demokratisierung und politische Regulation des transnationalen Akkumulationsprozesses lautet die Alternative.

Maastricht und die Herausforderung einer politischen Integration

Die wird aber gar nicht diskutiert. Die entscheidende Frage, inwieweit durch die Maastrichter Verträge das herrschende Wachstumsmodell nur noch politisch abgesichert wird, kann gar nicht gestellt werden. Die sich zuspitzenden regionalen und sozialen Disparitäten in Europa werden so nicht zum Gegenstand der Analyse. Daß dabei ein auf die modernen Sektoren der EG-Zentren begrenztes Entwicklungsmodell gezimmert wird, gerät aus dem Blickwinkel der Kritik. Die Herausforderung, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation zu einem gesamteuropäischen Entwicklungsprojekt zu finden, wird unter den Teppich gekehrt. Stattdessen geht es um nationale Besitzstände, die vermeintlich gegen die europäische Integration zu verteidigen sind.

Zunächst wird in der bundesdeutschen Diskussion über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine alternative konstruiert, die mehr als nebulös ist: entweder gelingt es, ein ,,deutsches Europa" in der

EG zu inszenieren, indem die Akkumulationsstrukturen und die Regulationsweisen des „Modell Deutschland" auf EG-Ebene rekonstruiert werden und so die Besitzstände gewahrt bleiben; oder Europa wird ohne Deutschland auskommen müssen, wenn es dem EG-Europa nicht gelingt, das deutsche Modell zu adaptieren. Die Kohl-Waigel-Linie der Maastricht-Befürworter steht für die „Germanisierung Europas", vielleicht weil es auch offensichtlich geworden ist, daß das „Modell Deutschland" im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Gegen diese Illusion setzen die Maastricht-Kritiker das Argument, daß die Fundamente des „Modell Deutschland" in Europa nicht zu gewährleisten sind (insbesondere die Stabilitätspolitik und marktkonforme „politische Kulturen") und folglich der Maastrichter Vertrag nicht ratifiziert werden darf. Dabei erfreut sich der Mythos der alten Bundesrepublik in einem alten Europa seiner Auferstehung: als stabilitätspolitische Festung in einem inflationierenden europäischen Umfeld!

Nationalstaats-Apologetik

Untermauert wird die Argumentation der Maastricht-Gegner durch den Hinweis auf ein Demokratie-Defizit der EG. Nicht aber eine tatsächliche Demokratisierung Europas ist das Ziel der Kampagne; es sollen vielmehr neue Legitimationsgrundlage für den Nationalstaat geschaffen werden!

In der herrschenden Maastricht-Kritik aus Wirtschaftswissenschaft und Staatsrecht wird man vergeblich die Forderung nach einer Demokratisierung der Geld- und Währungspolitik suchen. Im Gegenteil: da wo sie vermeintlich auftritt (wie jüngst von Franz Steinkühler oder von Francois Mitterrand), gilt sie als Affront gegen den raison d'être bundesdeutscher Politik. Der beliebte Hinweis, daß eine Währungsunion einer Politischen Union bedarf, zielt dann auch eher auf eine stabilitätspolitische Gleichrichtung der Wirtschaftspolitik in der EG, denn auf einen gesellschaftlichen Interessenausgleich in Europa.

Die „linke" Kritik verharrt in den Abgründen nationalstaatlich verengter Politikbegriffe. Sie erliegt einem Formalismus par excellence. Politische Inhalte, zu denen die europäische Integration tendiert, werden nicht debattiert. Stattdessen bietet sich der demokratisch legitimierte Nationalstaat als Alternative „förmlich" an, ohne daß jedoch seine funktionale Einbindung in die Weltökonomie und die Durchsetzung politischer Inhalte im Nationalstaat einer Analyse unterzogen werden müssen. Eine Krise des Nationalstaats scheint es gar nicht zu geben. Weder „von unten", durch die er in den Strudel national-gesellschaftlicher Differenzierung gerät, noch „von oben", indem die „global player" seinen Handlungsspielraum immer mehr einengen. Eine Problematisierung der Nationalstaats-Demokratie wird systematisch ausgeblendet.

Quasi als Abfallprodukt kann sich der Mythos reproduzieren, daß der Nationalstaat tatsächlich noch über gesellschaftliche und ökonomische Regulationsmöglichkeiten verfügt. Wasser auf die Gebetsmühlen „linker" Politikprediger! Die Durchsetzung neoliberal-neokonservativer Politik in den 80igern hat dagegen eindringlich gezeigt, daß die Konkurrenz nationalstaatlich-verfaßter Gesellschaften unter den Bedingungen transnationaler Akkumulation die Grundlage für die Durchsetzung eines Primats der Ökonomie bildet, indem Handlungsspielräume auf nationalstaatlicher Ebene (hierarchisch) eingeschränkt werden. Indem die gesellschaftlich-integrative Funktion des Nationalstaats zunehmend der Funktion eines Transmissionsriemens der Weltmarkt-Inwertsetzung des nationalen Wirtschaftsraums gewichen ist, ist aber auch die Beziehung Nationalstaat/Demokratie „extrem provisorisch, theoretisch irrelevant und juristisch kriminell" (Ludi Lodovico). Wo der gesellschaftlich-homogenisierende Anspruch des Nationalstaats noch besteht (und nicht der Deregulierung gewichen ist), nimmt er die Form der „inneren Kolonisierung" oder vorgeschalteter Ausgrenzungen (Neorassismus) an. Eine demokratische Rekonstruktion der Politik muß also gegen die Vermachtung des Weltmarktes und gegen die Tendenz des Neorassismus innerhalb der Nationalstaaten durchgesetzt werden! Die formalistische Kritik kämpft gegen die Windmühlen des vermeintlich zentralistischen EG-Staates. Die Don Quijotes des modernen Europa sind dabei, eine politische Arena auszubilden, die ihrem demokratisch-regulativen Anliegen den Garaus bereiten wird.

Gerade jetzt, wo mit dem Kollaps des Staatssozialismus der kapitalistische Weltmarkt zu einem neuen Höhenflug der Unantastbarkeit ansetzt, wird nicht etwa diskutiert, welche sich dramatisch zuspitzenden Tendenzen von Vereinheitlichung und Fraktionierung er bewirkt und wie den sozialen Marginalisierungen und nationalistischen Grenzziehungen politisch-regulativ begegnet werden kann, sondern wie die fiktive Einheit des Nationalstaats gegen die faktische Durchdringung durch den kapitalistischen Weltmarkt verteidigt werden kann. Bezeichnenderweise ist die fortschreitende Liberalisierung und Europäisierung der Märkte nicht Gegenstand der Kritik.

Ein Scheitern von Maastricht führt dann dazu, daß dem liberalisierten EG-Binnenmarkt überhaupt keine supranationalen Regulationsinstanzen gegenüber stehen. Die nationalstaatliche Option ist die einzige, die ihm entgegengesetzt werden kann, weil der Maastricht-Diskurs keine Alternativen eröffnet hat. Damit werden jedoch alle Chancen auf einen politischen Handlungsspielraum dem liberalisierten Marktmechanismus geopfert. Das, was eigentlich gegen Maastricht verteidigt werden soll, nämlich politische Handlungsspielräume, versiechen nun endgültig. Statt eines exklusiven EG-Metropolitanismus wird der Streit um die Pfründe der Weltökonomie wieder zwischen den Nationalstaaten ausgetragen. Vom Regen in die Jauche!

Für die neue Bundesrepublik wird dies die Stunde der politischen Mystiker sein, die entweder glauben, sie könnten erneut ein „Abwälzungs-Modell Deutschland" in Europa inszenieren und Anpassungskosten der EG aufbürden oder aber Machtpositionen im Osten bauen. Erstere scheitern daran, daß das „Modell Deutschland" seine Exzeptionalität in Europa eingebüßt hat; letztere werden schnell einsehen müssen, daß sie einen „überforderten Euro-Hegemon" (Reinhard Rode) beanspruchen. In der Wirtschaftswoche wird die Erosion der ökonomischen Fundamente bereits als drohende „Amerikanisierung" der Bundesrepublik debattiert. Aber schlimmer noch: die Euro-Kritik, die Nationalstaats-Apologetik und der Neorassismus drohen, sich zu einer „unheiligen Allianz" zu verdichten. Schon jetzt erfüllen die Parteien angesichts der neorassistischen Exzesse ihre Pflicht, „Flagge zu zeigen" — natürlich die nationale!

Indem die herrschende Öffentlichkeit mit der Polarisierung von EG-Integration und nationalen Besitzständen die politische Arena für die Durchsetzung nationaler Optionen ausgebildet hat, ist eine kritische Öffentlichkeit blockiert worden. Die „linke" Forderung nach einer Volksabstimmung über Maastricht (etwa vom BAKJ) ignoriert, daß die Öffentlichkeitstrukturen deformiert wurden und keineswegs eine funktionsfähige Zivilgesellschaft existiert, die als Vorstufe eines Bruchs mit dem Primat der Ökonomie fungieren könnte. Gefordert ist aber gerade das, was Objekt bundesdeutscher Maastricht-Kritik ist: den Bruch mit der stabilitätspolitischen Dominanz à la

Blockade der Kritiker

WWU und eine europäische Industrie- und Strukturpolitik, wenn soetwas wie ein Gesamteuropa entstehen soll. Das ist die Voraussetzung dafür, daß die exklusive, ausgrenzende Akkumulationsstrategie durch ein Entwicklungsprojekt ersetzt wird, von dem Ausstrahlungseffekte ausgehen — auf Osteuropa, auf Afrika. Unabdingbare Voraussetzung für eine solche Rekonstruktion der Politik ist allerdings eine kontroverse Öffentlichkeit, die endlich Machtstrukturen transparent macht. Sie wird aber nur möglich sein, wenn die Europa-Kritik endlich ihre formalistische „Ortlosigkeit" (Wolf-Dieter Narr) verliert, den Nationalstaat als herrschaftsverwendet begreift, deutscher Exzeptionalität abschwört (die nur in chauvinistischer Exklusivität mündet) und sich den Verhältnissen zuwendet, die zum Tanzen gebracht werden müssen: die sich dramatisch zuspitzende Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Schlicht: Gefordert ist eine Analyse der bestehenden Verhältnisse, ohne die tragfähige Alternativen noch nie formuliert werden konnten!

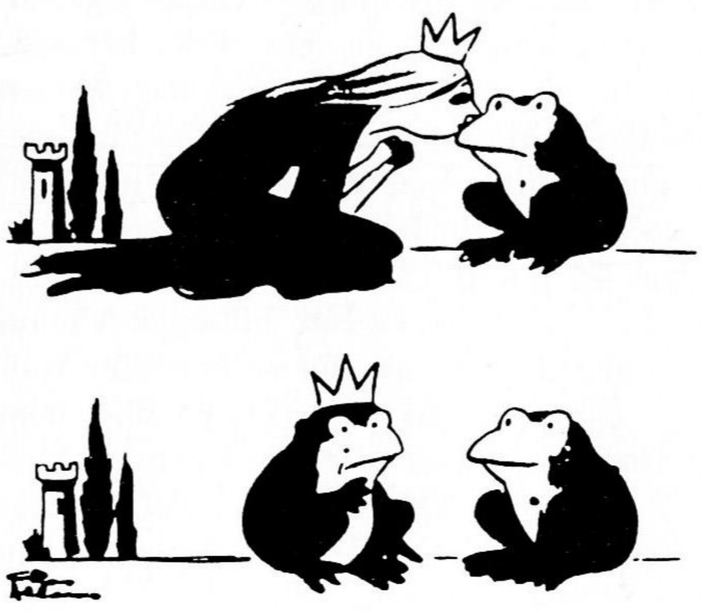
■

PETER KERN

Trojanisches Pferd oder nur Modernisierungspakt?

Über Gruppenarbeit und Gruppendynamik in den Betrieben

Ein Titel, bei dem die Worte Gruppenarbeit und Gruppendynamik vorkommen, läßt in etwa an Uniseminare aus den reformfreudigen Siebziger Jahren denken. An diese Zeit und diesen Ort fühlt man sich erinnert, liest man Äußerungen heutiger Personalmanager zu modernen industriellen Arbeitsformen. Da ist die Rede von Ganzheitlichkeit und Selbstverwirklichung, von Hierarchieabbau und von sozialer Kompetenz. Es entsteht beinahe das Gefühl, bei OPEL am Band würden jetzt Neigungsgruppen gebildet, bei denen der Beschäftigte ,,sich einbringen'' und so richtig seinen Spaß an der Arbeit haben kann. Daß dem nicht so ist, daß mit Arbeitspsychologie und Gruppensoziologie angereicherte Arbeitsformen dem in die Gruppenpflicht genommenen Einzelnen nicht nur zum Guten anschlagen, zeigt der Autor in seinem Artikel.



Karikatur von Chas Addams, © 1968 The New Yorker Magazine, Inc.

Mit Gruppenarbeit zu experimentieren, dafür gibt es in den deutschen Fabrikhallen und Büros gegenwärtig eine große Bereitschaft. Schon schließen Banken und Versicherungen, Software-Hersteller und Automobilindustrie die Pilotphase ab und führen die neue Arbeitsform im großen Stil ein. Die Adam Opel AG stellt die gesamte Fließbandarbeit auf Gruppenarbeit um und im thüringischen Astra-Montagewerk wird von Beginn an nur in Gruppen gearbeitet werden. Auch Mercedes-Benz will in den nächsten Jahren die Nutz- und Personenfahrzeuge in all seinen elf inländischen Werken nur noch von Gruppen fertigen lassen.

Die Reformeuphorie in den Betrieben trifft auf kein breites, über Expertenkreise hinausgehendes, öffentliches Interesse. Das war schon einmal anders, als Anfang der Siebziger Jahre Gruppenarbeit in der schwedischen Automobilindustrie ihren Einzug hielt. Damals gab es in der Bundesrepublik eine breite Diskussion über dieses Experiment. Progressive Manager feierten das Volvo-Modell als revolutionär, Skeptikern der Neuen Linken galt es als reformistischer Pazifizierungsversuch. Damals hielt sich jeder Vertreter der Neuen Linken für einen Experten in Fragen Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Mittlerweile sieht diese Linke so alt wie ihre Vorgängerin aus. Die heiße Liebe zur sozialistischen Demokratie hat sich in eine nüchterne Neigung für die ‚Zivile Gesellschaft' gewandelt. Den Theoretikern dieser Gesellschaft ist die Humanisierung der Arbeit kein Thema mehr. Wieso eigentlich nicht, wäre zu fragen. Kann eine ‚Zivile Gesellschaft' ebensogut auf humanen wie auf inhumanen Formen der Industrie- und Büroarbeit fußen?

Wünschenswert ist, um im Jargon der Zivilen zu reden, ein gesellschaftlicher ‚Diskurs' über Gruppenarbeit. Diese Diskussion darf nicht den Organisationsentwicklern und den Industriesoziologen überlassen bleiben. Mehr steht auf dem Spiel als eine beliebige arbeitstechnische Umstellungsmaßnahme. Mit der Frage, wie die Individuen arbeiten, ist immer auch thematisch, wie sie an ihrem gesellschaftlichen Verband teilnehmen: Selbstbewußt und Ansprüche stellend oder kleinlaut und sich als ewiges Opfer sehend.

Eine fehlende öffentliche Diskussion über Gruppenarbeit ist aber nur die Hälfte der Wahrheit. In einer Teilmenge der Öffentlichkeit, in den Gewerkschaften, wird heftig diskutiert. Durchgesetzt hat sich dabei wohl die Überzeugung, daß es nicht reicht, Gruppenarbeitsformen einfach nur zu negieren. Denn erstens ist, wie es im Eisenbahnerdeutsch heißt, der Zug schon abgefahren oder die entscheidenden Weichen sind zumindest gestellt. Zweitens vergibt man sich damit die Chance, mit Gruppenarbeit die eigene Programmatik wiederzubeleben: Humanisierung der Arbeit, Mitbestimmung am Arbeitsplatz.

Gruppenarbeit — ein trojanisches Pferd, von den Unternehmen ins eigene Haus geholt? Eine friedlichere Metapher hat sich eingebürgert, die Rede vom Modernisierungspakt, der beiden Seiten Vorteile bringt. Die extreme Zerlegung der Arbeitsinhalte, der ‚blutige Taylorismus' werde zurückgedrängt und im Gegenzug sinke der Krankheitsstand und steige die Qualität des Arbeitsproduktes.

Die Unternehmen machen sich das Bild vom Pakt durchaus zu eigen. Sie treiben einen erheblichen rhetorischen Aufwand, um ihren Arbeitern und Angestellten das Arbeiten in Gruppen zu verkaufen. Der ,,ganzheitliche Ansatz''; der ,,mündige Mitarbeiter''; die ,,Arbeit, die Spaß macht... und einen Sinn vermitteln'' müsse; das der Vergangenheit angehörende Verständnis vom Arbeiter als dem ,,Rädchen im Getriebe'' — das sind die ständig wiederkehrenden Reizworte dieser Rhetorik (vgl. als Beispiel: ,,Auf der Suche nach dem mündigen Mitarbeiter'', FAZ, 5.4.91). Der gestanzten Rede kurzer Sinn: die Verhältnisse in den Betrieben sind den Menschen nun förmlich auf den Leib geschneidert.

Natürlich bekommt man auch Klartext zu lesen: ,,Niemals'', so gibt die FAZ ein Gespräch mit einem Vorstandsmitglied von OPEL-Rüsselsheim wieder, ,,sucht Enderle vorzugeben, das neue Modell sei aus Menschenfreundlichkeit oder vagen Zielen einer ‚Humanisierung der Arbeitswelt' eingeführt worden. Dies mögen allenfalls zusätzliche Argumente gewesen sein, mit denen auch dem Betriebsrat die Zustimmung zu einer Betriebsvereinbarung erleichtert wurde. Klare betriebswirtschaftliche Gründe gaben für Enderle den Ausschlag: Gruppenarbeit am Band steht unter der Vorgabe einer Steigerung der Produktivität... Es habe sich als wenig effektiv erwiesen, wenn für jede kleine Reparatur erst der zuständige Instandset-

zer herbeigerufen werden müsse und das Band solange stillstehe bis der Schaden behoben ist. Jetzt müssen solche Korrekturen von der Arbeitsgruppe selbst übernommen werden.“

Ein Mißverständnis räumt der Manager aus: „Landläufig werde das Thema Gruppenarbeit verwechselt mit dem Abschied von der Produktion am Fließband. Davon könne aber bei dem Modell von OPEL keine Rede sein“ (FAZ, 19.8.1991).

Nun kann sich eine Gewerkschaft nicht darauf beschränken, aus der großartigen Verpackung das materielle Motiv herauszuschälen. Die Unternehmer und ihre Profitinteressen immer nur zu entlarven, klingt längst genauso redundant wie die Sprüche vom Mensch, der im Mittelpunkt steht. Es hilft auch nichts, unternehmerische Vorstöße in Sachen Gruppenarbeit defensiv abzuwehren. Sie offensiv aufzugreifen und zu wenden in Richtung auf abwechslungsreichere Tätigkeiten, auf weniger einseitig belastende, auf höherqualifizierte und besser bezahlte, wäre die klügere strategische Antwort.

Wer sich mit seinen Kollegen in den verschiedenen dispositiven und ausführenden Tätigkeiten abwechselt, arbeitet freier als der, dessen Einzelarbeitsplatz ihm immer nur die gleichen Handgriffe abverlangt.

Die Gruppe schützt den einzelnen ein wenig vor der Bevormundung durch das Band und den Meister. Daß er Selbstbewußtsein entwickelt und Selbständigkeit, dafür bietet Gruppenarbeit einen ungleich günstigeren Nährboden als die alten, hochgradig arbeitsteiligen Handgriffe. Nicht zu negieren, sondern fortzuentwickeln, was als aufhebenswert erscheint, bedeutet aber nicht, sich naiv und affirmativ zur Gruppenarbeit zu verhalten. Eine reflektierte Position kommt nicht umhin, durch eine kritische hindurchzugehen. Nur so vermeidet man Blauäugigkeit.

Konzerne setzen auf Gemeinschaft

Eine gewisse Blauäugigkeit existiert vor allem bezüglich der Grundannahmen, die in die Diskussion um Gruppenarbeit eingehen. Gruppe und Gemeinschaft gelten heutzutage ja — und da hat der Zeitgeist auch in die Welt der industriellen Beziehungen Einzug gehalten — als positiv besetzte Begriffe. Die Vorstellung, soziale Beziehungen seien umso humaner, je enger und intimer sie sind, ist weit verbreitet. Die Gruppe erscheint als ein Schutzraum inmitten der anonymen, kalten Gesellschaft. Gemeinschaft wird mit warmen, familiären Sozialbeziehungen gleichgesetzt.

Die Konzerne setzen auf diesen psychischen Trend. Sie greifen den Wunsch nach Gemeinschaft auf und politisieren dieses Bedürfnis im Sinne ihrer Geschäftspolitik. Unternehmenskultur läßt die alte Betriebsfamilie wiedererstehen, mit neuen, das menschliche Unbewußte erfolgreich erschließenden Methoden. Und auch Gruppenarbeit bietet, jenseits ihres technischen Vorteils, einen emotionalen Surplus.

Wer kennt nicht die ewige Klage in den Betrieben, früher sei alles besser gewesen, früher als man in den Pausenräumen auch mal beim Bier zusammensaß? Mit Gruppenarbeit und Gruppengespräch ist es wieder ein bißchen wie früher geworden („Ein gemeinsames Essen zu Weihnachten, ein Treffen am Wochenende, die Teilnahme an einem Fußballturnier. Vor drei, vier Jahren war derlei undenkbar“ — Darmstädter Echo, 10.8.1991). ‚Betriebswirtschaftliche Kameradschaftspflege‘ nannte die Kritische Theorie solche menschenfreundliche Verfahrenstechnik.

Ist die psychosoziale Ebene gesund, dann stimmt auch die Motivation und mithin die Leistung. Das ist der Lehrsatz, der die Unternehmen Gruppenarbeit favorisieren läßt. Zufriedene, in ihrem Bedürfnis nach sozialer Anerkennung befriedigte Arbeiter leisten mehr als ihre Kollegen ohne Teams und Teamgeist.

Die Theorie vom Leistungsvorteil der Gruppe stammt aus der Human-relation-Bewegung. Sympathie und gute emotionale Beziehungen in Gruppen gewährleisten demnach hohe Produktivität. Das Vertrauen in die leistungsfördernde Gruppendynamik hat mittlerweile ein wenig gelitten und der Einsicht Platz gemacht, daß eine hohe Gruppenmoral durchaus mit niedrigen Produktivitätsraten einhergehen kann. ‚Good vibrations‘, ein Maximum an sich-wohlfühlen ist nicht automatisch mit einem Maximum an Output verbunden. (Die berühmte ‚starke Unternehmenskultur‘ kann durchaus ganz schwache betriebswirtschaftliche Ergebnisse zeitigen.) Ein Übermaß an Sympathie zwischen den Gruppenmitgliedern untergräbt deren Leistungsbereitschaft ebenso wie ein Mangel an ‚Wir-Gefühl‘. Weder ein Maximum, noch ein Minimum, sondern ein Optimum ist gefordert.

Zu den gesunden psychosozialen Beziehungen gehört durchaus ein gesundes Maß an Rivalität und Konflikten. Auf diese konfliktträchtige Dynamik in Gruppen setzt die Betriebspsychologie. Gruppen sind keine harmonischen Gebilde; Arbeitsgruppen die einen Kollektivlohn erhalten schon gar nicht. Hängt die Höhe des Lohnes von der Leistung jedes einzelnen ab, dann hält der Akkord dazu an, ältere und weniger leistungsfähige Mitglieder auszugrenzen. Die Gruppe übt Druck auf die ‚Krankmacher‘ und ‚Drückeberger‘ aus; denn deren Leistung muß sie ja miterledigen. ‚Springer‘ sind keine mehr vorgesehen.

Was so hübsch Selbstregulation der Gruppe genannt wird, ist angemessener oft mit Disziplinierung und Boykottierung von Außenseitern zu übersetzen. Gruppendruck kann sich aber auch gegen politische, religiöse, ethnische Minderheiten richten (Dieter Fröhlich erwähnt in einem Aufsatz über teilautonome Arbeitsgruppen Beispiele aus der Praxis der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. In: Gruppensoziologie, Hrsg. Friedhelm Neidhardt, Opladen 1983). Sozialpsychologie und Gruppensoziologie haben eine Menge Erkenntnisse zusammengetragen über ‚Hackordnungen‘, die in Gruppen existieren. Hierarchien verschwinden nicht, sie verlagern sich in die Gruppe. Wer auf der untersten Stufe der Hackordnung steht, hat nichts zu lachen. Für ihn wird nicht gelten, was der zitierte Artikel aus dem Darmstädter Echo mit Gruppenarbeit verbindet: „Den Alltag fröhlicher machen“.

Konformitätsdruck durch die Gruppe

Gruppen üben auf den einzelnen einen starken Konformitätsdruck aus. Er ist gezwungen, mit ihren Normen konform zu gehen. Schließt er sich nicht der Gruppenmeinung an, riskiert er, die Zugehörigkeit zu verlieren. Abweichendes Verhalten wird mit dem Entzug dieser Zugehörigkeit sanktioniert. Man entzieht dem Abweichler damit etwas für seine menschliche, gesellige Existenz Wesentliches — die soziale Anerkennung.

Gegen einen Meister, der glaubt, Überstunden autoritär anordnen zu können, kann sich ein Beschäftigter zur Wehr setzen, indem er sich an seinen Betriebsrat oder an seinen Vertrauensmann (respektive -frau) wendet. Aber wie wehrt er sich gegen einen informellen Vorgesetzten, der nicht Teil der formellen Betriebshierarchie ist aber die Gruppe dominiert? Kann ein schwaches Gruppenmitglied einen ‚Leithammel‘ in die Schranken verweisen? Kann es sich das psychisch erlauben? Antwortet die Gruppe und ihr Führer nicht mit einem verstärkten Gruppendruck? Solche keineswegs hypothetischen, sondern aus Erfahrung resultierenden Fragen wirft Dieter Fröhlich in dem genannten Aufsatz über Machtprobleme in teilautonomen Gruppen auf.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Arbeiten in Kollektiven konfliktträchtiger ist als an Einzelarbeitsplätzen, wo Auseinandersetzungen mit dem traditionellen Vorgesetzten ausagiert werden können — mit der Folge zunehmender psychischer Erkrankungen. Was das Personalmanagement beschönigend ‚gesunde Konkurrenz in Gruppen‘ nennt und was unter Effizienzgesichtspunkten ganz nützlich ist für die Arbeiter und Angestellten ist dies alles andere als gesund und nützlich. Es ist Bestandteil des ihnen zugemuteten Managements by Streß.

Unternehmen haben gute Gründe, über die Art wie sich die human-relations gestalten, ganz glücklich zu sein. Eine kritische Einsicht in die Gesellschaft hat keinen Grund zu einer optimistischen Psychologie. Sie glaubt nicht naiv an das Gute im Menschen, auch nicht bei den Menschen, deren Partei sie nimmt. Den gegebenen Verhältnissen, so weiß sie, ist eine Ellbogen-Mentalität angemessener als eine solidarische Haltung. Die Dynamik in Gruppen hilft dem stummen Zwang der Verhältnisse nach. Dieser Zwang hat sich infolge sozialstaatlicher Zivilisierung des kruden Kapitalismus um

einiges gelockert. Die psychologischen Mittel der Verhaltenssteuerung, die sogenannten Motivationsstrategien zurren die Fesseln wieder fest. Die Menschen in den Büros und Fabriken besorgen das Fesseln unter eigener Regie. Sie kontrollieren sich wechselseitig und setzen sich unter Druck. Eine pervertierte Form der allerorts propagierten Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Ablösung traditioneller autoritärer Anordnungen von oben (die doch im nachhinein oft boykottiert werden) durch kollektive Verabredungen (die für den einzelnen einen viel verbindlicheren Charakter besitzen), dieses Ersetzen rigider Formen der Fremd- durch Selbstrepression, ist eine Segnung der Angestelltenkultur. Den einzelnen durch ‚Encounter'-Gruppen, durch ‚Psychodrama', ‚Rollenspiel' und ‚Sensitivity-Training' zu mehr Leistung, Sorgfalt und Verantwortlichkeit anzuhalten, war ein Verfahren, das die Elektro- und Automobilkonzerne Anfang der Siebziger Jahre noch bei ihren leitenden Angestellten praktizierten. Mittlerweile ist die psychologische Kriegsführung über die mittleren Angestelltenetagen bis zu den einfachen Angestellten und den Produktionsarbeitern vorgedrungen. Die Ausbildung der Gruppensprecher zu ‚Moderatoren', deren ‚kommunikative und soziale Kompetenz' geschult werden soll, ist Teil der sensitiven Offensive.

Gruppenarbeit in der industriellen Produktion einzuführen, bedeutet aber kein unterschiedsloses Favorisieren von Gemeinschaftsbildung, denn nicht jede ist funktional für das Betriebsergebnis. Die Subkultur informeller Gruppen, in allen Büros und Betrieben existent, soll mit Gruppenarbeit zerschlagen werden. Mitglieder solcher Gruppen organisieren sich das eine oder andere illegale Päuschen oder treiben schwunghaften Tauschhandel miteinander. Die Betriebspsychologie kennt ihre Pappenheimer. Sie weiß um deren Ehrgeiz, Leistungsnormen zu unterlaufen und die eigenen durchzusetzen. Ungnädig nennt sie solche informellen Gruppen ‚Cliquen' und was die da treiben ‚Cliquenwirtschaft'. Solche Cliquenwirtschaft kann nicht geduldet werden. Ordentliche Gruppen im Rahmen von Gruppenarbeit sollen den subkulturellen Sumpf mit seinem Verweigerungspotential trockenlegen.

Eine Methode, um dem stummen Zwang der Verhältnisse nachzuhelfen, ist auch die Konzeption der Arbeitsgruppen als costcenter. Organisationseinheiten werden wie kleine Unternehmen geführt. Die Einheiten müssen miteinander wie auf dem Markt mit Preisen verkehren. Die Preise haben unter denen möglicher externer Anbieter zu liegen. Den Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt gibt man so nach ganz unten weiter. Die Gruppe hat nun den Streß, die Kosten zu minimieren. Die Make-or-buy-Alternative, die Drohung, den Laden dichtzumachen, schwebt über den Gruppen und Tochterunternehmen wie ein Damoklesschwert. So erzieht man zu ‚Kostenbewußtsein' und stachelt den Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmensteilen und Arbeitsgruppen an.

Die Konkurrenz unter Arbeitskollegen konterkariert den Gewerkschaftsgedanken. Die Arbeiterschaft spaltet sich in Belegschaften auf und diese wieder in Gruppen, von denen jede sich anschickt, ihre je eigenen Interessen wahrzunehmen. Wenn via Gruppensprecher mit der Gegenseite verhandelt werden kann, was soll dann noch der Betriebsrat? Wieso maßt der sich an, die Neun-Stunden-Schicht abzulehnen, wenn sie die Zustimmung der Gruppen findet?

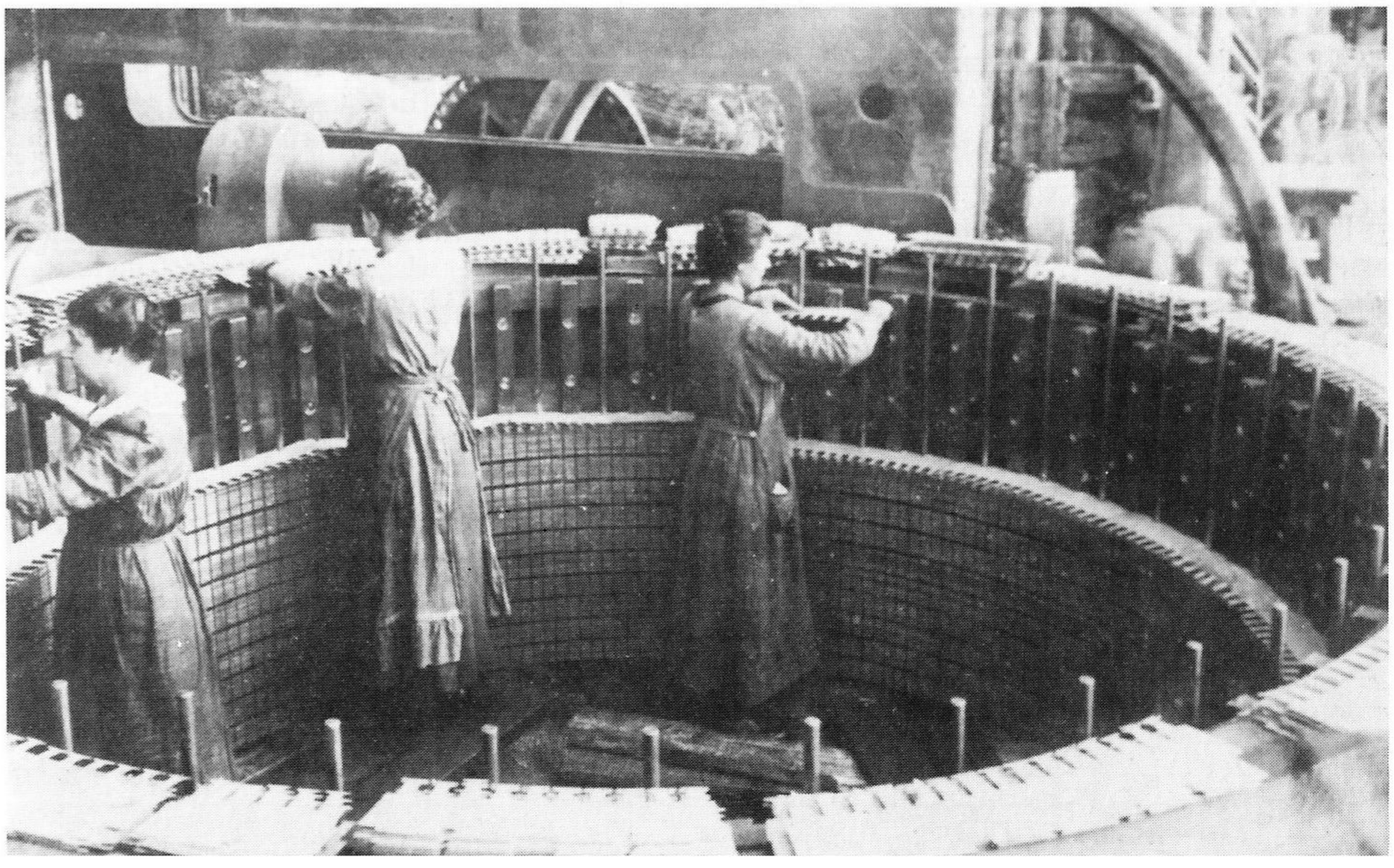
▶ Arbeiterschaft spaltet sich in Gruppen ◀

Für diese Mini-Interessenvertretung wird das Argument von der direkten Demokratie bemüht und gegen die repräsentative Vertretungsform ausgespielt. Die Gruppensprecher: basisnah und plebiszitär; der Betriebsrat: weit weg vom Schuß und bürokratisch — unflexibel? Die Unternehmen haben die basisdemokratische Lektion gelernt. Mit dieser Rhetorik wollen sie die Beschäftigten veranlassen, unter der Fahne ‚Mehr individuelle Regelungsfreiheit' gegen kollektive, nicht von gruppenegoistischen Interessen diktierte Schutzregelungen anzumarschieren. Was die innerbetrieblichen Deregulierer unter Freiheit verstehen, macht das oben schon zitierte Vorstandsmitglied der Adam Opel AG deutlich: „Der Fachmann für Fertigung kann sich deshalb nur wundern über die Frage, ob eine Gruppe auch die Freiheit besitzt ihre Mannschaftsstärke zu vergrößern, falls sie mit der Arbeit nicht zu Rande kommt. Im Prinzip sei das natürlich möglich. Doch erwartet würde vielmehr die Auskunft: ‚Zehn sind zu viel'" (FAZ, 19.8. 1991).

Angemessen auf die Deregulierer und Flexibilisierer zu reagieren, kann nicht heißen, sich unflexibel und spröde zu verhalten und die alten Formen der Arbeitsteilung den neuen vorzuziehen. Gruppenarbeit stellt einen Fortschritt in Richtung auf Humanisierung dar, trotz der hier skizzierten Kritik. Zusammengesetzte Tätigkeit ist besser als kruder Taylorismus, die Arbeit in Gruppen weniger frustrierend als die am Einzelarbeitsplatz. Hier versickert die soziale Interaktion, hier verarmt das Gefühlsleben des einzelnen.

Die Chancen, sich zu verständigen und solidarisch zu handeln, sind in einer kollektiven Arbeitsform größer als in einer isolierten. Dieses Mehr an Kooperation und Kommunikation gilt es zu nutzen. Eine Gewerkschaftsstrategie, die Gruppenarbeit nicht einfach, sondern bestimmt negiert, muß all die genannten kritischen Aspekte im Auge behalten, um die anfangs erwähnte Blauäugigkeit zu vermeiden. Für sie ist es keine untergeordnete Frage, wie ein Beschäftigter aus einer ihn psychisch belastenden Gruppe aussteigen kann. Sie will das geregelt wissen. Kollektivlohn sucht sie, wenn irgend möglich, zu verhindern. Einzelentlohnung reduziert die Abhängigkeit untereinander und mindert den von einer wechselseitigen Leistungskontrolle ausgehenden Druck. Um wirklicher physischer Erleichterung willen, setzt sie auf Gruppenarbeit in Fertigungsinseln oder -boxen und nicht an den laufenden Bändern.

Eine auf dem Niveau der Gegenseite agierende Gewerkschaft wird ihren Betriebsräten und Vertrauensleuten sozialpsychologische Kenntnisse vermitteln. Die Teilnehmer ihrer Seminare wird sie für gruppendynamische Prozesse sensibilisieren. Solche Aufklärung dient dem Schutz der Arbeitskollegen vor ausgebufften, wissenschaftlich angeleiteten Methoden der Verhaltenssteuerung. Betriebsräte und Vertrauensleute sollen ein Verständnis entwickeln für den Wert unpersönlicher Familienbeziehungen. Daß solche um so humaner sind, je familiärer und enger sie sich gestalten, ist ja ein gefährlicher Trugschluß. Unpersönlicher Umgang miteinander ist etwas durchaus Sinnvolles und den einzelnen Schützendes. Es schützt ihn vor dem Konformitätsdruck und den Pressionen der Gruppe. In engen Arbeitskollektiven dagegen ist er mit seiner ganzen Person so involviert, daß er sich eine Rollendistanz gar nicht erlauben kann. Rollendistanz und ein gewisses Desengagement schonen aber seine psychischen Kräfte. ■



MARTIN JANDER / JÜRGEN KÄDTLER / GISELA KOTTWITZ / STEFAN LUTZ

Betriebsräterebellion im Osten

Seit geraumer Zeit findet ein zähes Ringen zwischen dem DGB, einigen seiner Einzelgewerkschaften und einer wachsenden Anzahl ostdeutscher Betriebsräte statt. Angesichts weitgehender Übereinstimmung in den jeweils erhobenen wirtschaftlichen Forderungen könnte man versucht sein, die ausgedehnten Briefwechsel und Gespräche als Nebensächlichkeit abzutun.

Mittlerweile zieht sich die Sache allerdings schon einige Monate hin. Gerungen wird um die Frage, ob die Gewerkschaften und ihre Dachorganisation bereit sind, eine branchenübergreifende Konferenz ostdeutscher Betriebsräte einzuberufen oder nicht. Bislang sind zwischen Gewerkschaftsvorstandsvertretern und dem — auf einer ersten branchenübergreifenden Betriebsräte-konferenz am 20. Juni in Berlin gebildeten — „Arbeitsausschuß" Briefe gewechselt und Gespräche geführt worden. Jetzt steht offenbar ein Eklat ins Haus.

Der DGB hatte nämlich signalisiert, der Bundesvorstand wolle sich auf seiner Sitzung Anfang Oktober mit dem Anliegen einer branchenübergreifenden Betriebs- und Personalrätekonferenz der fünf neuen Länder befassen, hatte diese Zusage aber dann nicht eingehalten — wie es intern heißt, wolle man erst den gerade beginnenden IG-Metall Kongreß abwarten. Ob und wie die IG-Metall Position bezieht, ist bei Abfassung dieses Artikels noch nicht bekannt. Vorerst jedenfalls deuten die Zeichen auf einen heftigen Zusammenstoß zwischen Gewerkschaften und Ost-Betriebsräten hin.

Zu einer deutlichen Verhärtung der Fronten hatten bereits die Begleitumstände einer Protestaktion von rund 300 Ost-Betriebsräten in Bonn am 9. September dieses Jahres geführt. Mit dem Bewußtsein in die Bundeshauptstadt aufgebrochen, daß kurz zuvor mit Vorstandsvertretern von IG Metall und DGB geführte gemeinsame Gespräche gemeinsame Perspektiven eröffnet hätten, sahen sich die Betriebsräte beim Verlassen der Busse mit der Tatsache konfrontiert, daß beide Organisationen sich in der Presse offiziell von ihnen distanziert hatten. Während sie bei allen Bundestagsfraktionen und sogar beim Bundeskanzler offene Türen und medienwirksam bekundetes Verständnis fanden und die CDU-Fraktion z.B. ihr Interesse an weiteren Gesprächen bekundete, war der Faden zu den Gewerkschaften offenbar erst einmal gerissen.

Der Kern der Auseinandersetzung ist ebenso schlicht wie dramatisch: Das in Westdeutschland einige Jahrzehnte lang leidlich stabile und effektive System der Arbeitnehmerinteressenvertretung läuft im Osten leer; das für dieses System konstitutive Arbeitsteilungsverhältnis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften funktioniert hier nicht. Die mit den sozialen Auswirkungen des Um- bzw. Zusammenbruchs der ostdeutschen Industrie zuerst und unmittelbar befaßten Betriebsräte haben keinen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt im Rücken, im Hinblick auf den sich der Personalabbau wirksam „sozial" bewältigen ließe. Schon die Sozialauswahl bei Kündigungen bringt sie in die Zwickmühle zwischen dem kurzfristigen Schutz älterer Beschäftigter und den betrieblichen und regionalen Entwicklungsmöglichkeiten auf längere Sicht. Umschulungen und Beschäftigungsgesellschaften geraten dort zur Makulatur, wo sie nur als sozialpolitisches Zwischenlager vor dem definitiven sozialen Absturz fingieren. Angesichts der prekären Situation der Betriebe bereit, die tatsächlichen oder vermeintlichen Sanierungsmaßnahmen der Unternehmensleitungen mitzutragen, bleiben sie auf der Verantwortung für die sozialen Folgemaßnahmen sitzen und beklagen die Machtlosigkeit der Gewerkschaften, die ihnen in diesem zentralen Punkt keine wirksame Unterstützung bieten können. Die Betriebsräteinitiative und ihr Projekt einer Konferenz ostdeutscher Betriebs- und Personalräte über die Branchengrenzen hinweg sind ein Versuch, aus dieser Klemme auszubrechen und öffentlichkeitswirksam Lärm zu schlagen. Der Zulauf zeigt, daß damit einem verbreiteten Bedürfnis entsprochen wird.

▶ Kompetenzgerangel ◀

Nicht wenige erinnert ihre gegenwärtige Situation z.B. stark an ihre Urlaubserfahrungen. Den Hinweisen von Insidern, so handelt es sich um einen „Satzungskonflikt". Die Geschäftsführer der Einzelgewerkschaften, insbesondere der IG Metall, hätten sich gegen eine Unterstützung der Betriebsräteinitiative durch die Vorstände gewandt, weil sie dabei übergangen und desavouiert würden. Vor diesem Hintergrund werde der DGB von den Einzelgewerkschaften gebremst, die — so kann man hinzufügen — dem Unternehmen ohnehin skeptisch gegenüber stehen dürften, würde doch damit ihre vorrangige Zuständigkeit relativiert.

Einiges spricht für diese Erklärung, die die organisatorische Verfaßtheit der Gewerkschaften in den Mittelpunkt stellt, die Realität des alltäglichen inner- und zwischengewerkschaftlichen Kompetenzgerangels. Trifft sie zu, liefert sie ein fatales Beispiel dafür, wie eingefahrene Organisationsstrukturen, -besitzstände und -routinen die Verwicklichung des Organisationszwecks blockieren können, wo dieser deren Überprüfung erfordern würde.

Eine solche Überprüfung steht aber an, soll den eklatanten Vertretungsproblemen in den neuen Bundesländern Rechnung getragen werden. Diese Notwendigkeit ist lange von der Illusion verdeckt worden, zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland reiche es aus,

Wohl dem, der's hat.

bei der Treuhand den Übergang von der Privatisierung zur Sanierung und bei der Bundesregierung mehr Geld auf der Grundlage von Arbeitsmarkt- und Investitionsabgaben durchzusetzen. In dem Maße, in dem klar wird, daß das keinesfalls reicht und daß längerfristig eine deutlich weitergehende Lastenverteilung notwendig ist, ergeben sich erhebliche Verteilungskonflikte auch unter den Arbeitnehmern, die von den Gewerkschaften integriert werden müssen, sollen sie nicht zum organisatorischen Sprengsatz werden.

Eine Notwendigkeit: Regionale Netzwerke

Die Lösung dieses Problems erfordert organisationspolitische Veränderungen, weil dabei eine Doppelaufgabe bewältigt werden muß, die über die pure Addition von Einzelgewerkschaftspolitiken nicht bewältigt werden kann. Zum einen muß im Hinblick auf das gesamtgesellschaftliche Transferproblem — sowohl was die Aufbringung der Mittel, als auch, was den Modus ihrer Verwendung angeht — ein für die Arbeitnehmer allgemein akzeptabler Konsens gefunden und wirksam vertreten werden. Zum anderen gilt es der Tatsache Rechnung zu tragen, daß z.B. Metall-, Chemie-, Bauarbeiter und Arbeitslose im südlichen Thüringen im Hinblick auf die Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Region über organisier- und vertretbare Interessengemeinsamkeiten verfügen, die auf absehbare Zeit erheblich weiter tragen, als diejenigen, die sich entlang der jeweiligen Branchen ergeben. Wirksam vertreten können sie aber nur dann werden, wenn regionale Politik quer zu den Einzelgewerkschaftsinteressen und -zuständigkeiten organisatorisch abgesichert wird, es also vermittelnde Institutionen gibt, die auf der einen Seite regionalbezogenen Konsens herstellen, bzw. Kompromisse zustande bringen können, und die andererseits in der Lage sind, diese innerhalb der Einzelgewerkschaften auch zur Geltung zu bringen.

In einem solchen Rahmen — und nicht über die Bildung gesamtostdeutscher ,,Bewegungen'' — hätten auch die Impulse der Betriebsräte Aussicht auf stabile praktischpolitische Wirksamkeit. Denn während ein gemeinsamer regionaler Bezug zumindest eine brauchbare Voraussetzung für gehaltvolle, auf konkrete Ziele gerichtete Verständigungsprozesse und Einflußnahmen bietet, spricht erst einmal wenig dafür, daß einige hundert Betriebsräte aus den verschiedenen Branchen und Gegenden auf einen im Detail tragfähigen gemeinsamen Nenner kommen sollten als sechszehn Einzelgewerkschaften.

Vorrangig ist zunächst, daß die Vertreter der Gewerkschaftsvorstände wie der Betriebsräteinitiative sich mit Nachdruck darum bemühen, den Konflikt um die Betriebs- und Personalrätekonferenz von jenem kritischen Punkt herunterzubringen, auf dem die beiderseitige Angst vor Gesichtsverlust wichtiger werden könnte, als die Sache selbst. Die Probleme der Arbeitnehmerinteressenvertretung im Osten Deutschlands sind weder mit der gewerkschaftspreußischen Büroordnung noch durch eine zusätzliche ,,Bewegung'' von Betriebsräten erfolgversprechend anzugehen. Die organisatorische Ausbaufähigkeit des bestehenden Vertretungssystems muß unter Beweis gestellt werden. Die geforderte Betriebs- und Personalrätekonferenz wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Gesichtspunkte organisationssoziologischer Analyse könnten jedoch über den emotionalen Sprengstoff, der in diesem Konflikt liegt, hinwegtäuschen. Wir finden in den Betriebsräten des Ostens vorwiegend gut qualifizierte Techniker und Ingenieure oder Betriebshandwerker mit Überblick, die nach unseren Beobachtungen vorwiegend der Generation zuzurechnen sind, die am Kriegsende, bzw. bei Gründung der DDR geboren wurde. Viele dieser Generation, die die DDR nicht verließen, sich mehr oder minder durchschnittlich wohlverhielten und in ihrem Leben wenn überhaupt dann nur von der deutschen Einheit Veränderung erwarteten, votierten in der Wende für bundesdeutsche Gewerkschaften, bundesdeutsche Investitionen und das bundesdeutsche Betriebsverfassungsgesetz — weil sie sich mit westlichen Investoren und westlichen Gewerkschaften Wohlstand zu ihren Lebzeiten erwarteten. Diese Generation sieht sich in ihrer Hoffnung auf Wohlstand zu Lebzeiten getäuscht.

Die Probleme der Arbeitsteilung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften werden deshalb überlagert durch die Empfindungen, die viele aus der Generation der 40 - 50 jährigen Arbeitnehmer und ihre Vertreter beschäftigen. Den — auf eigenen Wunsch — vom Westen in den Osten übertragenen Gewerkschaftsstrukturen, -satzungen und -funktionären stehen hier viele Betriebsräte und Arbeitnehmer gegenüber, die authentische ,,Ossis'' sind und sich dabei ziemlich mies fühlen. Diese Gefühle können sich, wenn über die Konflikte zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften mit den Gewerkschaften nicht gesprochen wird, in eine Abwendung von den Gewerkschaften umsetzen. Dort wo die Arbeitslosigkeit steigt, treten Menschen ja auch jetzt schon aus den Organisationen aus.

Wenn über die vorhandenen Konflikte nicht mit den Gewerkschaften geredet wird, könnte bei einigen die Verführung steigen, populistisch und aktionistisch die Kritik der Arbeitnehmer im Osten gegen die ,,arroganten Wessis'' und auch die Gewerkschaften anzublasen. Sie könnte vor allem deshalb steigen, da nicht nur Betriebsräte über die Entwicklung der deutschen Einheit frustriert sind — ihre Wähler und die Arbeitslosen sind es in noch stärkerem Maße. Oft halten sie von ihren Vertretern, die ja immerhin einen sicheren Arbeitsplatz haben, nichts. Betriebsräte sind oft der Puffer für die enttäuschten Erwartungen ihrer Wähler an der Politik insgesamt, den Gewerkschaften, der Treuhand und den anderen Bedingungen des wirtschaftlichen Strukturbruchs in der ehemaligen DDR. Betriebsräte im Osten können daher die Erfahrung machen, daß man dann, wenn man auf den Putz haut, von den eigenen Wählern die Zustimmung erhalten kann, die einem in der alltäglichen Kleinarbeit nicht entgegengebracht wird.

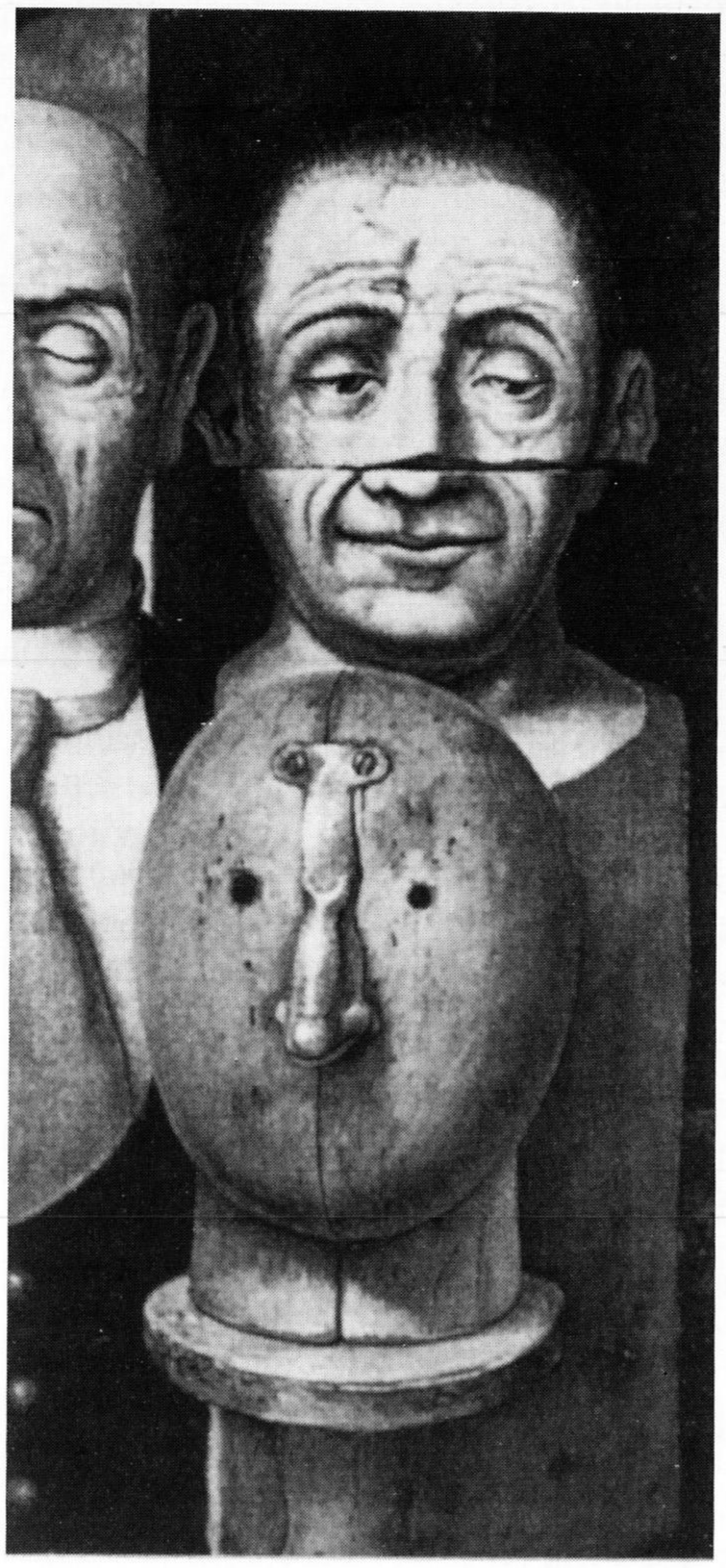
,,Deutsche zweiter Klasse''

Warum aber tun sich die Gewerkschaften so schwer mit dieser Initiative? Folgt man rungen vor der Wende, als sie in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei auf westdeutsche Bürger trafen, die sich dort für DM alles kaufen konnten, während sie sich mit ihrem ,,Spielgeld'' eben als ,,Deutsche zweiter Klasse'' behandelt fühlten. Viele der Generation der 40 - 45jährigen möchte vor allem eins nie wieder: nie wieder Ossis, nie wieder ,,Deutsche zweiter Klasse'' sein.

Über die Konsequenzen einer aktionistischen Mobilisierung solcher vorhandenen Minderwertigkeitsgefühle, enttäuschten Erwartungen u.v.m. darf sich niemand täuschen. Eine solche Mobilisierung würde Haß und Intoleranz in ungeahnten Ausmaßen freisetzen. Der Beifall in Hoyerswerda und Rostock zeigt an, welch tödliche Gefahr in solchen Emotionen stecken kann. Eine ,,Mobilisierung'' oder ,,Massenaktion'' von Minderwertigkeitsgefühlen oder enttäuschten Erwartungen haben auch Betriebsräte nicht im Griff. ■

LUDI LODOVICO

Kopflose Kopflanger



Für Ludwig Erhard waren sie schlicht ,,Pinscher'' und Helmut Schmidt redete auch nicht viel anders. Noch bis vor kurzem hantierten die Staatstragenden und ihre offiziellen wie inoffiziellen Mitarbeiter nach dem Einfaltsschema des Jahrhunderts: tonnenschwer drückende Verantwortung prügelt die Gesinnung aus der Politik heraus wie die knüppelnde Polizei Demonstranten aus der Bannmeile. ,,Intellektuelle'', das waren die notorischen Gesinnungslümmel, denen man es ,,verantwortungsmäßig'' zu besorgen hatte — im Namen von fdGO, Realpolitik und westlichen Werten. In jüngster Zeit hat sich das Blatt gewendet: ,,die Intellektuellen '' sind eingeladen, für fast alles zwischen Rostock und Sarajewo Verantwortung zu übernehmen. Arm in Arm mit den Brandstiftern sollen sie der Solidarität-aller-Demokraten-Feuerwehr beitreten. Die ,,nationale'' Einheit ist wie vorausgesagt nach Hause gekommen — als Kriegserklärung gegen Ausländer und Flüchtlinge.

Kein Tag vergeht, an dem nicht jemand „die" deutschen Intellektuellen auffordert zu tun, was sie tun müßten, um dem zu genügen, was sich z.B. die nationalistische kroatische Philosophin D. Melcic, der FDP-Außenminister Kinkel oder M. Brumlik unter einem „verantwortungsbewußten" Intellektuellen vorstellen. „Der" Intellektuelle hat Konjunktur und erscheint je nach Stimmungslage und Standort als Bankrotteur, Erfüllungsgehilfe, Nothelfer oder geschichtsphilosophisch rückversichertes Subjekt im Optativ, als buchstäblich letzte Hoffnung (darin nicht unähnlich dem „Proletarier" in der leninistischen Diktion). Ob für eine Fraktion im balkanischen Bürgerkrieg, gegen den rechtsradikalen Mob, gegen die „nur" BILDmäßig/regierungsamtlich verhetzten Bürgerinnen und Bürger oder gegen eine in Sachen Asyl von allen humanen Rücksichten befreite, rundum wahltagsorientierte SPD — immer sollen jetzt „die" Intellektuellen aushelfen. An der nationalistisch-kroatischen Zumutung und Kinkels noch plumperem Ansinnen, die Intelligenz die Suppe auslöffeln zu lassen, die sich die Bonner Truppe mit ihrer Vereinigungspolitik unter nationalen Vorzeichen und ihrer Politik gegen Flüchtlinge und Ausländer selbst zubereitet hat, kann man ziemlich genau ablesen, womit wir geschlagen sind: alle sollen guten Willen zeigen und „gut" national werden, um den „bösen" Nationalismus zu bekämpfen.

Brumliks „Letzter Appell an die Intellektuellen" (taz 8.9.92), gegen die Flüchtlingspolitik der SPD zu demonstrieren, zielt dagegen auf Richtiges — allerdings mit falschem Pathos, zopfigen Sätzen und Verhältnisblödsinn: alle zwischen Jens/Broder und Habermas/Stephan sollen mitmachen, als ob Jens und Habermas mit den beiden andern mehr gemeinsam hätten als den Platz in Brumliks kruder Schlachtordnung.

„Nach den Tigern und den Löwen ... die Insekten" oder: die Leute werden kleiner, aber zahlreicher. Diesem Motto aus der Französischen Revolution folgt die Debatte, in der es zunächst um „die" oppositionellen Linken und Pazifisten ging, dann pauschal um „die" Intellektuellen. Wurden jene noch als „Antisemiten" vorgeführt, ob sie im Protest gegen den Golfkrieg handelten oder nicht, so unterliegen „die" Intellektuellen von heute etwas sanfteren Abreibungen. ,,Sie kriegen von rundherum vorgerechnet, was sie „eigentlich" müssen sollten, wenn sie wären, was sie zu sein haben: Verantwortungsspezis im Rücken der Machtklempner. Das waren noch Zeiten, als Intellektuelle Intellektuelle nur Intellektuelle schimpften und sonst nichts. Seit der sortenreine Gesinnungsbegriff „Verantwortung" die Köpfe verödet, sind Intellektuelle für alles verantwortlich von der „realpolitischen" Kleiderbis zur „neuen Weltordnung".

Max Weber hielt bekanntlich gar nichts von Intellektuellen als „Verantwortungsträgern". Ihn beeindruckten Macht, „Machtstaat" und Deutsche als „Herrenvolk". Einen ziemlich großen kategorialen Eimer stellte er deshalb 1917 für „Tagediebe und Kaffehausintellektuelle", „gänzlich verantwortungslose Elemente", „Advokatenvolk" und „Literaten" bereit. Und auch J.A.Schumpeter hätte mit „verantwortlichen" Intellektuellen (1942) gar nichts anfangen können, denn er reimte den Begriff auf „Fehlen direkter Verantwortlichkeit" und Mangel an „Kenntnissen aus erster Hand", „Zuschauer", „Außenseiter" sowie „Störungsfaktor". Vom Stören wollen viele Intellektuelle mittlerweile nicht mehr viel wissen, nachdem sie sich ins gemütliche Poststübchen verabschiedet haben, wo Saddam als Hitler und Assad als Stalin residieren, Biermann als Père Duchesne herumgrölt, Woytila und G. Knapp als militärische Interventions-Häuptlinge auftreten und Frau Seebacher, G. Koenen und D. Diner, als Carl Schmitt(e) verkleidet, gemeinsam die „westlichen Werte" zurüsten. Kurz

— die nette Intellektuellen-Gesellschaft stört nicht mehr länger, sie spielt nur noch Theater.

Wie ein Blick ins Gesetz bekanntlich die Rechtskenntnis erhöht, so schärft ein Blick in Lexika und Handbücher das Bewußtsein. Der Trésor de la langue français (Bd. 10, 1983) zitiert einen Autor mit dem Bonmot: „Seit der Begriff Intellektueller existiert" — im Französischen etwa seit der Dreyfus-Affäre —, „schimpfen Intellektuelle aller Fraktionen ihre Gegner Intellektuelle — mit Ausnahme der eigenen Fraktion, die immer als intelligent gilt". Aber selbst neuere Handbücher wie das „Staatslexikon" (7. Aufl., Bd. 3, 1987) haben die Intellektuellen noch nicht an die Verantwortung angekoppelt. Im Gegenteil: „Ihre Neigung oder Fähigkeit zum Theoretisieren und Ideologisieren bzw. zum Durchspielen alternativer Möglichkeiten" treibt die Intellektuellen „- und zwar um so weniger unmittelbare Verantwortung sie tragen — in den politischen Extremismus". Voilà! Für das Englische gilt nach dem Oxford English Dictionary (Bd. 7, 1989) seit dem 18. Jh. die handliche Gleichung intellectual = heretic. Und solche Leute sollen heute den Balkan vom Bürgerkrieg, die Flüchtlinge und Ausländer vom deutschen Mob und gar die SPD von Gedächtnisverlust und wahltaktischem Kretinismus befreien?

D. Bororykin, der den russischen Begriff „intelligencija" um 1860 prägte, kann sich den beispiellosen Aufstieg der Urenkel seiner bildungshungrigen Seminaristen zur Streitmacht „Intellektuelle" nicht einmal geträumt haben.

Zur Strafe dafür, daß einige von ihnen das Chaos vorausgesehen haben, das der Beischluß der ex-DDR erzeugen mußte, sollen „die" Intellektuellen jetzt zum Staats- und Ordnungsdienst gegen den nationalistischen Mob antreten: Habermas als Wasserwerfer-Kommandant nach Rostock, Negt als Hundertschaftführer nach Leipzig, Narr als Chef der Hundestaffeln nach Dresden.

Das Handbuch der Sozialwissenschaften (Bd. 5, 1956) machte den Intellektuellen zum erledigten Fall, zu einer historischen Figur: „Die Intellektuellen waren die Vorkämpfer des aufklärerischen Gesellschaftsdenkens und eng mit dem Besitzbürgertum verbunden." Der Wiederbelebung dieser historischen Figur als Kapital- und Staatsbüttel steht nur eine Kleinigkeit entgegen — die Enthauptung der Kandidaten. Der kopflose „Kopflanger" (Bert Brecht) ist der problemloseste Diener, denken sich wohl die gesinnungsstarken Handlanger des Betriebs, wenn sie „den" Intellektuellen Rostock und Sarajewo als Dienstorte andienen.

Angesichts der Zumutungen und Zurechnungen von rechts ist man fast versucht, sich bei Theodor Geiger zu erholen. Der auferlegte den Intellektuellen 1949, in einer „Zeit, wo die eiserne Hand der Macht schwer auf der Schulter der Menschheit liegt, ... Enthaltung von der Tat, ... Duldereinsamkeit" und „intellektuelle Askese". Aber selbst in der entpolitisierten Rolle von „Dienern des Geistes" könnten es „die" Intellektuellen den Handlangern des Betriebs nicht recht machen, denn in Geigers Verständnis meint jene Intellektuellen-Rolle zwangsläufig auch „Heimatlosigkeit".

Diese jedoch ginge dem intellektuellen Handlangertum schwer wider den Strich, hat es doch die Renaissance des Nationalen mit herbeigeschrieben und kriegt jetzt kalte Füße. ■

CHRISTOPH GÖRG

Keine Panik auf der Titanic !?

Oder: Wie institutionalisiere ich ein Lebensgefühl

Dialog und Verzicht — in diesen beiden Begriffen verdichteten sich die Diskussionen des Deutschen Umwelttages vom 18.-22.9. in Frankfurt/M. Während die vielbeschworene Notwendigkeit zum ‚Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen' das Motto und der Zweck der ganzen Veranstaltung war, führt jener zweite Begriff ein mysteriöses und teilweise paradoxes Eigenleben. In seiner ganzen Vieldeutigkeit umschreibt er die Probleme, die mit der geforderten Korrektur zur ‚öko-sozialen Marktwirtschaft' verbunden sind.

Sie sollten *kommen, streiten und handeln* — so wollten es jedenfalls die Organisatoren des Umwelttages. Mit allen drei Tätigkeiten sah es jedoch nicht gerade berauschend aus. Trotz großem Aufwand und professionellem Anspruch im Management kamen weit weniger als erwartet. Offensichtlich kann man Engagement selbst mit modernen Marketingstrategien nur in beschränktem Maße planmäßig erzeugen. Der eigentliche Streit fand daher auch eher ungewollt im Vorfeld und — von den Organisatoren ungeliebt — außerhalb des Umwelttages statt, während er dort vielfach kaum über das übliche Talk-Show-Niveau hinauskam. Die erwarteten Handlungen stehen dagegen im Verdacht, vor allem wegen des Beruhigungs- und Entlastungseffekts gelobt zu werden (um nämlich sich selbst und anderen vorzeigen zu können, daß überhaupt etwas getan werden kann). Doch obwohl der Umwelttag vordergründig gescheitert ist und sein selbstgesetztes Ziel nicht erreichen konnte, läßt sich an ihm beobachten, wie die sich abzeichnende Institutionalisierung des gesellschaftlichen Umgangs mit der ökologischen Krise aussehen könnte.

Schon seit über einem Jahr schallt es aus allen Medien: Die Umweltbewegung ist in einer Krise! Eine der Ursachen, so heißt es, sei gerade ihr relativer Erfolg, der allerdings dazu geführt habe, daß ihre Existenzberechtigung schwindet. Erfolg vor allem deswegen, weil die Einsicht in die Notwendigkeit ökologischer Korrekturen inzwischen weitgehend gesellschaftlich durchgesetzt sei. Gerade deshalb müßten jetzt auch die eingefahrenen Gleise des Protest und der Anklage verlassen werden. Das neue Schlagwort heißt: Dialog! Nun dürfte diese Forderung für sich genommen eigentlich kaum dazu geeignet sein, größere Differenzen in der Ökologiebewegung zu erzeugen. Gerade sie war doch einmal mit dem Ziel angetreten, bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten wie Kernkraftwerken oder Autobahnen gehört und beteiligt zu werden. Die Forderung nach Dialog und Berücksichtigung bei Entscheidungen, stand so gleichsam an ihrem Anfang, und ihre Einlösung sollte erkämpft werden. Dagegen trug die Erfahrung, daß gute Argumente im Dialog — so er denn überhaupt zustande kommt — oft wenig nutzen, viel zur Radikalisierung des

„... Sie hören den Verkehrsfunk..."

Protestes bei. Offensichtlich ist es also doch nicht so klar, worin der Erfolg der Umweltbewegung wirklich besteht. Ob sie ihre selbstgesetzten Ziele erreicht hat, bleibt auch innerhalb der Bewegung umstritten. Vor allem aber ist es zweifelhaft, ob Dialog die richtige Antwort auf die eingetretene Krise ist.

Wenn das Wort heute zum Reizwort wird, dann geht es um die in den zurückliegenden Auseinandersetzungen gemachten Erfahrungen. Ein Argument wird dabei sicherlich zurecht angeführt: Auf die Dauer hilft die Anklage von *Umweltsündern* nicht weiter. Allein das Wissen um ökologische Gefahren stellt noch keine Perspektive zu ihrer Bewältigung zur Verfügung. Insbesondere die Forderung nach einer nicht nur partiellen Verminderung ökologischer Risiken, sondern nach einem prinzipiell anderen Umgang mit Natur, muß in gesellschaftlichen Verhaltensweisen verankert werden, d.h. auch in den vielfältigen Einrichtungen und Prozeduren, in denen die Gesellschaft ihr Verhältnis zur Natur gestaltet. Ein anderes praktisches Handeln ist also gefordert, und dazu nutzen abstrakte Schuldzuweisungen oft nur wenig oder gar nichts, wenn sie den Blick auf die komplexen Ursachenkonstellationen verstellen. Allerdings kann unter der Forderung nach einer Änderung des praktischen Verhaltens sehr Verschiedenes verstanden werden.

▶ Zauberwort: Dialog ◀

Wie am Umwelttag zu lernen ist, kann eine solche Forderung sinnvollerweise nicht ohne Berücksichtigung der wirklichen Machtverhältnisse, der sozialen Interessen, die in den *Dialog* eingehen, und der Handlungsmuster, die die sozialen Akteure anleiten, erhoben werden. Zu fragen wäre, was der anvisierte Dialog vor diesem Hintergrund wirklich bedeutet. Was sich abzuzeichnen beginnt, sind die Umrisse eines neuen gesellschaftlichen *Konsenses*, der an die Stelle desjenigen treten könnte, die Wachstumsphase der Bundesrepublik mitgetragen hat. Wie dieser erwächst der neue Konsens allerdings nicht aus der zwanglosen Verständigung aller Beteiligten, sondern er wird von den verschiedenen Interessenverbänden nach Maßgabe der bestehenden Machtverhältnisse organisiert, wobei die u.a. durch die Umweltbewegung veränderte öffentliche Diskussion allerdings eine große Rolle spielt. Seinen Inhalt gewinnt er nämlich aus den irritierenden Begleiterscheinungen des mit den ökologischen Gefahren verbundenen Lebensgefühls. So dient er vordringlich zur Kanalisierung und dadurch zur Entschärfung der darin enthaltenen Kritik an unserem Wohlstandsmodell.

Für die Befürworter des neuen Kurses der Umweltbewegung ist die Phase harter Konfrontation vor allem deswegen vorbei, weil die Gegner von damals — Industrie und staatliche Bürokratie — dazu gelernt hätten. Umweltschutz sei als Ziel weitgehend akzeptiert. Zu diesem Zeitpunkt Kooperationsangebote auszuschlagen sei nichts weiter als der Versucht, ein liebgewordenes Feindbild zu konservieren, obwohl es den realen Feind so gar nicht mehr gebe. Diese Einschätzung steht im ziemlichen Widerspruch zu der oft von den gleichen Personen geäußerten Warnung, Umwelt drohe als politisches Thema von anderen -- z.B. Verteilungsfragen, soziale Probleme, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus — verdrängt zu werden. Wie weit geht der gesellschaftliche Lernerfolg also? Handelt es sich um mehr als um eine kurzfristige Anpassung an ein Thema, das nicht länger unterdrückt werden konnte? Die Diskrepanz zwischen vermeintlichem Erfolg und befürchteter Marginalisierung der Umweltbewegung dürfte ein Indiz dafür sein, daß eine Weltsicht mit dem Verständnis dieser Situation offensichtlich überfordert ist, die nicht zwischen Anpassungsleistungen an veränderte Diskussionslagen und weiterhin fortbestehenden Machtverhältnissen zu unterscheiden vermag. Diese Diskrepanz in der Einschätzung des eigenen Erfolges wird aber nicht wirklich hinterfragt, sondern lediglich pragmatistisch überspielt: Wenn das Umweltthema nicht mehr „in" ist, dann muß man ihm neuen drive geben. Eine neue Marketingstrategie zur Stärkung des Umweltthemas in der Öffentlichkeit sei — so die Verfechter des Dialog-Modells — das Gebot der Stunde. Nach dieser Vorgabe muß man auch den Umwelttag beurteilen: als erstes größeres Produkt dieser neuen Strategie.

Ohne Berührungsängste wollten die Organisatoren der Veranstaltung vorgehen, wobei sie aber lediglich die Berührungsängste in Richtung Wirtschaftsverbände im Auge hatten. Auf die *Müslis und Körnerfresser* glaubte der Geschäftsführer W. Weinz sehr wohl verzichten zu können. Viel Lob hatte er dagegen für den *Verband der chemischen Industrie* und etwas verhaltene Kritik für die Autoindustrie, weil diese ihre Chance zur Selbstdarstellung verpaßt habe. Weniger klar war den Betreibern allerdings, was bei so viel Kooperation eigentlich rauskommen sollte. Ihm reiche es schon aus, daß etwas „in Gang komme und Dauer hat", meinte der Vorsitzende des DUT-Trägervereins R. Sander. Dauerhafte Einrichtungen des sozialen Lebens nennt man gemeinhin Institutionen. Eine ihrer entscheidenden Funktionen, so sah es jedenfalls der konservative Institutionentheoretiker A. Gehlen, sei die Entlastung von den Widrigkeiten der Dauerreflexion der Individuen. Ohne Institutionen wären die Menschen dem harten Überlebenskampf nicht gewachsen. Und in dieser Skepsis scheinen ihm die Initiatoren des

▶ Umweltmarketing ◀

Umwelttages zu folgen. Es fehle eine der „sozialen Balance", d.h. der Institutionalisierung des Klassenkonfliktes, vergleichbare Institutionalisierung des ökologischen Konflikts, meinte ihr Vorsitzender. Ohne diese Institutionalisierung scheint die Diskrepanz zwischen der erreichten Einsicht in die Notwendigkeit ökologischer Korrekturen und dem Zweifel, ob diese gesellschaftlich tatsächlich durchsetzbar sind, immer schwerer aushaltbar zu sein. Vor diesem Hintergrund bekommt der Streit um den Dialog seine eigentliche Bedeutung. Gesucht wird ein Hintergrundkonsens, von dem die Institutionalisierung ausgehen könnte. Aber genau hier liegt das Problem der sich abzeichnenden Institutionalisierung.

Man muß keineswegs behaupten, die Institutionalisierung des Klassenkonflikts sei ja nur ein Verrat an den wahren Interessen des Proletariats gewesen, um hier Bedenken anbringen zu können. Ohne Zweifel hat nämlich die institutionell vermittelte Ausgestaltung der sozialen Lebensverhältnisse viel dazu beigetragen, daß die modernen kapitalistischen Staaten in ökonomischer und politischer Hinsicht ein so viel anderes Aussehen angenommen haben, als dies noch im 19. und frühen 20. Jahrhundert vermutet wurde. Dafür war nicht zuletzt die Gegenmacht der Organisationen der Arbeiterbewegung mit verantwortlich. Schon auf dieser noch sehr allgemeinen Ebene wäre also zu fragen, ob die Umweltbewegung bei ihrem krisenhaften Zustand zu einer solchen Gegenmacht, und damit zur Gestaltung des Dialogs und seiner Bedingungen in der Lage ist. Im Gegensatz zu den Organisationen der Arbeiterbewegung sucht sie nämlich aus dem Zustand der Schwäche heraus nach ei-

ner Institutionalisierung. Aber das Problem reicht tiefer: Lassen sich die „Belange der Umwelt" in der gleichen Weise organisieren wie die *Interessen der Arbeiterklasse*? Wie weit reicht also das Bild von der Gleichsetzung von *sozialer* und *ökologischer Frage*? Vor allem aber: Hängt nicht die krisenhafte Zuspitzung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse sehr eng mit der Institutionalisierung des Klassenkonflikts zusammen? Fortschrittsglauben, Produktivismus, Konsumorientierung, einseitige Fixierung auf die Beteiligung am Gesamtprodukt, ein Demokratieverständnis, das auf den funktionalen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum reduziert ist („sozialer Friede") — um nur einige Stichworte zu nennen — waren wesentliche Elemente jenes Konsenses, der diese Institutionalisierung getragen hat. Zwar wurde dieser Konsens durch die Kritik der sozialen Bewegungen in den letzten Jahren aufgeweicht. Aber weder ist er schon völlig zerbrochen, noch ist klar, was passiert, wenn er nicht mehr als gemeinsamer Hintergrund der Konfliktparteien zur Verfügung steht. Die oben angedeuteten Themen, die in jüngster Zeit dem Umweltthema Konkurrenz machen, sind eben vordringlich als solche zu begreifen, die durch die Institutionalisierung des Klassenkonflikts lange Zeit gestaltbar erschienen.

Der vermeintliche Erfolg der Umweltbewegung ist also wesentlich differenzierter einzuschätzen, als dies die Fixierung auf vordergründige Willensbekundungen *zum Schutz der Umwelt* vermag. Zu messen wäre er vor allem an den Punkten, an denen das Herzstück des alten Konsenses berührt wäre — und das ist das fordistische Konsum- und Wohlstandsmodell. Nicht erst seit dem *Umweltgipfel* in Rio ist indes deutlich geworden, daß die Kritik des westlichen Wohlstandsmodells noch keineswegs ausreichend geleistet wird. Gerade hier müßte die Frage nach einem neuen praktischen Verhältnis zur Natur ansetzen, wenn sie der Gefahr einer schönfärberischen Pseudopraxis entgehen will (siehe dazu den Bericht über die entsprechenden Diskussionen auf dem Umwelttag von A. Ruf.). Vor diesem Hintergrund verdienen zwei Themenbereiche des Umwelttages ein besonderes Interesse: die *Strategiedebatte* der Umweltbewegung und die Suche nach Wegen zur *ökosozialen Marktwirtschaft*.

An der Strategiedebatte sind vor allem zwei Punkte wichtig, die geeignet sind, Zweifel an der Marketingstrategie zu begründen. Selbst dort, wo die Orientierung am Dialog propagiert wird, scheint eine Strategie den wirklichen Problemlagen angemessener zu sein, die versucht, konkrete Problembereiche, wie Müll oder Wasser zu organisieren. Dahinter steckt die Einsicht, daß die überkommene Grenzziehung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik durcheinandergeraten ist. Deshalb seien, so die von Th. Kluge vom *Institut für sozialökologische Forschung* schon im Vorfeld erhobene Forderung, übergreifende Netzwerke zu etablieren, die längerfristige Veränderungen zu erkennen und zu bearbeiten vermögen und zwar quer zur üblichen Arbeitsteilung. Damit wird insbesondere vor einem Denken gewarnt, das glaubt, die technischen Lösungsansätze seien vorhanden und müßten nur noch umgesetzt und popularisiert werden. Darüberhinaus hilft für die geforderte Veränderung des praktischen Verhaltens ein besseres Marketing des Umweltthemas generell nur wenig. Mit Sicherheit kann man auf diesem Weg nur neue Bedürfnisse nach ökologisch angehauchten Produkten erzeugen, die notwendige Kritik und die erforderliche Reflexion unseres praktischen Umgangs mit Natur aber kaum erreichen. Insbesondere verhält sich diese Strategie in der Praxis ignorant zur Gretchenfrage, an der sich diesbezüglich die Geister scheiden: Wie hältst du es mit dem Verzicht?

Effizienz oder Verzicht?

Für manche ist das ganze Ökologieproblem allein ein Problem der rationellen Verwendung der natürlichen Ressourcen, also durch eine „Effizienzrevolution", eine technisch-rationellere Verwendung, zu lösen. Dem stehen die Stimmen entgegen, die einen grundlegenden *Lebensstilwandel* fordern, der einen Verzicht auf materiellen Konsum beinhaltet. Die Gretchenfrage nach dem Verzicht ist dabei gleich eine in doppelter Hinsicht: Geht es in stofflicher-materieller Hinsicht allein um eine bessere Nutzung der natürlichen Ressourcen oder um ein weniger? Und ist diese Frage im Rahmen der *freien Marktwirtschaft* überhaupt zugelassen oder steht sie per se im Widerspruch zu den demokratischen und kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft, insbesondere der nach der freien Entscheidung aller MarktteilnehmerInnen und der Möglichkeit eines kompensatorischen Konsums? Hier werden also soziale Grundsatzfragen tangiert, der grundlegende Konsens der modernen kapitalistischen Gesellschaften in Frage gestellt. Und es wird die Frage nach der ökologischen Verträglichkeit, nach der Möglichkeit der Fortführung des etablierten Konsummodells gestellt. Das oft als *Katastrophismus* abgestempelte Lebensgefühl, daß sich einiges an unseren Lebensverhältnissen grundlegend ändern muß — soll deren Reproduktionsfähigkeit nicht unwiderruflich zerstört werden —, bringt genau diesen doppelten Sachverhalt zum Ausdruck. Es artikuliert

El Pais: Fortschreitende Versteppung durch Abholzung

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Armut in Frankfurt (Heft 44)

Jaschke: Neue Armut und Stadtentwicklung. Welche Rolle spielt „Armut" in der neueren politischen und wirtschaftlichen Stadtdebatte? ● *Scherer:* Kommunale Armutsberichterstattung. Eine Bibliographie ● *Karsten:* Die Produktion armer Frauen. Kommunale Armutsberichterstattung und die Armut von Frauen ● *Koch:* Armut in Frankfurt. Eine Übersicht ● *v. Freyberg:* Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Frankfurt/Main ● *Hausmann:* Frankfurt am Main. Die Metropole und die Moneten ● Magazin

120 Seiten, 15,— DM

Hochschule heute: Warten auf Frau Humboldt (Heft 43)

Klatt: Zwanzig Jahre und kein Bißchen? Reformuniversität Bremen ● *Willkomm:* Über die alltägliche Brutalität in der Hochschule ● *Bülow-Schramm:* Prüfungen auf dem Prüfstand ● *Braun u.a.:* „Glaub nicht alles, was sie dir erzähl'n". Eine Studie zur Einführung ins Studium der Sozialarbeit/Diakonie ● *Küspert:* „Studieren, und was dann?" Zur Situation studierender Frauen ● *Bülow-Schramm / Gipser:* Zwischen Aufbruch und Resignation. Der brüchige Habitus der HochschullehrerInnen ● *Karsten:* Studieren ordnen — „ordentlich" studieren. Gedanken über einige, tendenziell vernachlässigte Aspekte der Hochschulinnovationen ● *Daxner:* Die intellektuelle Teilrepublik. Die Hochschule als Ort der Öffentlichkeit ● Magazin ● Rezension

100 Seiten, DM 15,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

zum einen den Zweifel, ob die Nutzung der natürlichen Ressourcen in materieller Hinsicht in gleicher Weise weitergehen kann. Die hinter dem *Katastrophismus* stehende Angst richtet sich nicht nur auf die bedrohliche Natur, sondern auch auf die bedrohliche Naturwüchsigkeit der Gesellschaft.

Ein neuer sozialer Konsens wäre also daran zu messen, wie er sich zur Gretchenfrage des *Verzichts* verhält, vor allem wie er mit der doppelten Bedeutung dieser Frage umgeht. Kann er dem Verzicht eine politische Bedeutung geben, vermag er ihn in seiner gesellschaftlichen Dimension zu gestalten? Oder formuliert er bloß einen moralisierend verkürzten Anspruch an das einzelne Individuum und läßt die politische Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung außen vor? Unter dem Motto: Wenn wir schon nicht den Treibhauseffekt stoppen können, dann soll wenigstens der Einzelne, vor allem aber die Einzelne als Hausfrau, zum verantwortlichen Müllsortierer werden. Wie aber könnte ein Lebensstilwandel gesellschaftlich organisiert werden? Wer sollte ihn fordern und umsetzen? Zunächst aber: Muß der Schritt in die *ökosoziale Marktwirtschaft* überhaupt mit einem Verzicht auf Konsum verbunden sein? Wer nun geglaubt hat, daß die Antwort auf diese Fragen nur ein vereinigtes Nein aller am etablierten Wohlstandsmodell partizipierenden Interessengruppen sein kann, weil hier ein zentrales Tabu des bislang tragenden Konsenses verletzt wird, der wurde überrascht. In einem Papier, das „Elemente eines ökologischen Wirtschaftsstils" formuliert und von einer Reihe von Verbänden, vom *Bund für Umwelt- und Naturschutz* bis zum DGB, unterzeichnet wurde, steht unter *Punkt 5. Politische Umsetzung*: „Grundkonsens: ... Notwendig ist auch ein Wertewandel, eine neue Ethik, die Anspruchsdenken aufgibt und hinführt zu bewußtem Verzicht auf einen umweltbelastenden Konsum- und Lebensstil." Auch ein Vertreter des BDI, der zwar an der Ausarbeitung teilgenommen, aber das Papier nicht unterzeichnet hat, schien mit diesem Punkt keine Probleme zu haben. Mag das noch wenig zur Verwunderung Anlaß geben — schließlich wird die deutsche Industrie davon ausgehen, daß der Verzicht auf Anspruchsdenken ihr bei den nächsten Tarifverhandlungen allemal zugute kommt — so überrascht doch, daß auch der leibhaftig anwesende Vorsitzende des DGB dem in keinster Weise widersprach. Überhaupt war die Diskussion über dieses Papier so von der Suche nach einem neuen Konsens motiviert, daß der Moderator schon alle Register ziehen mußte, um ein Einschlafen der Zuhörer zu verhindern. Die Beteiligten mögen dabei gedacht haben: Papier ist geduldig! Verhandelt wird hier sowieso nicht und verbindlich ist das alles in keinster Weise. Entscheidend ist vielmehr, überhaupt den Willen zu einem neuen Konsens zu symbolisieren. Gerade das scheint einiges über die Funktion des Dialogs zu sagen, der auf dem Umwelttag geführt wurde.

Es ging nicht um die Institutionalisierung eines Kompromisses zwischen den Trägern des etablierten Konsenses, denen von den Trägern einer Gegenmacht Zugeständnisse im Hinblick auf den weiteren Umgang mit Natur abgerungen werden sollten. Gerade das Ausklammern der Probleme, die mit der geforderten Korrektur der Gesellschaft zusammenhängen, hat somit System. Weniger als einer Tarifverhandlung über die Bedingungen der gesellschaftlichen Gestaltung der Naturverhältnisse, ähnelte der Umwelttag einem Kirchentag, auf dem die Gemeinde der Gläubigen sich selbst inszeniert und sich dabei den Angriffen der besseren Gläubigen aussetzt. So gab es auch hier den *Umwelttag von unten*. Und es gab die metaphysische Dimension, die über allem schwebte — nur nicht als Verheißung eines kommenden Gottesreiches, sondern als Androhung der Vernichtung, der alles zerstörenden Apokalypse. Institutionalisiert wird das Lebensgefühl, in doppelter Weise einem drohenden Verhängnis ausgesetzt zu sein: stofflich und sozial. Ohne politische Gestaltungsabsichten bleibt aber die Korrektur des praktischen Verhaltens allein eine individualisierte Entscheidung, die dem/r Einzelnen als Forderung entgegentritt, allein im eigenen Handeln die „Erlösung" suchen zu müssen. Kommen, sich um den rechten Weg zur Erlösung streiten, und dann irgendwas tun: Hauptsache es hat Dauer! So lange ist die Welt nämlich noch nicht verloren... ■

ZEICHNUNG: MESTER

Umwelttag-Bonbons

Der Vortrag von **Dr. Christa Wichterich** *in der Veranstaltung ,,Frauen als Trümmerfrauen oder Hoffnungsträgerinnen in der Umwelt- und Enwicklungskrise" zielt auf eine Veränderung der globalen Wirtschafts- und Machtstrukturen. Ihre These: Ohne Veränderung der globalen Strukturen können Frauen und ihre Basisinitiativen den Ökozid nicht aufhalten. ,,Selbsthilfe" bedeute in Wirklichkeit, daß Frauen das Mißmanagement in hoffnungslos anmutender Krisensituation durch viel unbezahlte Arbeit beseitigen sollen. In umweltpolitischer Doppelmoral würden auf der Makroebene die Männer die Entscheidungen treffen, auf der Mikroebene aber die Frauen als Aufräumkommando für die kaputte Umwelt mißbraucht. Es finde eine Feminisierung der Verantwortung für die Umwelt statt; die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Umweltarbeit setze auf die weibliche Fürsorge gegenüber allem Lebendigen. Im Süden sind sie energie- und forstwirtschaftliche Sysiphosarbeiterinnen, das Land aber gehört ihnen nicht.*

Auch im Norden wird die Verantwortung auf die Frauen abgeschoben: zur Haus-, Beziehungs-, Familien- und Lohnarbeit kommt jetzt noch die Umweltarbeit hinzu. Die Industrie setzt die Notwendigkeit der Veränderung in systemimmente Schritte um: Frauen sind die Schlüsselgestalten auf der Ebene der privaten Haushalte; es werde ein permanenter Druck auf sie ausgeübt, schadstoffarme Kühlschränke zu kaufen, Müll zu sortieren usw. Wichterichs Frage: Wie weit sollen sich Frauen systemimmanente Aufräumarbeiten und die Rolle der Krankenschwester für die Natur zuschieben lassen? Die soziale und geschlechtsspezifische Problematik überlagert sich mit der ökologischen. Konsumverzicht. Ein bloß moralischer Imperativ wird ein zahnloser Tiger bleiben. Folgerung: Wir brauchen eine neue Ethik, die nicht auf Kosten der Natur geht — aber auch nicht auf Kosten der Frauen. Ökologie ist zuallererst eine Systemfrage. Feministische Ökologie muß mehrgleisig denken und handeln, vom lokalen Engagement gegen Autobahnbau bis zum Engagement für gerechte Weltmarktpreise. Wie eine ,,konzertierte Aktion von Frauen" aber in lokale Initiativen umgesetzt werden kann, darüber herrscht weitgehende Ratlosigkeit; denn Umwelt und Entwicklung sind in der Frauenbewegung hier derzeit kein Thema.

Daß man allein aus moralischer Kritik keine Strategie entwickeln kann, betonte auch **Manus van Brakel** *von der holländischen Umweltschutzorganisation Milieu Defensie in der Veranstaltung ,,Substainability — Herausforderung für den Norden". Daß der heutige Konsum zur Vernichtung der Erde führt, könne genausogut Fatalismus oder eine Yuppie-Lebensphilosophie hervorrufen — ,,wenn wir morgen nicht mehr konsumieren können, konsumieren wir heute umso mehr". Die Niederländer von der Schwesterorganisation des BUND stellen die Frage: ,,Was ist mit der Dritten Welt?"*

Milieu Defensie's Grundgedanke: die Wirtschaft muß innerhalb von Grenzen bleiben. Da die Menschheit zu viel Energie verbraucht, stellen sich zwei Fragen: ,,Wieviel müssen wir zurück?" (den globalen Energieverbrauch senken), und: ,,Wer muß zurück?". Das können nicht die über eine Milliarde Menschen unter der Armutsgrenze sein! Vielmehr ist es so, daß der Norden (24 % der Weltbevölkerung) den Großteil der Energie wie auch der Nahrungsmittel verbraucht. Und dieser Teil der Weltbevölkerung muß seinen Verbrauch um 70 % senken, um Verhältnisse zu schaffen, die für die Erde tragbar sind! Milieu Defensie kam — um die Widersprüche zwischen Umverteilung, Konsum und Wachstum anzugehen — auf den Begriff des ,,Umweltverbrauchs". Ausgangspunkt waren ganz konkrete Fragen: ,,Wieviel Holz kann man abholzen? Wieviel Land gibt es, was kann man darauf anbauen ohne Pestizide?" Aus diesen Forschungen entstand ein Buch mit genauen Berechnungen des Umweltverbrauchs. Dabei wurde das Jahr 2010 als Referenzjahr genommen und dargestellt, um wieviel der Verbrauch (von Agrarprodukten, Holz, Mineralien, Rohstoffen usw.) jeweils gesenkt werden muß, um dem Konzept des Umweltverbrauchs zu entsprechen. Beispiel: Holz muß zurück von derzeit 1,1 auf 0,4 (Verbrauch pro Person). Doch kann man viel Holz einsparen, indem man z.B. verrottete Fensterrahmen repariert anstatt sie zu erneuern — es gibt bis jetzt keinen Markt für sekundäres Holz. Würde die Wirtschaft auf der Basis des Umweltverbrauchs und innerhalb dieser Grenzen produzieren, muß das — so Manus van Brakel — nicht das Wachstum schmälern.

Um diese Perspektive in eine Strategie umzusetzen, begab Milieu Defensie sich in einen Dialog mit dem Umweltministerium, dem Wirtschaftsministerium, mit Unternehmern, Managern und Gewerkschaften. Geplant ist eine Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen, beispielsweise etwa den Konsumentenorganisationen. Geplant ist außerdem eine Studie (finanziert von der niederländischen Regierung): zehn Umweltgruppen aus dem Süden sollen befragt werden, wie sie eine komplementäre Situation zwischen Nord und Süd erreichen wollen und welche Schritte sie für wichtig halten. Um danach eine gemeinsame Strategie zu schaffen...

Maria Mies *hob in einer Podiumsdiskussion hervor, daß die Sache mit dem Wachstum ein großer Bluff ist. ,,Wieso sind wir nicht die glücklichsten aller Gesellschaften?", fragte Frau Mies. Je höher hier das Bruttosozialprodukt steigt, desto mehr Leben werde zerstört. Unser Wohlstandsmodell ist nicht verallgemeinerbar: hätten alle so viel Autos und Kühlschränke wie bei uns, wäre die ökologische Katastrophe schon da. Die sogenannte nachholende Entwicklung ist nicht für alle möglich. Wir müssen uns also entscheiden: entweder für Gleichheit (für alle Menschen) oder für Wachstum.*

Der Konsumforscher **Prof. Gerhard Scherhorn** *(Universität Hohenheim) machte eine Art betriebswirtschaftliche Gesamtrechnung auf, nach der die Steigerung des Bruttosozialproduktes absehbar aufgefressen werden wird durch die Defensivausgaben, die notwendig sind, um Umweltschäden zu verhindern oder zu kompensieren. Scherhorn sprach von einer Wachstumsillusion: man überschätze den Wohlstandsgewinn und unterschätze die Verluste. Da der Kapitalismus immer stärker auf Menschen mit einer hochqualifizierten Ausbildung angewiesen sei, vergrößere er die Einkommensunterschiede und könne die Lebensbedingungen der Massen nicht mehr verbessern. Oberhalb der Armutsgrenze aber hindern Konflikte und Zwänge daran, wenigstens das zu genießen, was wir schon haben. Verzicht bedeutet also nicht Verzicht auf reale Wohlstandsfortschritte, sondern auf Scheingewinne. Freiwilliger Verzicht auf fragwürdige Zuwächse kann uns heute vielleicht noch davor bewahren, morgen unfreiwillig auf Substanz verzichten zu müssen. Denn die Festung Europa wird uns — so Scherhorn — nicht vor dem Ansturm der hungernden Armen schützen können.*

Daß diese Widersprüche auch global noch ungelöste sind, zeigte eine Diskussionsveranstaltung zum Thema ,,Perspektiven der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik". Während die neuseeländische Physikerin Prue Taylor auf die Zerstörungskraft des ökonomischen Wachstums hinwies und eine neue Ethik, ein neues Bewußtsein, eine neue Politik forderte, warb der russische Umweltminister Danikow-Danilijan um Verständnis für die schwierige ökologische Situation der osteuropäischen Staaten und machte die Umweltfrage zur Investitionsfrage. Die indische Physikerin und Philosophin Vandana Shiva hingegen, als Vertreterin des Südens, kritisierte das Kommando der Ökonomie des Nordens und der globalen Institutionen, die vom Norden beherrscht werden. Das hielt Bundesumweltminister Töpfer, der für Kritiker aus den Reihen der hiesigen Umweltbewegung wenig Wärme übrig hatte, nicht davon ab, sich von Frau Shiva beeindruckt zu zeigen. Und schließlich hätten sich in Rio die Länder des Nordens zum erstenmal schuldig erklärt für die Probleme der Welt...

ANJA RUF

FELIX SCHNEIDER

Ein neues linkes Projekt?

Peter Glotz gilt immer noch als der ‚Vordenker' der an intellektuellen Potentialen nicht eben reich gesegneten SPD. Deren Chancen, unter den veränderten Bedingungen der 90er Jahre eine politisch einflußreiche Kraft zu bleiben, stehen bekanntlich schlecht. Sie befindet sich in einer schweren Krise. In seinem neuesten Buch (‚Die Linke nach dem Sieg des Westens', 1992) hat Peter Glotz sich Gedanken darüber gemacht, wie eine ‚linke Hegemonie' (wieder) herzustellen, ‚die Linke' insgesamt zu konsolidieren und zu regenerieren sei. Angesichts dessen, daß sie SPD auf ihrem Weg in eine neue große Koalition nicht mehr nur stückchenweise nach rechts abzudriften scheint, ist das sicher verdienstvoll. Ob die Diagnosen richtig, die Wege erfolgversprechend und das Konzept von ‚linker' Politik überzeugungsträchtig ist, kann bezweifelt werden. Jedenfalls läßt sich der Eindruck nicht verwischen, als bezögen sich Glotz' Überlegungen eher auf taktische Wahlkalküle und weniger auf eine Neuformulierung politischer Formen und Inhalte. Felix Schneider hat für die *links* mit Peter Glotz gesprochen.

Felix Schneider: *Herr Glotz, in Ihrem letzten Buch „Die Linke nach dem Sieg des Westens" sprechen Sie von „Zwickmühlen" und „Fallen", in denen der siegreiche Westen steckt. Was meinen Sie damit?*

Peter Glotz: Die erste, für mich ganz und gar offene Grundfrage betrifft das ökologische Problem: Ist ein Kapitalismus im stationären Zustand, ein Kapitalismus, der nicht wächst, eigentlich denkbar? Sehr ernsthafte Ökonomen antworten: nein! Andererseits: Wenn die großen westlichen Industriegesellschaften sie nachahmen, so bedeutet das wahrscheinlich, daß die Erde ökologisch überlastet wird.

Eine andere solche Zwickmühle oder Falle ist das Schuldenproblem der Dritten Welt. Wir haben einen Nettotransfer von Milliarden von Dollar aus der Dritten Welt in die erste Welt und das führt natürlich auch irgendwann zu einer Situation, wo es Mord und Totschlag geben könnte.

Schneider: *Sie sprechen auch von der Entwicklung zur Zweidrittelgesellschaft. Was meinen Sie damit?*

Glotz: Für mich ist das die vorherrschende Form, in der heute die großen kapitalistischen Gesellschaften existieren. Bestes Beispiel: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Vereinfacht gesagt: Wenn man als Präsident der USA gewählt werden will — Reagan hat das als erster vorexerziert —, dann kann man kühl sagen: Die Schwarzen brauch ich nicht. Die sollen ruhig den Gegenkandidaten wählen. Die stören mich sogar eher. Ich muß in bestimmten Schichten des weißen Mittelstandes meine Mehrheiten bekommen. Daraus entwickelt sich eine Form der Politik, wo ein Drittel der Menschen — in Deutschland sind es vielleicht noch etwas weniger — in dieser Gesellschaft zwar leben, aber gedemütigt und nach unten gedrückt werden. Das Symbol für die Zweidrittel-Gesellschaft sind die Aufstände in Los Angeles, die uns irgendwann einmal auch in einer westeuropäischen Metropole passieren können.

Schneider: *Sie schätzen die Lage also an vielen Punkten sehr kritisch und bedrohlich ein. Ihre Hoffnungen setzen sie auf „die Linke". Aus welchen politischen Kräften besteht eigentlich diese Linke?*

Glotz: Ich werbe ja dafür, das sehr breit zu definieren. Mein Begriff heißt: links-libertär. Ich will damit sagen: Es genügt nicht, daß man die alten Arbeiterparteien, die sozialdemokratischen Parteien und die Reste der kommunistischen Parteien, soweit sie sich wirklich vom Marxismus-Leninismus getrennt haben, sowie die Gewerkschaften, für ein Programm der Linken gewinnt, sondern man muß beispielsweise auch unternehmende Unternehmer gewinnen, Teile der disponierenden und technischen Intelligenz, auch grüne und ökologische Strömungen. Unter dem Stichwort Linkslibertäre, glaube ich, müssen wir, um es mit Gramsci zu sagen, einen historischen Block bilden, der der Rechten gewachsen ist, die ja auch in sich sehr unterschiedlich ist.

Schneider: *Nun verstehen sich einige Strömungen, die Sie in der Linke integrieren wollen, nicht als links. Ich erinnere an den ökologischen Spruch „nicht links, nicht rechts, sondern vorne" oder ich denke an die Feministinnen, die sich ausdrücklich nicht als links definieren.*

Glotz: Es geht mir nicht um Worte, sondern um das Zusammenfügen von Menschen. Und da wird es natürlich Feministinnen geben, die das wichtigste finden, daß man nicht sagt „Studenten", sondern „StudentInnen" und solche Albernheiten, die die Sprache verhunzen. Und es wird auch Grüne geben, die sagen, man dürfe nicht in Naturprozesse eingreifen, das sei was Heiliges. Die kann man in eine politische Linke nicht einfügen. Aber es gibt eine Fülle von Grünen und Feministinnen, mit denen ich Politik machen kann, und die muß man in praktischen Projekten zusammenfügen. Das wird nicht in Form alter Apparateparteien passieren. Sondern es wird sehr unterschiedliche Bewegungen, Gruppen und Gruppierungen geben, und die muß man zu einem ganz bestimmten Projekt verpflichten. An diesem Projekt werden sie zusammenarbeiten, an anderen Projekten vielleicht nicht. Wenn Politik das nicht zustande bringt, dann segmentiert und zerfällt diese Gesellschaft und wird bald in einem Zustand sein, in dem die USA schon sind.

Schneider: *Können Sie andeuten, mit welchen Inhalten dieses Projekt die Linke zusammenhalten soll?*

Glotz: Zu einem linken Projekt gehört die Einbettung marktwirtschaftlicher Rationalität, die ökologische Dimension gehört dazu, der Schutz der immer mehr gefährdeten Lebenswelt der Menschen, der Kampf gegen den Nationalismus, der Kampf für die soziale Gerechtigkeit und den Sozialstaat, und anderes mehr.

Schneider: *Ist die Regulation des Kapitalismus ein linkes Projekt? Gibt es heute einen nicht regulierten Kapitalismus in entwickelten Industriestaaten?*

Glotz: Das gibt es schon. Vor allem gibt es tausende Nuancen, wie man reguliert. Sie müssen ja nur — wie jetzt bei der Gesundheitsreform — vorschlagen, in den Prozeß der Preisbildung bei der Pharmaindustrie einzugreifen. Und sofort heißt es: Jetzt wird die Marktwirtschaft zerstört. Die Frage ist nicht, ob das System beeinflußt wird, sondern wie. Und da ist in der Konkurrenz dieser unterschiedlichen Systeme vom englischen Neoliberalismus unter Margret Thatcher bis zum deutschen oder österreichischen oder schwedischen Sozialstaat ein sehr breites Spektrum. Und über dieses muß man in allen Einzelheiten diskutieren.

Schneider: *Was beunruhigt Sie in der Frage der Nation und des Nationalismus? Einmal hat die deutsche Sozialdemokratie ja auch eine durchaus nationale Tradition, zum anderen sind auch aus der deutschen Sozialdemokratie von heute durchaus nationale Töne zu hören.*

Glotz: Natürlich gibt es ganz tiefgehende Unterschiede zwischen einer linken Position und dem, was da wieder aufbricht an populistischem Regionalismus und Nationalismus in Osteuropa, aber auch zuweilen im Baskenland, in Korsika oder sonstwo. Kanada bricht gerade auseinander, man muß also aus dem klassischen Westen gar nicht weit weggehen, um diese Probleme zu erkennen. Ich glaube, daß die bosnische Tragödie am deutlichsten zeigt, oder auch das Auseinanderbrechen des kleinen Vielvölkerstaates Tschechoslowakei, daß der Versuch, jedem Volk seinen eigenen Staat zu schaffen, weder ökonomisch noch ökologisch noch verteidigungspolitisch Sinn macht. Und daß die größte Gefahr besteht, daß das in ethnischen Auseinandersetzungen mündet, die dann nah am Rassismus sind. Ich fürchte, daß die ganze liberale Welt Westeuropas die Dramatik dieser Situation noch gar nicht begriffen hat. In Deutschland wird immer noch so getan, als ob es in Bosnien einen Angriffskrieg zwischen Staaten gäbe. Man redet immer von „den" Serben. In Wirklichkeit ist das ein Kampf von Nationalismen gegeneinander, die alte Rechnungen miteinander begleichen. Natürlich kann man sich die Welt leicht machen, wenn man sagt: Die sind schuld, also müssen wir auf die Bomben werfen. Aber die Wirklichkeit hält dem ja gar nicht stand. Die Kroaten sind genau so nationalistisch wie die Serben, Wenn die westliche Linke paktiert mit dem Nationalismus, schicke paktiert, mit ein paar baltischen Nationalisten oder dem slowakischen Liederbuch unter dem Arm für die Freiheit unterdrückter Völker kämpfend, dann macht diese Linke sich schuldig.

Schneider: *Ihr Buch endet mit Thesen für ein politisch-strategisches Programm der Linken. Sie sprechen vom anzustrebenden „Machtwechsel", entwerfen „eine Linke, die an die Macht will", schmieden „hegemoniale Blöcke". Steht denn eine linke Basis bereit, der man nur ein Programm geben müßte, um einen „Machtwechsel" in Bonn zu vollziehen?*

Glotz: Natürlich existiert diese Linke, in zahllosen Personen, Personengruppierungen, Vereinen, Parteien usw. Aber natürlich langt es nicht, ein Papier mit 12 Thesen vollzuschreiben und zu sagen: Nehmt Euch das! Und dann ist ein Machtwechsel vollzogen. Sondern es geht darum, daß ein sinnvolles Programm nicht nur von einem aufgeschrieben, sondern von vielen anderen angenommen wird. Und das geht sicher auch nur durch das Medium von Führungsfiguren, von charismatischen Politikern. Und das ist einer der Mängel, daß diese derzeit in Westeuropa fehlen.

Schneider: *Kern der Linken ist bei Ihnen doch die Sozialdemokratische Partei, ein heute sehr stark bürokratisierter und verstaatlichter Apparat. Kann man mit dieser Partei eine Politik machen, die die Konsequenzen zieht aus Ihren sehr kritischen Problemanalysen?*

Glotz: Ich bin nicht fertig, behaupte nicht, das sozialdemokratische Modell müsse übernommen werden, aber bevor ich es verwerfe, muß schon ein anderes Modell entwickelt werden. Ich kann mir immer ein intelligenteres sozialdemokratisches Modell vorstellen, nur fehlt es der „anderen Politik".

Schneider: *Es gibt bei Ihnen gewisse Widersprüche. Zum Beispiel: Wenn die Energiequellen insgesamt so knapp sind, daß wir mit ein paar Hausgeräten und täglichem Autofahren schon zu Schmarotzern der Evolution werden — eine Analyse, die ich Ihrem Buch entnehme —, wie bringen Sie diesen Befund zusammen mit Ihrer eindringlichen Aufforderung an die Linke, sie möge Europa konkurrenzfähig halten gerade auf Schlüsselsektoren der Wirtschaft?*

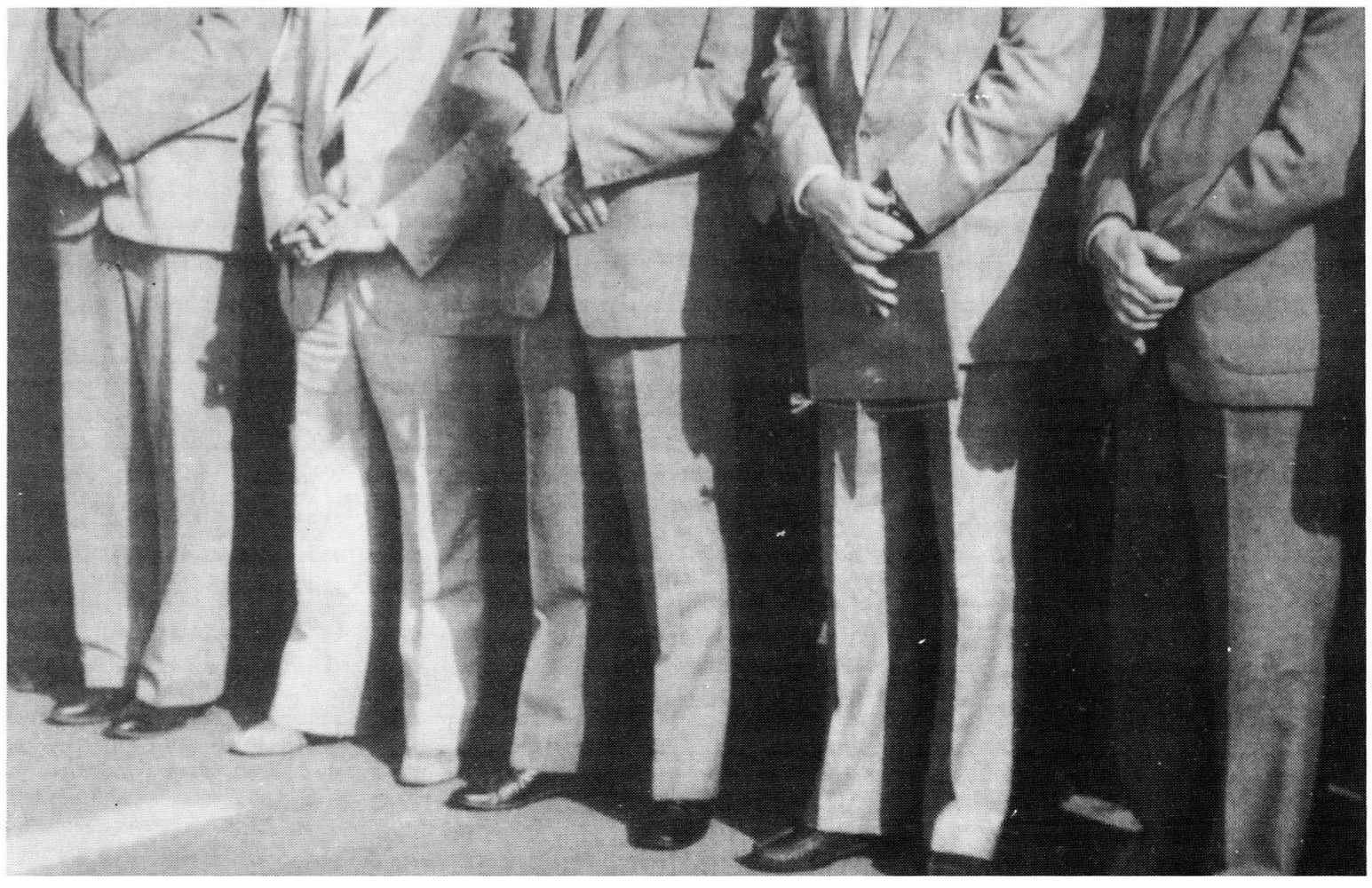
Glotz: Ob wir mit den Problemen überhaupt fertig werden, weiß ich nicht, aber wenn wir sie bewältigen, dann nur mit mehr und intelligenterer Technik, nicht mit veralteten Industriestandards. Deswegen muß man sich klar machen, was die Linke sich nur ungern eingesteht: Daß es harte ökonomische Konkurrenzprozesse gibt. Und wenn es passieren sollte, daß wir bestimmte Schlüsseltechnologien in Europa schlicht nicht mehr beherrschen, dann wird dieses Europa halt ein nettes kulturhistorisches Museum werden.

Schneider: *Würde eine Linke, die mit Ihrem Programm an die Macht in Bonn käme, nicht den Standort Deutschland gefährden?*

Glotz: Na, ich wills nicht hoffen. Ich will hoffen, daß sie eine sehr europäische Politik betreibt, daß sie gemeinsam mit den Franzosen eine vernünftige Industriepolitik betreibt, daß sie sehr rasch eine sehr ökologische Politik betreibt, dann werden ein paar Chemieriesen vermutlich brüllen, sie gefährde den Standort Deutschland. Da muß man dann darauf achten, daß man da, wo man der Chemie Schwierigkeiten macht, der Elektronik Gewinne ermöglicht. Man darf den Laden nicht in die Pleite fahren. De facto darf man die Wettbewerbs- und Konkurrenzposition Europas und Deutschlands nicht schwächen, sondern man sollte sie eher stärken.

Schneider: *Herr Glotz, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.*

Glotz: Herzlichen Dank. ■



Deutschland wohin?

Dieser Frage stellen sich die Autoren in einer Zeit, wo „alles in Bewegung geraten ist, und niemand weiß in welche Richtung" (S. 193), wo also Antworten kaum gegeben werden können. Entsprechend häufig tauchen Fragezeichen auf bei dem Versuch, aktuelle Entwicklungstendenzen und Optionen in Deutschland, Europa und der „neuen Weltordnung" herauszuarbeiten und zu diskutieren. Eine Hegemonialmacht ist verschwunden und hat ein Trümmerfeld hinterlassen (UDSSR), die andere setzt im wirtschaftlichen Niedergang auf die militärisch-strategische Karte (Beispiel Golfkonflikt), ohne freilich ihre Führungsrolle halten zu können. Und das neue Deutschland scheint als Euro-Hegemon derzeit hoffnungslos überfordert. Die gewollte Osterweiterung des westdeutschen Staates erwies sich als ungewollter Weg in eine unsichere Zukunft. Gedämpfter Pessimismus taucht als Ergebnis dieser historisch-strukturell angelegten Analyse auf.

Die von den Autoren formulierte Alternative ist durchaus moderat: Deutschland in einem triadefixierten, d.h. auf den Konkurrenzkampf mit den USA und Japan gerichteten, EG-Europa unter Fortbestand des „Sachzwangs Weltmarkt" und Abkopplung der osteuropäischen Peripherie — oder als Initiator eines auf Ausgleich angelegten gesamteuropäischen Entwicklungsmodells mit größerer Selbstbestimmung und Handlungsspielräumen. Die zweite Alternative bedarf des Bruchs mit dem Primat der Ökonomie, der durch Deregulierung geförderten Dominanz liberalisierter Marktkräfte, in Form einer „Rekonstruktion der Politik" (S. 127). Diese müßte Zielvorstellungen bestimmen und Rahmenbedingungen setzen (S. 209), was für Europa heißen würde: Ausstieg aus dem intensiven Industrialisierungs- und Konsummodell, dessen weitere Ausdehnung (Beispiel: Individualverkehr) zum ökologischen Kollaps führt, zugunsten einer sozial und ökologisch ausgewogenen Umverteilung nach Osteuropa. Für Westeuropa hieße das eine Menge Opfer, angefangen von enormen Finanz- und Projekthilfen bis zur Öffnung der Importgrenzen für so sensible Produkte wie Textil, Stahl oder Agrargüter. Eines aber stellen die Autoren unmißverständlich klar: „Ostignoranz ist lebensgefährlich" (S. 130).

Hat diese sanfte Entwicklungsperspektive für Europa viele Fragezeichen, bsw. wie der Spagat zwischen Triademacht wo das Geld für den Aufbau des neuen Europa „sauer" verdient werden muß (S. 135) und alternativem Entwicklungsmodell organisiert werden soll, so formulieren die Autoren die entscheidende Schwachstelle selbst: „Wo aber sind die Akteure" (S. 128) eines anderen Europa. Dieser blinde Fleck in der Realität, das Fehlen sozialer Kräfte, die politische Alternativen vorantreiben könnten, setzt sich im Buch um in einen strukturalen Bias. Die „posthegemoniale Ära", die zwischen Erweiterung und Vertiefung torkelnde EG, und das konfuse neue (Großmacht?)-Deutschland werden auf der Ebene von Kapitalbewegungen und diesen folgenden politischen Strategien untersucht. Die Reformbewegungen in Osteuropa sind abgewürgt, die Gewerkschaften verkommen überall zum Juniorpartner nationaler Branchenkapitale, ansonsten gibt es nur Kohl, Baker und ein paar FAZ-Kommentatoren. Eine genauere Untersuchung von Akteuren und handelnden Institutionen wäre sicher eine erkenntnisfördernde Ergänzung zu der vorgelegten Analyse.

Die große Leistung des Buches liegt sicherlich in einer gelungenen Synthese der wichtigen politökonomischen Debatten der letzten Jahre, die sich um Fordismus, Hegemonie, Triadisierung, Korporatismus, Modell Deutschland etc. drehen auf nur 220 Seiten. Die Ergebnisse dieser Debatten werden als Fragestellungen und Optionen für alternative Entwicklungspfade in der gegenwärtigen „neuen Unübersichtlichkeit" aufbereitet. Alles in allem eine lohnende Lektüre.

HOLM-DETLEV KÖHLER

Michael Bonder/Bernd Röttger/ Gilbert Ziebura:
Deutschland in einer neuen Weltära
227 S., Leske + Budrich, Opladen 1992

Mit Kopf und Herz

Wer sich für Lateinamerika interessiert und die Zusammenhänge zwischen Armut dort und Reichtum hier, wird Eduardo Galeano kennen. „Die Offenen Adern Lateinamerikas" und die „Erinnerung an das Feuer" sind die weltweit bekanntesten Bücher des nach langen Exiljahren heute wieder in seiner Heimat Uruguay lebenden Journalisten Galeano. Seine Publikationen kann man gerade in diesen Zeiten immer dümmer und unverfrorener werdenden Hymnen auf den weltweiten Sieg des Kapitalismus nicht genug zur Lektüre empfehlen.

Neben seinen großen historischen Recherchen über das Ausbluten des lateinamerikanischen Kontinents hat Eduardo Galeano immer auch weniger umfangreiche, prosaische, subjektivere Bücher veröffentlicht. Sie sind ein Beispiel dafür, wie man über die scheinbar so objektiv ablaufende Geschichte, über politische Ereignisse, ja sogar über gesellschaftliche Strukturen schreiben kann, ohne sich selbst dabei zu verstecken. Hier ist jemand von der Gewalt kapitalistischer Systeme wirklich getroffen, ohne immer wieder die unerträgliche Betroffenheitskultur zu beschwören. Seitdem ich die erste Zeile von Galeano gelesen habe, bin ich immun gegen jedes egozentrische Moralisieren, wie es auch in linken Kreisen seit Jahren wuchert.

Die Lektüre von „Tage und Nächte von Liebe und Krieg" (1978) hat mich aus der Lähmung immer nur zahlenschwer, wortradikal und entlarvungsgeil präsentierter Imperialismusanalysen befreit. Eine Banalität, die Galeano aber immer und immer wieder in unser Bewußtsein rückt: es sind einzelne Menschen, die unter den Gewaltregimes Lateinamerikas und den weltweiten imperialen Strukturen leiden. Und es sind immer auch *einzelne* Menschen, die sich zur Wehr setzen, die weinen über Niederlagen und sich freuen über die wenigen geglückten Befreiungen von diesen Systemen. Auch wo Galeano über größte Verzweiflungen schreibt — und darüber schreibt er oft in seinen Büchern — bleibt immer ein Funken Hoffnung. Utopie eines möglichen anderen Lebens. Wie soll der, hat Antonio Gramsci einmal sinngemäß gesagt, der niemals einen Menschen geliebt hat, jemals eine wirkliche Beziehung zu einer Masse von Menschen gewinnen. Und nichts anderes lernen wir auch durch die Publizistik und Prosa des Eduardo Galeano.

Sein letztes, von Erich Hackl ins Deutsche übersetzte Buch, nennt er „Das Buch der Umarmungen". Als Leitmotiv wählt Galeano „Erinnern: spanisch *recordar,* vom Lateinischen *re-cordis*, wieder durch das Herz leiten". Ein versöhnliches, harmonisierendes Buch? Das zuletzt, aber ein mit Kopf und Herz, mit Wut und Liebe geschriebenes Buch. Ich kenne nur wenige Journalisten und Schriftsteller — in Deutschland keinen —, der so radikal politisch, so radikal subjektiv und gleichzeitig so stilistisch gut zu schreiben versteht, wie Galeano. In dem fast ein wenig zu ästhetisierend mit vielen kleinen Illustrationen von Galeano selbst verzierten Buch, stehen politische Notizen neben privaten Aufzeichnungen, Traumprotokolle neben den Chroniken des laufenden Systemterrors, flüchtige theoretische Bemerkungen über die Kultur neben ergreifenden Erinnerungen an tote Freunde und Genossen. Tragische Geschichten werden abgelöst von Beobachtungen über die auch von dem Massenkommerz nicht zu strangulierende Phantasie der Menschen. „Dem Buch, an dem ich gerade arbeite, sieht man auf den ersten Blick meine Wut und meine Liebe an. Am Ufer des Rio Juan sagt mir der alte Dichter José Coronel Urtecho, daß man sich einen Dreck um die Fanatiker der Objektivität scheren soll. ‚Hör nicht auf sie', sagte er. So muß es sein. Die Priester der Objektivität lügen. Sie wollen nicht objektiv sein, das ist eine faustdicke Lüge. Sie wollen Objekte sein, um sich vor menschlichem Leid zu retten." Gäbe es auch bei uns mehr, die wie Galeano die erste Person Singular nicht vergessen, wenn sie sich in das politische Handgemenge begeben oder darüber schreiben...

CARL WILHELM MACKE

Eduardo Galeano
Das Buch der Umarmungen. Aus dem Spanischen von Erich Hackl
Wuppertal 1991, 271 Seiten

HEIMO CLAASEN

Der Zauberlehrling ist sauer

Wahlen in Angola: Savimbi ausgezählt

Von den 800 auswärtigen Beobachtern ließ sich keiner hören, der die Wahlen am 29. und 30. September zur Präsidentschaft und zum Parlament in Angola für unkorrekt oder gar gefälscht gehalten hätte. Doch der ,,Rebellen-Führer'' Jonas Savimbi war schon in heller Panik, als kaum ein Fünftel der Stimmen ausgezählt war, schrie ,,Betrug'' und drohte mit Fortsetzung des Kriegs seiner UNITA zur Eroberung der Alleinherrschaft — seine Schirmherren in Washington haben alle Mühe, ihn an der Leine der demokratischen Spielregeln zu halten. Aber wollen sie das wirklich?

Aufgrund der schiefliegenden Berichterstattung in der BRD, hielt es der Autor für nötig, erstmal die Savimbi-Reklame zu attackieren. Ein Artikel über die MPLA-Versäumnisse und Fehlentscheidungen folgt in der nächsten *links*.

Eine Woche nach der Wahl hat sich die gesamte UNITA-Spitze aus der Hauptstadt Luanda (und von sonstwo) in die südöstliche Provinzstadt Huambo abgesetzt, in die von ihr wohl für sicherer gehaltenen Region und eine der nur vier Provinzen — von insgesamt 18 — in denen Savimbi eine relative Mehrheit als Präsidentschaftskandidat erhalten hatte.

Nachdem 90 % der Stimmen ausgezählt waren, lag MPLÖA-Präsident Dos Santos noch immer mit über 50 % vorn und hatte die relative Mehrheit in 13 Provinzen gewonnen — mit einer Ausnahme dabei immer die absolute Mehrheit — Savimbi hatte mit gerade 39 % sogar so wenig, daß er noch nicht einmal eine zweite Präsidenten-Wahlrunde erzwingen könnte.

Diese Verteilung spiegelt deutlich die Situation, in der vor 17 Jahren der Bürgerkrieg in Angola begonnen hatte: damals ließen sich die zwei auf Stammesbindungen gegründeten Formationen FNLA und UNITA darauf ein, eher mit Finanzierung und Bewaffnung durch den US-Geheimdienst CIA gegen die ,,marxistische'' MPLA zu schießen, als sich dem Risiko einer Wahl auszusetzen. Nach dem Zusammenbruch der protugiesischen Kolonialmacht 1974 sah der mögliche Ausgang der im Friedensvertrag für Oktober 1975 vorgesehenen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung — je nach den bis dahin geltenden Bedingungen — unterschiedlich aus: ,,Eine (Wahl-)Kampagne nach rein ethnischen und regionalen Kriterien hätte Vorteile für UNITA gehabt. Würde jeder (Angolaner) nur entsprechend der Zugehörigkeit zu seiner Bevölkerungsgruppe abstimmen, so hätte UNITA schätzungsweise auf 40 bis 45 % der Stimmen rechnen können, MPLA auf 35 bis 40 % und FNLA mit dem Rest. Wenn eine funktionierende Übergangs-Verwaltung der MPLA erlaubt hätte, ihre Basis-Organisationen zu mobilisieren und ihre Entwicklungs-Programme in Gang zu setzen, wären ihr sicher bedeutende Einbrüche in die (Wahl) Territorien der beiden anderen Gruppen gelungen,'' so beurteilte ein US-amerikanischer Angola-Experte, William Minter, die damaligen Aussichten.

Doch gerade auch in der UNITA-Ursprungsregion im zentralen Hochland um und östlich von Huambo (wo Savimbi 1934 geboren wurde), unter den Ovimbundu, war Savimbi keineswegs überwältigend populär, sondern allenfalls an Orten, wo — nicht zuletzt aufgrund der Zusammenarbeit Savimbis mit den protugiesischen Kolonialherren — bis dahin die MPLA überhaupt noch nicht hatten auftreten können. Zwar gab es ein deutliches ,,Gefälle'' zwischen UNITA- und MPLA-Unterstützung, von städtischen Siedlungen zu isolierten Landstrichen, und von den westlichen Küsten-Regionen zum östlichen Inland; aber MPLA-Präsident Ne-

Savimbi und Botha

to schätzte 1975 die Stärke von UNITA und MPLA in einem Gespräch mit dem damaligen US-Konsul in Luanda auf ,,ungefähr gleich'' ein, auch in der Region um Huambo.

Ein wesentlicher Faktor für die politische Entschließung des ,,Hinterlands'' war die bis zum Ende der Kolonialwirtschaft betriebene ,,Kontrakt''-Arbeit, unter deren System Landarbeiter aus dem Hochland massenhaft zu Saisonarbeit in anderen Regionen verpflichtet wurden. Zum Ende der portugiesischen Herrschaft in Angola war es längst vorbei mit der bäuerlichen Traditionsidylle, die später von Savimbi in seiner Progaganda gegen die ,,städtische'', ,,intellektuelle'' und rassisch vermischte'' MPLA weidlich überstrapaziert wurde. Doch die Stammes-Bindung von UNITA an die Ovimbundu — die realtiv größte der Bevölkerungsgruppen im östlichen Hochland Angolas — ist bis heute eins ihrer Sturkturmerkmale geblieben, trotz großer ,,Einheits''-Sprüche in Savimbis Propaganda.

Der CIA setzte seinerzeit zuerst auf Robertos FNLA, in der (richtigen, von den protugiesischen Kolonialherren übernommenen Einschätzung, daß die UNITA wohl nicht genügend darstellen würde. Und das, obwohl sich Savimbi doch schon 1961 bei der US-Botschaft in der Schweiz (wo er studierte), als Angolas ,,zukünftiger Präsident'' eingeführt hatte. Zum Auftakt der Schießereien der FNLA auf MPLA-Leute im Frühsommer 1975 verzog er sich mit dem gesamten Troß schleunigst hinter die Berge, in die Provinz Bie im zentralen Hochland, und ließ sich nach dem Debakel 1976 der kombinierten Invasion von FNL-Söldnern im Norden und Vormarsch der Südafrikaner im Süden dann vom CIA als letzte Rettung gegen die ,,cubano-sowjetischen Marxisten'' der MPLA-Regierung in Luanda aufrüsten.

Über Savimbis CIA-Bindung herrscht kein Zweifel, die Frage ist nur, wann er rekrutiert wurde. Der Geheimdienst des faschistischen Portugal PIDE traf 1964 die erste Absprache mit dem angolanischen ,,Freiheitskämpfer'' und wußte nichts davon, daß der Zugang schon unter Aufsicht eines CIA-Residenten in Lusaka, James Cunningham, stand. Es kann also als sicher gelten, daß dies schon vor der offiziellen UNITA-Gründung 1966 war.

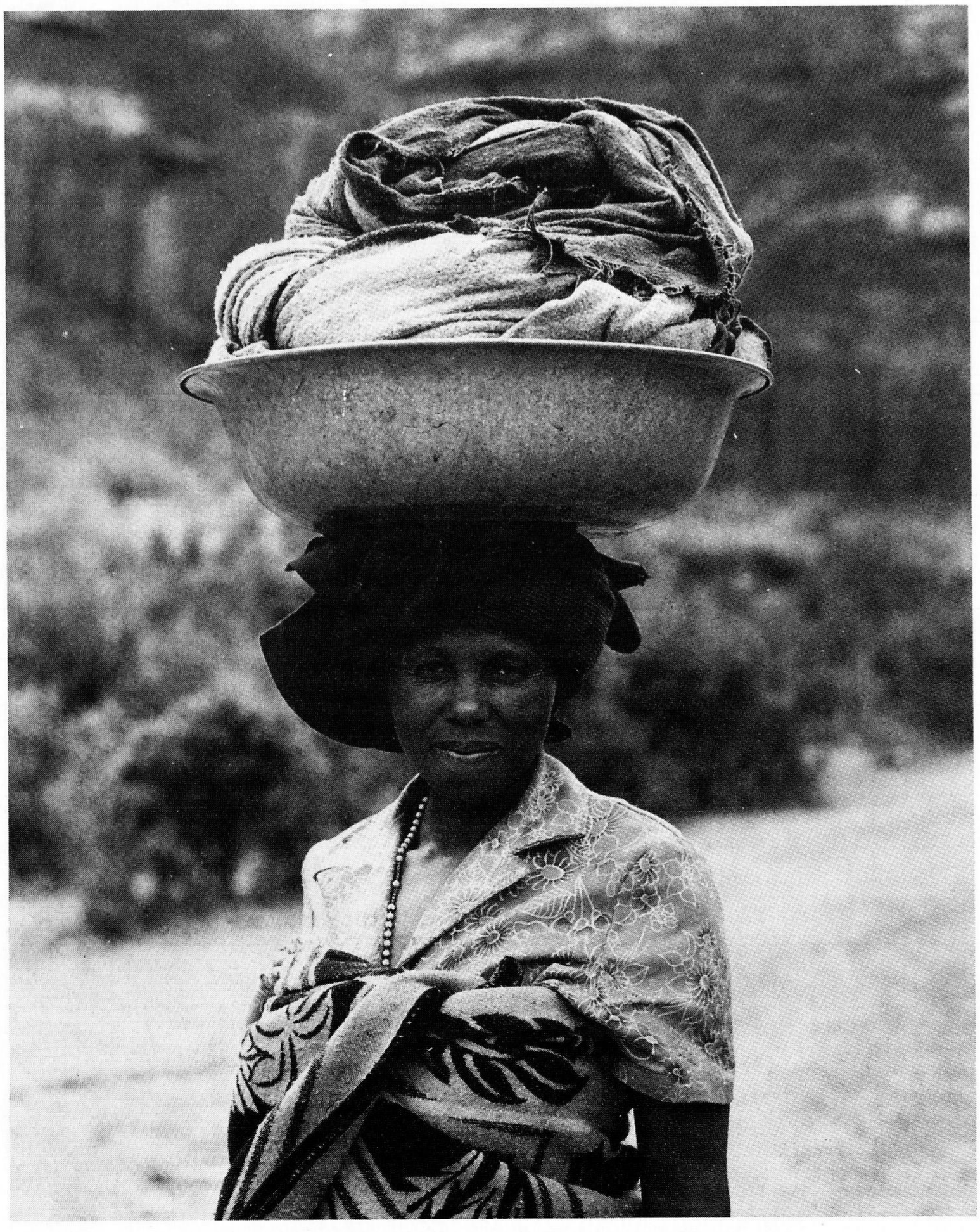
Ebenfalls viel früher als gemeinhin angegeben, hat sich die Kooperation des südafrikanischen ,,Sicherheits''-Apparats mit Savimbi/UNITA etabliert. Der als erste ,,große'' Attacke von UNITA gegen die protugiesische Kolonialmacht gefeierte Anschlag am 25.12.66 galt der Eisenbahn-Grenzstadt Teixeira de Souza (jetzt: Luau) nahe dem Dreiländereck Angola-Sambia-Zaire. Der internationale Verkehr über die Benguela-Bahn wurde daraufhin von den Portugiesen zum ersten Mal eingestellt — Auftakt zum langjährigen Wirtschaftskrieg Südafrikas gegen die unbotmäßigen Nationalisten in den neuerdings unabhängigen Nachbarstaaten. In der Folge, und bis zum Waffenstillstand vom Mai vorigen Jahres, waren Anschläge auf die Benguela-Bahn die wichtigste — und für lange Perioden auch einzige — ,,militante'' Aktivität der UNITA.

Die Umstände selbst begründen nicht hinreichend diese, in Wirkung wie im Timing geradezu perfekte Kooperation zwischen Südafrika und UNITA. Sicher war die Bahnlinie, besonders im dünn besiedelten Osten Angolas, ein einfaches, ebenso effizient wie risikolos angreifbares Ziel. Die Hartnäckigkeit — und Doppelzüngigkeit — mit der Savimbi der Regierung seines einzigen ,,Hinterlands'' Sambia mit den für Wirtschaft und Außenhandel regelrecht erpresserischen Anschlägen auf die ,,BRR'' unter der Gürtellinie traf, ist nur politisch zu erklären. Es gibt für die Zeit vor 1975 keine harten Belege über Kontakte Savimbis mit den Südafrikanern, und der seitdem bis heute nicht unterbrochene Schulterschluß mit den Streitkräften der Rassisten vom Kap ist dafür auch kein Beweis. Freilich brauchte es bisher in Johannesburg auch immer länger als in Washington, ehe die übelsten Geschichten ans Tageslicht kamen.

Die vergleichsweise alten Geschichten scheinen unmittelbar relevant für die Situation jetzt nach der Wahl: denn alles deutet darauf hin, daß die allseits vom — jetzt nur noch ,,westlichen'' — Ausland so dringend geforderte Demokratisierung in Angola wohl dann nicht hingenommen wird, wenn eine demokratische Mehrheit es ablehnt, sich den Schlächter zum Diktator zu wählen.

Von den gut 800 auswärtigen Wahlbeobachtern ist einhellig zu hören, daß der Wahl-Vollzug so korrekt wie nur möglich verlaufen ist. Schon allein aufgrund der technischen Schwierigkeiten in der Wahlveranstaltung ein bewundernswürdiges Ergebnis.

Nach seinem unfälligen Protest als noch kaum ein Fünftel der Stimmen ausgezählt war, hat Savimbi den weiteren Verlauf sabotiert: am Dienstag darauf befahl er seinen elf ,,Komandeuren'' den Abzug aus der mühsam und mit viel Verspätung zustandegekommenen ,,gemeinsamen'' Leitung der neuen nationalen Streitkräfte. Ein paar Tage später hat sich dann die gesamte UNITA-Spitze in die UNITA-dominierte Provinzhauptstadt Huambo abgesetzt — während die Wahlprüfungskommissionen den UNITA-Vorwürfen nachgehen wollten, daß die ganze Wahl ,,ein einziger riesiger Betrug'' gewesen sei: die ,,Ankläger'' boykottierten



freilich die zentralen wie die regionalen Kontroll-Komitees, die damit ihrer Aufgabe nicht nachkommen und die Endresultate nicht freigeben konnten. Obwohl ihnen die auch von Savimbi unterschriebene Wahlregelung zum Gesetz macht, die Ergebnisse spätestens am zehnten Tag nach der Wahl öffentlich bekanntzugeben.

Schließlich ließ Savimbi noch verlautbaren, es müßten auch Blanco- und ungültige Stimmzettel als Votum gezählt werden — schön erfunden, um doch vielleicht die Dos-Santos-Mehrheit unter die 50-Prozent-Marke zu drücken — nur gibts leider sowas nicht, weder im angolanischen noch in irgendeinem andren ordentlichen Wahlsystem (und nach dieser Savimbi-Regel, so rechneten einige der routinierten Beobachter aus, hätte auch kaum ein Präsident der USA jemals seinen Job gekriegt). Seine Leutnants wiederholten fleißig die Drohung des Herrn, daß die Veröffentlichung der Wahlergebnisse ,,unweigerlich'' Anlaß wäre, den UNITA-Krieg wiederaufzunehmen.

Auf den ersten Blick sah das Vorgehen Savimbis nur nach Zeitgewinn aus — offensichtlich hatten die UNITA-Leute die großspurige Propaganda ihres Führers in der Kampagne vor der Wahl schon für die Wirklichkeit danach gehalten und hatten die Möglichkeit einer Wahlniederlage schlicht nicht wahrhaben wollen. Doch sowohl sein öffentlicher Wutausbruch als auch die Aussagen von Zeugen für Savimbis Verhalten bei früheren Niederlagen lassen den Schluß zu, daß er es nicht verkraften kann, zu verlieren. In und mit seiner UNITA hat er sich eine bedingungslos folgsame Hierarchie aufgebaut. Mit dem Ergebnis, daß sein megalomaner Anspruch, der einzig richtige Präsident von Angola zu sein, unzählige Menschenopfer gefordert hat. Es ist also wahrscheinlich genug, daß er diesen Vormarsch über Leichen nur allzu gerne fortsetzt, schon gar nach der Majestätsbeleidigung einer Wahlniederlage.

▶ Außenpolitische Interessen ◀

Noch dazu hatte schon die vergleichsweise kurze Friedenszeit nach dem Waffenstillstand vor gut einem Jahr Risse und Brüche in der UNITA offenbart (wenn nicht gar verursacht): Einige Lokal-,,Komandeure'' der UNITA-Truppe liefen aus dem Savimbi-Ruder und maßten sich das allmächtige Gehabe des Chefs an; andere UNITA-Größen nutzen das demokratische Tauwetter, um interne Fehden mit dem Führer bekanntzumachen oder gar ganz mit ihm zu brechen. Mit der wachsenden politischen Transparenz des Landes wurden Terror-Methoden zur Disziplinierung von Dissidenten unpraktikabel. Ein Grund mehr also, das Demokratie-Spiel abzublasen und den ganzen Verein auf ,,sicherem Grund wieder an die Kandare zu nehmen.''

Von den guten Freunden regnete es gute Ratschläge und gutes Zureden, allen voran die US-Regierung. Bakers Stellvertreter und Afrika-Beauftragter Herman Cohen ließ sogar das Communiqué veröffentlichen, in dem er Savimbi nach dessen Wutanfall bekniete, den Wahlausgang zu akzeptieren, ,,selbst wenn'' er eine Niederlage für seine Partei bedeutete: ,,Die USA sind überzeugt, daß Savimbi auf jeden Fall eine bedeutende Rolle beim Wiederaufbau von Angola spielen kann, selbst wenn er nicht zum Präsidenten gewählt würde.''

Am Montag machte sich auf Südafrikas Außenminister Botha, dem eine ,,warme und freundschaftliche Beziehung'' zu Savimbi von den eigenen Offiziellen nachgesagt wird, als persönlicher Vermittler auf den Weg nach Luanda und Huambo.

Nach den hektischen Beratungen der atlantischen Diplomaten in Luanda vorige Woche hat die auf Nachrichten des südlichen Afrika spezialisierte Wochenzeitung ,,Southscan'' deren gemeinsame Botschaft an Savimbi ausgelotet: Die Niederlage sei ein heimlicher Segen, denn als starke Opposition sei UNITA in der Lage, die MPLA arg zu bedrängen — in einer Situation, in der jede MPLA-Regierung in enorme wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten geraten und zudem noch die Fehler und Unregelmäßigkeiten der Vergangenheit verantworten müßte, die in einer ersten demokratischen Regierungsperiode ans Licht kämen. In vier Jahren dann könnte UNITA die nächste Wahl überwältigend gewinnen.

Es versteht sich, daß die Generallinie der Außen-/Wirtschafts-Politik der USA und (West-),,Europas'' dem wirksam nachhelfen würde: die ,,Liberalisierungs''-Auflagen verlangen die Abstoßung von mindestens einer halben Million Angestellten des Staates — für jede, und schon gar für eine MPLA-Regierung das Ende aller Wahl-Chancen — und ließen für das potentiell so reiche Angola kaum mehr als die Standards der Herunterentwicklung von Ländern wie Nigeria oder der Elfenbeinküste zu. Auf genau dieser Linie rechnet auch die (immer noch sitzende, weiße) politische Führung in Südafrika mit der Expansion ihrer ,,jetzt schon erstaunlich guten'' Beziehungen mit der jetzigen MPLA-Regierung in Luanda, nämlich durch die Wahrnehmung der Interessen von DeBeer's in Angolas Diamantförderung (auf dem Papier schon längst abgesegnet) und die Ausweitung des südafrikanischen Konsumgüter-Absatzes im Tausch gegen Rohöl.

Fraglich ist freilich, ob ,,ziviles'' Raisonnement im Fall Savimbi überhaupt wirkt. Ebenso fraglich ist, ob sowohl in den USA wie in Südafrika die Kontrolle der politischen Obrigkeit noch hinreichend im ,,Sicherheits''- und ,,Dienste''-Apparat greift. Offiziell ist die offene ,,verdeckte'' CIA-Hilfe an UNITA seit dem Frühjahr eingestellt. Ebenso offiziell hat Pretoria nach der Unabhängigkeit Namibias und dem Angola-Friedensvertrag vom 1. Mai 1991 die militärische Zusammenarbeit mit der UNITA beendet. Als das Clark-Amendment nach dem Desaster der US-Einmischung von 1975 in Angola für diese Region jede weitere ,,verdeckte'' Zahlung und Aktion veboten hat, sind genau solche weitergelaufen, wenn auch über Umwege und allerlei Front-Organisationen. Mit Einzug des Friedens in Angola flogen auch die ,,Heritage-'' und ,,Freedom-''Foundations und allerlei evangelikale Kirchenorganisationen massiv UNITA-Hilfe ein, bauten Medien-Stationen und transferierten gehörige Dollarmengen für Savimbis Wahlkampf. Die wegen ihrer CIA-Nähe einschlägig bekannte Hilfsorganisation ,,World Vision'' ergatterte den Löwenanteil der Versorgungs-Aufträge in der südöstlichen, noch bis kurz vor der Wahl von UNITA geschlossenen Region Angolas. Und seit dem 29. September sind, wie das Londoner ,,Southscan'' aus mehreren Quellen erfuhr, wieder häufige — und ,,nicht identifizierte'' — Flugbewegungen von Transport- wie von Kampf-Flugzeugen über Südangola zu Gang.

Als Frage bleibt deshalb nur, ob die Doppel-Strategie, eine demokratisch legitimierte MPLA-Regierung in Angola sowohl wirtschaftlich als auch militärisch kaputt zu kriegen, nun koordiniert ist oder im organisierten Chaos der Neuen Weltordnung ohnehin zustandekommt. ■

Helmut Reinicke
WILDE KÄLTEN
Die Entdeckung Europas 1492

Der Autor Helmut Reinicke liest die abendländische Expansionsge-schichte gegen den Strich und ist so in der Lage, Brüche gesellschaftlicher Entwicklung in eine komplexe Abfolge historischer Dynamiken zu stellen. Seine Beschreibung des europäischen Imperialismus doziert nicht und will auch nicht vom "Besseren" lehren - es ist eine negative Deskription dessen, was heute als unerklärliche Grausamkeit retrospektiv vernebelt wird und dennoch sich kontinuierlich in den Grundlagen der modernen Gesellschaften reproduziert hat:
Denn die Angst davor, in Barbarei zurückzufallen,schwingt noch in den aktuellen Beschwörungen der zivilen bürgerlichen Gesellschaftsordnung mit. Erst der durch die geschichtlich vergewisserte Analyse der Dynamik von Produktivkräften, kapitalistischer Expansion und deren theoretischen Vorwegnahme geschärfte Blick vermag das Zurückschlagen der imperialen Gewalt in das alte Europa zu dechiffrieren.

Ein Buch aus der medico-Bibliothek
196 Seiten, DM 26,80 + DM 3,00 für Porto & Versand - Vertrieb & Bezug über:

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Telefon: 069 / 499041

THOMAS BEIER

Schattenseiten und ein Lichtblick:

Neue Überlegungen zum Internationalismus

Im April 1990, nach dem Auseinanderbrechen des real-sozialistischen Lagers und der Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua, stellte Thomas Beier in der „Links" unter dem Titel „One World?" Thesen zum Internationalismus auf. Im folgenden Beitrag beschäftigt er sich erneut mit dem Thema — nach dem Golf-Krieg, dem Putschversuch in der SU, nach dem Friedensschluß in El Salvador und nach Rostock.

Die Geschichte ist — wenn man sie ausnahmsweise beseelt — stets grausamer als ihr zugetraut wird. Meine im Beitrag vom April 1990 aufgestellte These, die noch von Jürgen Krahl auf der Vietnam-Konferenz 1968 behauptete „weltgeschichtliche Aktualität der Revolution" habe einer „weltgeschichtlichen Aktualität des Kapitalismus" weichen müssen, hat sich mehr als bewahrheitet. Der damals angenommene „worst case" — zunehmender Einsatz des klassischen imperialistischen Instruments Militär, endgültige Auflösung der bipolaren globalen Konstellation, zunehmende Machtstellung Europas und besonders der BRD, Einengung des Spielraums für Befreiungsbewegungen und für Kuba, Marginalisierung des Trikont bis hin zur Degradierung zum ökonomischen Statisten — ist in den meisten Punkten mehr als eingetreten.

Besonders die drei erstgenannten Aspekte sind inzwischen in einem damals noch nicht vermuteten Ausmaß zutage getreten. Im Golfkrieg wurde das Militär keineswegs als ultima ratio, sondern zielstrebig, geplant und abgestuft eingesetzt; die dort begonnene Instrumentalisierung und Militarisierung der UNO durch die imperialistischen Zentren setzt sich im jugoslawischen Krieg deutlich fort. Mit der Auflösung der Sowjetunion und ihrem Zerfall in immer kleinere Nationalstaaten hat sich die globale Konstellation derart drastisch gewandelt, daß die damalige Einschätzung eines Einflußverlustes der SU im Sinne der Konstatierung eines weltpolitischen Nicht-Einflusses revidiert werden muß. Schließlich hat sich die Position Europas — trotz Maastricht und Währungsproblemen — und besonders der BRD in so frappanter Weise gefestigt, wie das vor zwei Jahren noch nicht absehbar war. Für die nach außen gerichtete Agressivität Europas sei hier die Forcierung der Bildung einer schnellen Eingreiftruppe genannt; die Machtstellung der BRD in Europa zeigt sich etwa an ihrem schnellen und zielstrebigen politischen Handeln bei der Anerkennung Kroatiens. Angesichts dieser rasanten Entwicklungen im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld der europäischen Metropole bewegen sich die Spielraumeinengungen etwa für Kuba und für Befreiungsbewegungen fast schon im „normalen" Rahmen, ja hier ist sogar zu konstatieren, daß die Prozesse sich erheblich weniger schlecht entwickeln als zu erwarten stand. Die innenpolitische Position der FSLN in Nicaragua etwa ist wesentlich stärker als noch nach der Wahlniederlage angenommen werden konnte. Nicht nur, daß die USA scheinbar kein massives Interesse an einer Zerschlagung der Sandinisten haben, die Partei und vorallem die sie tragenden sozialen Massenbewegungen sind stark und gewinnen noch an Einfluß. Auch die Situation der FMLN im benachbarten El Salvador ist weniger prekär als sie noch nach der letztlich gestoppten „Endoffensive" vom November 1989 war. Zwar wurde der Vorsatz einer Machtübernahme nach klassischem Muster aufgegeben (eine Konsequenz aus der Anschauung in Nicaragua), mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens am 16. Januar 1992 eröffnete die FMLN aber nicht nur sich, sondern breiten fortschrittlichen Kräften einen politischen Spielraum, den diese zum Teil auch zu nutzen wissen. Als ein weiteres Beispiel hier die geänderte und regional wie international verbesserte Position der PLO angeführt, die trotz des Hervortretens Syriens in der politischen Kräftekonstellation in der Region an Boden gewinnen konnte. Man mag all diese Beispiele als Zeichen von Regression oder Reformismus deuten — gemessen an den ursprünglichen Zielen der Befreiungsbewegungen

El Salvador: Von der Armee zerstörtes Haus „Für das Vaterland und mit Gott"

IKO

- Die Solidaritätsbewegung im Gespräch
- Rekonstruktion einer Solidaritätsreise – in den Fußstapfen Kolumbus'?

mit einem Vorwort von P.V. Dias und einem Nachwort von Joachim Hirsch

90 S., DM 19,-
ISBN 3-88939-073-0

stimmt das vielleicht — angesichts der globalen Konstellation markieren sie Erfolge, Licht im historischen Dunkel. Dazu braucht man nur zu sehen, welche neuen, oft unerwarteten politisch-ideologischen und ökonomischen Versatzstücke die inzwischen zur „neuen Weltordnung" umbenannte „one world" inzwischen herausgebildet hat: Eine — gerade auch durch die Auflösung von „sozialistischen" Staaten bedingte — Wiederbelebung des Nationalismus, ein damit einhergehender erstarkender Chauvinismus, ein innenpolitisch forcierter und gegen Menschen nicht nur aus dem „alten Trikont" gerichteter Rassismus bis hin zur Faschisierung des politischen Diskurses; eine „ökonomische Gleichgültigkeit" des Kapitals gegenüber nicht unerheblichen Teilen der Welt(weitgehend Osteuropa und Afrika, aber auch die ehemalige SU, Asien und Lateinamerika); eine anhaltende Propagandaoffensive über die Segnungen der „zivilen Gesellschaft".

Und die Linke, besonders die internationalistische, angesichts dieser Lage? In dem Beitrag von 1990 wurden noch „internationalistische Irrwege" (z.B. falsche Euphorie über die „Revolution von unten", Projektion von Utopien auf Befreiungsbewegungen) angesichts der damals beginnenden Umbruchprozesse ausgemacht. Heute vermag ich überhaupt keine Wege mehr zu erkennen oder die begonnenen verlaufen sich im Sand. Auf den ersten Blick liest sich die Bilanz des jüngsten Internationalismus denn auch wie ein Trauerspiel. Nicaragua- und El Salvador-Solidaritätsbewegungen sind einem fortschreitenden Erosionsprozeß ausgesetzt, Kampagnen wie etwa die zur Neubestimmung des Waffenkontos für die FMLN, zur Hilfe für die Opfer der Flutkatastrophe in Nicaragua sind kaum getragen und finden wenig Resonanz. Die — zumeist überregionalen — Aktivitäten, die langfristig und intensiv von vereinten Kräften der internationalistischen Rest-Linken vorbereitet wurden, haben sich als zu schwach, zu diffus erwiesen wie etwa die 500-Jahre-Kampagne (die allerdings in Lateinamerika Erfolg hat) oder sie scheiterten an internen Differenzen der näher zusammengerückten, politisch aber oft stark divergierenden Gruppen, wie die Auseinandersetzungen vor und bei den Anti-WWG-Aktionen in München zeigen. Daß gerade angesichts der nationalistischen, rassistischen Tendenzen besonders in den Metropolen Internationalismus dagegen mehr denn je notwendig ist, kann man fordern. Zu konstatieren ist jedenfalls, daß es ihn kaum noch gibt. Deshalb in Aktionismus zu verfallen wäre jedoch falsch, ein Trauerspiel soll ja auch nachdenklich stimmen.

Insofern bietet die Lage gerade die Möglichkeit, „sich zur eigenen Geschichte reflexiv und kritisch zu verhalten" (J. Hirsch), eine Fähigkeit, die gerade die internationalistische Linke bisher kaum ausgebildet hat.

Ein solcher Reflexionsprozeß würde Irrtümer, Mythen, Projektionen aber auch neue Ansatzpunkte, Wahrheiten und Perspektiven zu Tage fördern. Auseinandersetzen sollte sich ein solcher Prozeß im wesentlichen mit den folgenden Themenkomplexen.

1. Selbstbild und Selbstverständnis der Solidaritätsbewegung: Hier müßte eine Diskussion über den Mythos des bewaffneten Kampfes ebenso in Gang kommen wie über die verzerrte Eigenwahrnehmung als „bessere Europäer" und über Fragen der Projektionen von in den Metropolen nicht zu realisierenden Utopien auf ein fremdes, fernes Objekt.

2. Verhältnis zu Befreiungsbewegungen (an der Macht) und den Bedingungen ihres Kampfes: Dieses Verhältnis krankt noch immer daran, daß es einerseits keine solidarisch-kritische Distanz gibt, die eigenständige Positionen und natürlich auch Kritik seitens der internationalistischen Bewegung ermöglicht. Andererseits muß man Pauschalisierungen überwinden und zu einer intensiven Betrachtung der jeweils unterschiedlichen internen Konstellationen im Trikont kommen. Cuba ist eben nicht El Salvador und die cubanische KP hat eine ganz andere Geschichte und Machtposition wie die kleine salvadorenische.

3. Theoretische Durchdringung der geänderten globalen Situation: Seit langem leidet der Internationalismus an einem Theoriedefizit. Mit ökonomistischen Imperialismustheorien ist es heute nicht mehr getan. Vielmehr muß ein theoretischer Rahmen gefunden werden, der das komplexe Verhältnis von Metropolen und Peripherie als Zusammenhang beschreibt. So wie die Dinge sich entwicklen, wird das nicht ohne ein Zusammendenken von Theorien über Rassismus, Nationalismus und Imperialismus möglich sein.

4. Entwicklung von Konturen eines den neuen Realitäten adäquaten Öffentlichkeitskonzeptes: Bewußtere internationalistische Strategien setzen immer auch auf die Aufklärung in den Metropolen nicht nur über „das Elend in der Dritten Welt", sondern deren Verursacher hier. Man kann geteilter Meinung sein, ob dadurch bisher das Bewußtsein der Menschen in den Zentren nachhaltig verändert wurde. Jetzt aber, spätestens nach Hoyerswerda und Rostock, ist zu fragen, ob und wie der deutsche Michel — ökonomisch bedrängt, sozialneidisch, rassistisch, faschistoid — überhaupt noch von hehren internationalistischen Vorstellungen überzeugt werden kann und soll.

Falsch ist es jedenfalls, Internationalismus ad acta zu legen und sich damit ganz dem Prinzip der Hoffnung auf Befreiung zu begeben oder — wie häufig in den Kriesen der Solidaritätsbewegung jetzt zu sehen — die Ersetzung von Internationalismus durch Anti-Rassismus zu propagieren. Denn wie gesagt: Angesichts der Internationalisierung von Ökonomie, der Globalisierung von Migrationsprozessen ist Internationalismus mehr denn je notwendig — auch und gerade, um den grasierenden Rassismus zu bekämpfen. ■

Unterstützt die FMLN

Nach 12 Jahren Krieg in El Salvador haben die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und die Regierung im Januar 92 die „Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung" vereinbart. Mit den Verhandlungsergebnissen wurden neue Spielräume eröffnet. Jetzt geht der Befreiungsprozeß unter anderen Voraussetzungen weiter. Aber die Ziele, für die die FMLN 1980 ihren Kampf begonnen hat und für die so viele SalvadorianerInnen ihr Leben gegeben haben, sind die gleichen geblieben: der Kampf um eine grundlegende Agrarreform, um die Entmilitarisierung der Gesellschaft, um die Demokratie von unten, um ein Leben in Würde, um gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung!

Unterstützt die FMLN
Die Spendenkampagne geht weiter!
Neues Konto: BfG Heidelberg, Kto. Nr. 1088787700 (BLZ 67210111)
Informationsstelle El Salvador e.V., Heerstr. 205 Bonn 1
Das Geld wird der FMLN zur freien Verfügung übergeben!

PETER-ERWIN JANSEN

Der US-Wahlkampf ist vorbei

Die „rassistische Karte“ in der amerikanischen Politik

Der Artikel setzt sich mit einigen Begleiterscheinungen wie die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem rechten Flügel der Republikaner, vertreten durch Pat Buchanan und David Duke und dem gemäßigten Flügel, den George Bush repräsentiert auseinander. Einige wichtige innenpolitische Entscheidungen sind aufgezeigt, die mit der gewalttätigen sozialen Revolte, die im Mai dieses Jahres in Los Angeles ihren Ausgangspunkt hatte, in Zusammenhang stehen. Zündfunke der Auseinandersetzungen war zwar der skandalöse Freispruch der vier weißen Polizisten, die den schwarzen Rodney King brutal zusammengeschlagen hatten. Entscheidend für den Flächenbrand und die Härte war aber eine völlig vernachläßigte Sozialpolitik der Reagan/Bush Administration, die über die letzten zehn Jahre von einer neorassistischen Rhetorik begleitet war. Was in den hiesigen Medien fast ausschließlich als „Rassenunruhen“ bezeichnet wurde, hat zumindest zwei entscheidende Ursachen.

Die erste Ursache ist eine ständig wachsende Verarmung großer Teile der meist schwarzen Bewohner in den großstädtischen Randbezirken und die zweite liegt in einem durch parteipolitische Entscheidungen bedingten, bis in die Alltagswelt hindurchgreifenden Neorassismus.

Auffallend ist die Renaissance eines zwischen 1980 und 1990 sich veränderten Rassismus. Es findet wieder eine Rückverlagerung in einem institutionalisierten Rassismus statt, der mit der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre und den Antidiskriminierungsgesetzen von 1972, wenn nicht völlig beseitigt, doch zumindest stark gebrochen wurde.

Eine besondere Bedeutung für den „ganz normalen Rassismus“ früher und heute, hatte seit seiner Gründung die faschistische und rassistische Vereinigung des KuKluxKlan. In der Hochphase der „Black Power Movement“ organisierte der Klan Mordkommandos gegen schwarze und weiße Bürgerrechtler. Erst als einige der brutalen Morde des Klans aufgedeckt wurden, wollte keiner mehr offiziell mit ihm in Verbindung gebracht werden. Allerdings existierte der KuKluxKlan weiter und im Schatten abgeflauter, nicht aufsehenerregender Aktionen gelang es in den siebziger Jahren sogar einigen Vertretern, hohe politische Ämter zu besetzen — so dem rechten Republikaner David Duke. Duke, der schon als Führer des KuKluxKlan in der Stadt Metairie im Bundesstaat Louisiana zum Bürgermeister gewählt wurde, kandidierte im November 1991 für das Gouverneursamt des Staates Louisiana. Seine Botschaft war eindeutig: Einschränkung der Anti-Diskriminierungsgesetze, gegen Abtreibung, Beschimpfung der „arbeitsscheuen Schwarzen“, die auf Kosten der weißen Kleinverdiener leben. Seine offiziellen Reden beinhalteten das, was gerade in den letzten Reden als neue-alte Form einer ursacheverschiebenden politischen Technik erkennbar wurde: „Blaming the victims“, die Schuld haben die Opfer; weder soziale oder ökonomische Gründe, noch der politisch geschürte Rassismus, sondern die Forderungen und das Handeln der Minderheiten selbst, seien die Ursachen rassistischer Übergriffe.

Noch wenige Wochen vor der Wahl ergab eine Umfrage, daß 55 % der weißen Wähler Duke unterstützten und gar 68 % der Weißen, die ein jährliches Einkommen zwischen 15 und 30000 Dollar haben. Aufgeschreckt durch diese Umfragen ergab sich ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen gegen Duke. Für die innerparteiliche Auseinandersetzung ist interessant, daß George Bush selbst dazu aufrief, den Gegenkandidaten der Demokraten, Edwin Edwards zu wählen. Duke scheiterte, erhielt aber mit 39 % eine nicht zu unterschätzende Unterstüt-

Louisville, 1937

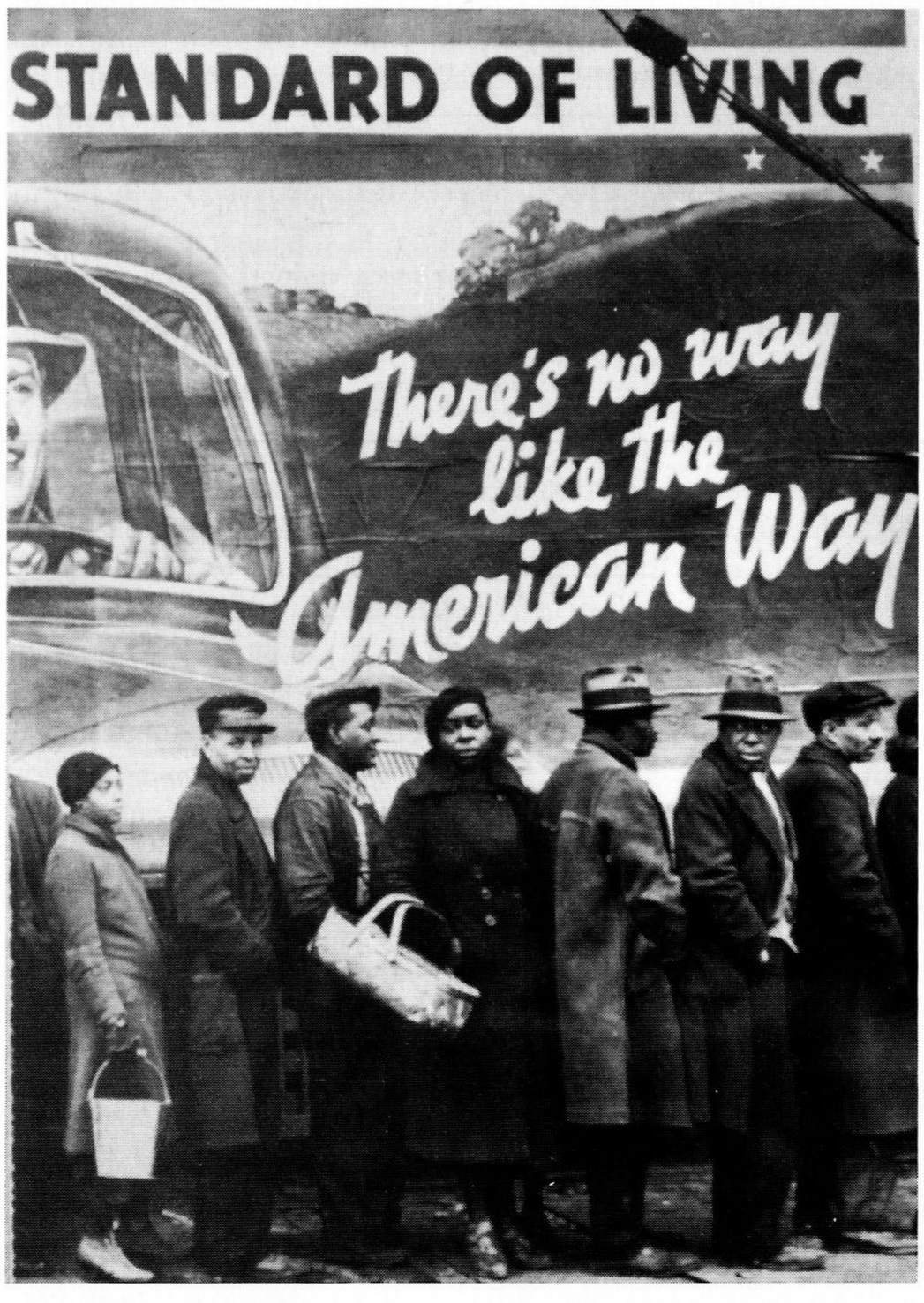
zung. Doch eines hatte er erreicht: die ,,race card'', die ,,rassistische Karte'' wurde nun auch im Wahlkampf als Triumpf ins Spiel gebracht. Pat Buchanan, lange Zeit Gegenkandidat Bushs, hatte sich schon unter Reagan als Fürsprecher einer ,,neuen'' Sozialpolitik hervorgetan. Als er 1985 im ,,unablässigen Reden von den Armen, den Unglücklichen am Ende der sozialen Leiter und den Kranken'' die Gefahr eines ,,sozialstaatlichen Dirigismus'' erblickte, argumentierte er gegenüber der steigenden Zahl der Armen, sie seien nicht leidtragende der Wirtschaftspolitik, sondern ,,Opfer'' der übertriebenen Wohlfahrts- und Sozialhilfeprogramme. Parallel zu ,,blaming the victims'' etablierte sich auf der Ebene der Sozialpolitik die neorassistische Redeweise von der ,,Kultur der Armut''. Armut wird als ,,selbstgewählter Lebensstil'' denunziert, den die Sozialleistungen erst möglich machen. Besonders perfide wird diese Verdrehung gegenüber der miserablen Situation alleinerziehender Mütter in den Ghettos.

Mit dem Scheitern Dukes verstärkte Buchanan seinen Druck auf George Bush. Gegen Duke konnte Bush noch sein Gesicht wahren, doch gegenüber Buchanan mußte er nun Zugeständnisse machen, die den rechten Flügel befrieden würden. Es fiel Bush wohl nicht besonders schwer, jetzt, da mit dem Thema ,,Rassismus'' längst Wahlkampf betrieben wurde, sich auf diese Kompromisse einzulassen. Denn Bush, der noch sein Veto gegen ein abgeschwächtes Bürgerrechtsgesetz eingelegt hatte, es aber dann doch unterschrieb, weiß genau, daß er bei 66 % der Stimmen der weißen Wahlberechtigten keine einzige Stimme eines Schwarzen oder Chicano benötigt, um erneut ins Weiße Haus einzuziehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hatte Bushs Berater C. Boyden Gray noch eine andere Auseinandersetzung forciert. Gray, der ebenfalls zum rechten Flügel der Partei gehörte, verfaßte eine Grundsatzerklärung die sich hauptsächlich gegen die Anhänger von ,,political correctness'' richtete.

,,Political correctness'' oder PC, wie der gängige Kürzel lautet, stand für eine politische Haltung, die eine Gleichstellung aller in der amerikanischen Gesellschaft lebenden Gruppen forderte. PC-Anhänger wendeten sich gegen eine reine Lobbypolitik, die über Macht, Geld oder gesellschaftlich privilegierte Stellung ihre politischen und ökonomischen Interessen durchsetzte. Ferner war PC ursprünglich eine von der Linken verwendete selbstironische Redewendung zur Beschreibung der eigenen ,,puritanischen'' Lebensweise. In der momentanen politischen Auseinandersetzung, besonders an den amerikanischen Hochschulen, wird ,,political correctness'' als politischer Kampfbegriff der Konservativen und Neokonservativen verwendet.

Darüber hinaus ist das Angriffsziel der PC-Gegner jedoch ,,affirmative action''; das gesetzlich verankerte Gruppenrecht von Minoritäten auf gleiche Bedingungen in Erwerbsarbeit und Erziehung, das 1972 als Teil des Antidiskriminierungsgesetzes, des ,,Equal Employment Opportunity Act'' (EEOC) verabschiedet wurde. In Grays Grundsatzerklärung wurde gefordert, die Einstellungskriterien, die die Minderheiten berücksichtigen sollen, auf Bundesebene generell abzuschaffen. Bush hielt diese Überlegung für überdenkenswert und ließ mit dieser unentschlossenen Haltung eine Kontroverse zwischen rechten Kongreßabgeordneten und Bürgerrechtlern aufkommen. Dieser inszenierte Streit war ein geschickter Trick zu Wahlkampfzwekken. Denn weder die Republikaner noch die Demokraten haben Antworten auf die innenpolitischen Schwierigkeiten, aber immerhin hatte es nach Außen den Anschein, daß sich gerade die Republikaner mit den Ängsten und Problemen der weißen Arbeitslosen und der von der Arbeitslosigkeit bedrohten, annehmen würden. Bush, der letztlich diese Erklärung nicht unterschrieb, hielt sich im Hintergrund, während der rechte Flügel der Partei die ,,rassistische Karte'' vor der breiten Öffentlichkeit ausspielen konnte.



▶ Rechtes Experimentierfeld — der Campus ◀

An den Universitäten können sich seit den Antidiskriminierungsgesetzen von 1972 Studenten von Minderheiten dann einklagen, wenn ihrer Meinung nach ethnische, religiöse oder geschlechtsspezifische Merkmale bei der Nichtberücksichtigung eines Studienplatzes oder bei der Nichteinstellung in den Universitätsdienst eine Rolle gespielt haben.

Von diesem Gruppenrecht auf Gleichheit haben an den Universitäten in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren zahlreiche African-Americans, Latinos, Asians, Native, aber auch Lesben und Schwule Gebrauch gemacht, so daß sich auf den Campussen eine multikulturelle Gemeinschaft am deutlichsten entwickelt hat. In diesem Zusammenhang sind auch die Curricula ergänzt worden. Angeboten werden z.B. ,,Afro-American Studies, gay-studies, women's studies, native cultures'' u.a.m.

Gegen die Veränderungen wird nun seit Jahren eine aggressive Politik betrieben, die von zahlreichen rassistischen Aktionen untermauert wird.

Auf die rassistischen Aktionen reagieren verschiedene Universitätsbürokratien mit Anti-Diskriminierungsverboten. Jedes verbale oder physische Verhalten, das Individuen auf der Basis von Ethnie, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, nationaler Herkunft oder Behinderung diskriminiert, wurde untersagt. Darauf erhoben die Gegner von ,,affirmative action'' den Vorwurf: dies sei eine eindeutige Bestätigung eines ,,McCarthyismus der Linken''.

Die ,,Tyrannei der Minoritäten'' habe nicht nur die Lehrpläne umstrukturiert, sondern sei die innenpolitische Fortführung kommunistischer Ideologien: ,,Der Kommunismus ist tot, wird behauptet: mitnichten, er ist noch höchst lebendig und sieht einer glänzenden Zukunft entgegen, seit an den Universitäten der USA Departments von ‚womens studies', statt männlicher ‚Seminare' weibliche ‚Ovulare' angeboten werden...'' schreibt Daniele Sallenave, Chefredakteurin der in Kanada erscheinenden Zeitschrift ,,le messager européen''.

Einer der federführenden Vertreter der Konservativen in den universitären Auseinandersetzungen ist Dinesh D'Souza, der unter Ronald Reagan politischer Berater für Innenpolitik gewesen war. Sein im Sommer 1991 erschienenes Buch ,,Illiberal Education. The Politics of Race and Sex on Campus'' entwickelte sich schnell zu einem Bestseller. Wenn auch etwas verschoben, unterstreicht auch D'Souza die These von der ,,Schuld der Opfer'': Rassismus sei das Ergebnis der politisch-kulturellen Identität der minoritären Gruppen und die Erfahrung von Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht etc, ein Mythos. Aus dem Ergebnis und dem entzauberten Mythos von Diskriminierung schlußfolgert er schließlich, daß die Politik des Multikulturalismus

statt zu einer kulturellen Interaktion zu einer selbstgewählten Segregation der Minoritäten führe. Nach altbekannten Strickmustern werden, wenn nicht auf die gesellschaftlichen Ursachen rekurriert wird, gesellschaftliche Zusammenhänge wie Naturgesetze gedeutet. Die angebliche ,,Positive Diskriminierung'' stellt für die Gegner von ,,affirmative action'' eine ,,natürliche Konsequenz'' von Prinzipien dar, die Gruppengleichheit über die individuelle Gerechtigkeit stellt.

Zustimmung erhielt D'Souza nicht nur aus dem rechten Lager. Auch bekannte Altmarxisten wie E.D. Genovese, Professor für Geschichte, stimmen D'Souzas Grundtendenzen zu. Seine Ablehnung von ,,PC'' und Multikulturalismus gebärdet sich als linksradikale Kritik an der Demokratie. Er möchte den demokratischen Forderungen ,,Grenzen setzen'' und verlangt nach ,,einer hierarchischen Autorität in den Institutionen, die in der Lage sein soll den demokratischen Konsens zu zerstören.'' Genovese teilt die konservative Kritik am ,,Multikulturalismus'' auch deshalb, weil er sich davon eine Renaissance seines klassenanalytischen Konzepts erhofft. Er ist sich mit D'Souza darin einig, daß die Kategorie ,,race'' als analytische Kategorie untauglich ist, und argumentiert scharf gegen eine politische Praxis, die ein Bewußtsein entlang kultureller Identität miteinbezieht. Im Handstreich wird die konservative Intention eines, der gesellschaftlichen Realität enthobenen Individualismus durch einen abstrakten Begriff von Kollektivismus umgedeutet und die Kategorie ,,race'' und ,,class'' ersetzt. An der Seite der Konservativen kämpft dieser marxistische Dogmatismus gegen die multikulturelle Regenbogenfraktion und geht sogar soweit, deren Vertreter, wie Jesse Jackson, als ,,rechte Sektierer'' zu titulieren.

Umbesetzung im Justizapparat

Obwohl die Regierung von Ronald Reagan fast unüberwindlich hohe Staatsschulden hinterließ, Subventionen für öffentliche Einrichtungen kürzte, mit drastischen Einsparungen der Sozialhilfeleistungen das Haushaltsdefizit verringern wollte, das staatliche Versicherungswesen völlig vernachlässigte und den militärischen Bereich total überbewertete, war seine entscheidende politische Handlung in diesem Zusammenhang die Berufung von 425 Richtern an die Gerichtshöfe der Vereinigten Staaten. Mit dieser Ernennung sicherte er, daß auf der Ebene der Justiz die ,,race card'' gezielt eingesetzt wurde. In Reagans erster Amtsperiode waren noch nicht einmal 1 % der berufenen Richter Farbige. Unter Jimmy Carter nahmen zwischen 1977 und 1981 56 farbige Richter ihre Arbeit auf. Auch der Anteil der Richterinnen ist bis auf ein Minimum gesunken. Unter Carter wurden noch elf Frauen, unter Reagan nur noch eine Frau an den Bundesgerichtshof berufen.

Die Reagan/Bush Administration hielt sich auf der Justizebene in keinster Weise an die Vorstellungen von ,,affirmative action''. Als Präsident verfolgte Bush nach innen eine Politik gegen die Minderheiten und nach außen vertrat er eine Pseudo-Harmonie mit den Minderheiten. Ein entscheidendes Ereignis für diese Politik war die Ernennung des Parteifreundes Clarence Thomas als Vertreter der Afro-Americans in den obersten Gerichtshof. Thomas trat die Nachfolge des ebenfalls liberalen Thurgood Marshall an, der noch mit Absprache verschiedener Bürgerrechtsgruppen berufen worden war. Mit dieser Nominierung gelang es Bush, einen Keil zwischen Frauenrechtlerinnen und schwarze Bürgerrechtsgruppen zu treiben, weil Thomas als Schwarzer zwar formal berücksichtigt wurde, sich aber z.B. inhaltlich öffentlich gegen den Feminismus geäußert hatte. Unter Reagan leitete Thomas das ,,Equal Employment Opportunity Comitee'' (EEOC) das seit 1972 für die Kontrolle von ,,affirmative action'' zuständig ist. Selbst konservative Politiker behaupten, daß unter der Leitung von Thomas dort eine Periode der internen Reformen begonnen hätte. In der zweiten Hälfte der Reaganära veränderte das EEOC ohne Zustimmung des Kongresses seine Politik dahingehend, daß es nicht mehr die statistische Unterrepräsentanz von Minoritäten anerkannte. Das Recht von Minoritäten, als Gruppe gleichbehandelt zu werden, wurde zugunsten des Rechts der Gleichbehandlung von Individuen betont. Danach sollten nur noch ,,deutlich identifizierte Opfer von Diskriminierung'' unterstützt werden. Konkret bedeutet dies, daß letztlich die Opfer selbst den Nachweis erbringen müssen, daß sie diskriminiert werden. In seiner neuen Funktion als oberster Richter würde nun Clarence Thomas in Streitfällen um gesetzliche Gleichbehandlung als letzte und ausschlaggebende Instanz entscheiden. Kein Wunder also, daß eine Protestwelle fast alle großen ,,civil rights''-Organisationen ergriffen hat. Der verhaltenen Kritik der Demokraten an der Ernennung von Thomas begegnete Bush mit dem Hinweis: auch wenn er den Demokraten politisch nicht passe, so sei Thomas doch schließlich ein Enkelkind ehemaliger schwarzer Sklaven aus den Südstaaten. Diese politische Haltung Bushs wurde von schwarzen Bürgerrechtlern mit einem Begriff des 1965 ermordeten radikalen Führers der ,,Muslim Mosque'', Malcom X kommentiert: ,,Tricknology'' (man gibt etwas, ohne etwas zu geben.) ■

Für die zahlreichen Informationen und wichtigen Diskussionen zu diesem Thema möchte ich mich bei Doris Kunz (Berlin, Santa Cruz) bedanken. Gekürzte Fassung eines Beitrags, der in der internationalen StudentInnenzeitung ,,Perspektiven'' (Co/o ASTA der J.W.G. Universität, 6000 Frankfurt/M.) erschienen ist.

Rassistische Kapuzenmänner: der ,,KuKluxKlan"

Rassistisches Gedankengut als Programm verkörpert der ,,KuKluxKlan" (KKK), der vor über einem Jahr von den USA aus, auch in Westeuropa — wieder — Fuß gefaßt hat. In den USA ist der KKK ein aus etwa 20 voneinander unabhängigen Organisationen bestehender Geheimbund mit übereinstimmenden Ritualen für sein militantes Vorgehen gegen Farbige, Juden und Andersdenkende einschlägig bekannt.

Begonnen hat die Geschichte des KKK am 24. Dezember 1865. An diesem Weihnachtsabend gründeten in Pulaski/Tennessee sechs arbeitslose Offiziere der geschlagenen konföderierten Armee den KKK, der sich im Laufe der Jahre zu der aktivsten US-amerikanischen Terrororganisation entwickelte: Ziel war und ist die ,,weiße Vorherrschaft". Auf dem Höhepunkt seiner organisatorischen Stärke im Jahre 1924 umfaßte der KKK rund fünf Millionen Mitglieder, von denen viele in den dreißiger Jahren die Fünfte Kolonne Nazi-Deutschlands in den USA bildeten. Derzeit gehören rund 6000 US-Amerikaner dem Klan an, dessen Sympathisantenszene auf 200000 Köpfe geschätzt wird.

Ins Schlaglicht der Weltöffentlichkeit geriet der Klan als David Duke, ehemals Grand Wizard (Großer Hexenmeister) der ,,Knights of the KuKluxKlan", im September 1991 zu den Gouverneurswahlen im US-Bundesstaat Louisiana antrat, und nur knapp verlor.

Im gleichen Monat machte sich Dennis Mahon, Grand Dragon (Großer Drachen) der ,,White Knigths of the KuKlux Klan" , einer kleineren KKK-Organisation in den US-Bundesstaaten Missouri und Oklahoma, auf, um in der BRD für den KKK zu werben und deutsche Neonazis zu ermuntern, Ausländer anzugreifen. Im Organ seiner KKK-Organisation, ,,White Beret", (Nr. 1/92) zählt Mahon stolz die Stätten seiner Propagandatournee auf: (vom 25. September bis 3. Oktober) Frankfurt, Berlin, Sachsenhausen (das dortige KZ-Gelände vergleicht er mit dem Hilton-Hotel), Königs Wusterhausen, Saarbrücken (Teilnahme an einem Konzert der neonazistischen Skin-Kult-Band ,,Skrewdriver"), Nürnberg, Dresden, Berlin. In einem Interview mit dem Schweizer Skinhead-Zine ,,Totenkopf" im Frühjahr 1992 prahlt der ehemalige Nationalgardist, der schon 1987 enge Verbindungen zur Skinhead-Szene in seinem Heimatland knüpfte, damit, Kontakte zu rechtsextremen Gruppen ,,in Südafrika, England, Osteuropa, Ungarn, Deutschland und Italien" zu unterhalten: ,,Wir arbeiten auch mit über hundert White-Power-Gruppierungen in den USA und Canada zusammen." Mahon, dessen Saat in der Bundesrepublik auf reifen Boden gefallen ist, weiter an seine Gesinnungskameraden: ,,Wenn es Europa nicht fertig bringt, 100-% weiß zu werden, wird unsere Rasse untergehen."

Geworben werden KKK-Aktivisten im deutsch-sprachigen Raum überwiegend in neonazistischen Skin-Kreisen. Anzeigen und Interviews mit Klan-Führern, umgeben von flammenden Kreuzen und Maschinengewehren, finden sich in verschiedensten Skin-Zines. Im österreichischen Skin-Zine ,,Stahlfront" (Nr. 4/1991) nennt der Berliner Neonazi Carsten Szczepanski, Grand Dragon der ,,White Knights of the KuKluxKlan-Realm of Germany" Ziele und Zukunftspläne des KKK: ,,Unsere Zukunftspläne für die nähere Zukunft sind: Ausbau der Gruppe / Aufbau von Bürgerwehren. Unsere Ziele sind: Schaffung eines deutschen Deutschlands ohne Verniggerung / gegen Rassenvermischung / gegen die verjudete Politik / gegen Fremdvölker / gegen Hetze aus Presse, Funk und Fernsehen. Wir kämpfen für ein sicheres und schöneres Leben für alle Deutschen."

Klan-Aktivitäten sind nichts Neues in der Bundesrepublik — existierten doch schon anfang der achtziger Jahre im Rhein-Main-Gebiet Verbindungen zwishen deutschen Neonazis und Klan-Aktivisten bei der US-Army. Bis Dezember 1982 warb beispielsweise die Klan-Organisation ,,Invisible Empire. Knights of the KuKluxKlan", eine der größeren US-amerikanischen KKK-Vereinigungen, die auch mit der spanischen Neonazi-Truppe ,,CEDADE" zusmmenarbeitet, über eine Postlageradresse in Wiesbaden für sich. Erschienen ist die Anzeige mehrfach in der rechtsextremen Postille ,,Bauernschaft" des notorischen Holocaust-Leugners und Alt-Nazis Thies Christophersen.

Neu ist dagegen, daß militante Ausländerfeindlichkeit und blanker Rassenwahn Skinheads und Neonazis in den 90iger Jahren zusehends zu einem homogenen Gebilde verschmelzen, das sich unter der Symbolik des KuKluxKlan wiederfinden könnte.

So bezeichnete Michael Kühnen, die Rassenfanatiker des ,,KuKluxKlan" in seinem Buch ,,Die zweite Revolution" als ,,unsere Brüder". Die Ausgabe Juli/August 1992 der ,,Nachrichten der Hilfsgemeinschaft nationaler politischer Gefangener " (HNG) dokumentiert das internationale ,,Hand in Hand gehen" von Neonazis und KKK. Aufgeführt wird in der HNG-Gefangenenliste" u.a. das französische KKK-Mitglied Olivier Devalez, über dessen Haftbedingungen Patrick Crost, führender Klan-Kader in Frankreich, in der gleichen Ausgabe informieren darf. Selbstredend inseriert die neonazistische HNG auch im ,,Rundbrief des Kameradenkreises der Knights of the KuKluxKlan" (Bielefeld), ,,Der Schlageter". In der vorliegnden Ausgabe Nr. 5 wurde von den Kapuzenträgern u.a. zum diesjährigen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch aufgerufen und ausführlich aus der ,,Jungen Freiheit" einem Organ rechtsextremer bundesdeutscher JungakademikerInnen zitiert.

Material über Klan-Aktivitäten wird vorrangig über Skin-Verlage vertrieben — beispielsweise über den Bruchsaler ,,Endsieg"-Verlag des Skins Andreas Gängel. Angeboten wird u.a. ein Videofilm ,,KuKluxKlan und Skins in den USA" in französischer Sprache. Gängel, Mitglied der ,,Nationalistischen Front" (NF), gegen deren Vorsitzenden Meinolf Schönborn der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verabredung eines Verbrechens eingeleitet hat, dazu: ,,Als ich den Video vom KKK anbot, war ich auf den Ansturm nicht gefaßt."

Der Generalbundesanwalt hat im Februar d.J. gegen 4 Personen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der Gründung einer Teilorganisation des KKK auf deutschem Boden bzw. der mitgliedschaftlichen Beteiligung an dieser Vereinigung (§ 129 a, Abs. I StGB) eingeleitet. Es richtet sich u.a. gegen den Neonazi Carsten Szczepanski, in dessen Wohnung im Dezember 1991 u.a. vier Rohrbombenkörper sowie chemische Substanzen sichergestellt wurden, die zur Herstellung von explosivfähigen Selbstlaboraten geeignet sind. Bei Exekutivmaßnahmen des Bundeskriminalamtes am 26. Mai d.J. wurden insgesamt 21 Objekte in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Berlin durchsucht, sowie Beschuldigtenvernehmungen durchgeführt. Bei allen Beschuldigten wurden Unterlagen gefunden, die eine Zugehörigkeit zum KKK belegen. In sichergestellten Rundschreiben an die ,,Klanmänner" werden diese aufgerufen, sich darauf einzustellen, in den Untergrund zu gehen und sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten.

ANTON MAEGERLE

HANS-ERNST SCHILLER

Sprache, Nation und Utopie

Auf 1943 ist in der Gesamtausgabe der Blochschen Werke ein Text datiert, der sich mit Fichtes Reden an die deutsche Nation befaßt. Er hat zum unmittelbaren Ziel, einem Mißbrauch Fichtes durch die nationalsozialistische Propaganda entgegenzutreten, mehr noch, den Spieß umzudrehen, und Nazi-Deutschland vor den Richtstuhl des Fichte'schen Idealismus zu ziehen. Fichte hatte die Reden im Winter 1807/1808 in Berlin gehalten, also nach der desaströsen Niederlage Preußens gegen Napoleon. Bloch nun betont die Kontinuität von Fichtes, noch der Französischen Revolution verpflichteten kosmopolitischen Einstellung, mit der sein neu erworbener Patriotismus durchaus vereinbar sei. Tatsächlich fordert Fichte unter dem Titel einer Nationalerziehung die Ausbildung einer universell gültigen Sittlichkeit, die sich dann über die ganze Menschheit ausbreiten solle. Dieser Plan wird vorgetragen in einem hochgespannten Pathos der Utopie, das dem Blochschen in nichts nachsteht. Beschworen wird ,,die Morgenröte der neuen Welt", verkündigt wird der Beginn eines neuen Lebens, gefordert ,,die Verbesserung und Umschaffung des gesamten Menschengeschlechts". Auch die von Haus aus ,,linke" Idee der Gleichheit ist im utopischen Pathos eingeschlossen.

All dies mag Bloch verleitet haben, das Problematische zu übergehen und Fichte viel zu weit entgegen zu kommen. Blochs Behauptung, die Übereinstimmung von deutschem Nationalcharakter und Humanität beziehe sich auf nichts Vorhandenes, sondern sei einzig normativ, läßt sich jedenfalls nicht halten. In seiner letzten Rede versichert Fichte den Deutschen: ,,Ihr seid es unter allen neueren Völkern, in denen der Keim der menschlichen Vollendung am entschiedensten liegt, und denen der Vorschritt in der Entwicklung derselben aufgetragen ist." Damit ist zwar sicher nicht jede deutsche Vorhandenheit legitimiert, aber doch ein klarer ontologischer Vorrang ausgesprochen, wenn irgend der Keim, die Anlage, ein Seinsbegriff ist. Nicht in jeder Erscheinung, wohl aber im Wesen sind Deutschheit und Menschheit identisch. Die Fichte'sche Verknüpfung von Besonderheit und universeller Geltung wird damit zur ungeheuersten Prätention. Nicht mehr gleichberechtigte Nationen stehen neben einander, sondern in der deutschen Nation steht die Sache der Menschheit gegen Kollektive, die den Titel ,,Nation" nach Fichte streng genommen gar nicht verdienen. ,,Die geistige Natur", so Fichte wiederum in der letzten Rede, ,,vermochte das Wesen der Menschheit nur in höchst manigfaltigen Abstufungen an einzelnen und (...) an Völkern darzustellen." Aus dem wesensmäßigen Vorrang der Deutschen ergibt sich die Forderung nach einer ,,Weltherrschaft des deutschen Geistes". Daß es beim Geist nicht sein Bewenden haben muß, zeigt Fichtes Überzeugung, daß

J.G. Fichte

ohne die Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit deutsche Sprache und deutscher Geist in längstens zwei Generationen verschwunden sein werden.

Diese Versicherung ist Teil einer Bedrohungsrhetorik, die die *Reden* insgesamt durchzieht; diese Rhetorik wiederum gehört — gerade solche Erkenntnisse kann uns der Blick in die Geschichte vermitteln — zum eisernen Bestand des nationalen Diskurses. Dabei war damals die Angst vor der Auslöschung des deutschen Volkes genauso irreal wie in diesem Jahrhundert die immer wiederkehrende Schreckensvision, das deutsche Volk sterbe aus. Als ,,erste Aufgabe" verkünden die *Reden*, ,,das Dasein und die Fortdauer des Deutschen schlechtweg zu retten" — und das in einer Situation, in der bestenfalls die Existenz des preußischen Staates bedroht war — und durch den russischen Zaren gerettet wurde. (Auch Blochs entschuldigende Erklärung, die Nation sei damals fast verschollen gewesen, hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun.)

Das Irreale solcher Ängste verlangt nach einer Erklärung, die zunächst psychologisch ansetzen muß. Die Psychoanalyse belehrt uns, daß Verschmelzungs- und Größenphantasien, zu denen ein geschwächtes Ich in der Idealisierung der Nation gelangt, eine Regression darstellen, die zugleich Ängste vor Strafe und Auflösung erzeugen muß. So hilfreich Überlegungen dieser Art sein mögen — wir dürfen nicht vergessen, daß Ichschwäche nicht bloß ein psychischer Mechanismus ist, sondern gesellschaftlich produziert: die Ichstärke, die von der bürgerlichen Gesellschaft gefordert und vorausgesetzt wird, ist für viele aus objektiven Gründen unerreichbar. Die Angst um die eigene Existenz ist in der Konkurrenzgesellschaft des modernen Kapitalismus Realangst, die freilich unter den Bedingungen falschen Bewußtseins mit verblüffender Leichtigkeit in das Gefühl, als Kollektiv in seiner Existenz bedroht zu sein, verwandelt oder mit ihm verbunden werden kann. Schließlich mündet, wie die Erfahrung sattsam lehrt, das Spiel mit der Angst in der Verbreitung des Schreckens.

Heute wie zu Fichtes Zeiten ist es das Fremde, das die Angst und die mit ihr verbundene Wut auf sich zieht. Fichte jedenfalls will warnen vor dem ,,Untergang unserer Nation im Zusammenfließen desselben mit dem Auslande." Xenophobie treibt ihn in den Kampf gegen ,,Ausländerei" — eine Wortprägung, die schwerlich als gutes Deutsch gelten kann. Zurückhaltung, ja Angst vor dem Fremden ist eine zunächst ganz normale und lebensdienliche Reaktion. Bleibt es dabei, erstarrt die Angst zur Unfähigkeit, Fremdes an sich heran und in seinem Recht gelten zu lassen, und legitimiert sie schließlich der Geist, so sind Defekte in der Realitätswahrnehmung bald unvermeidlich. Nach Fichte ist es die auszeichnende Eigentümlichkeit der Deutschen, sich rein erhalten zu haben. Davon kann natürlich auch

im Hinblick auf die Sprache, die nach Fichte eine Nation konstituiert und charakterisiert, keine Rede sein. Was nun speziell die deutsche Sprache aufgrund ihrer Unvermischtheit auszeichnen soll, ist zunächst ihr philosophischer Sinn, sodann ihre Lebendigkeit, ihre Lebensverbundenheit. Aus diesem Charakteristikum folgt u.a. ein bestimmtes Verhältnis von Individuum, Besonderheit und Allgemeinheit, das ich kurz skizzieren will.

Sprache ist dem Einzelnen zunächst immer vorgeordnet. „Nicht eigentlich redet der Mensch", sagt Fichte, „sondern in ihm redet die menschliche Natur und verkündigt sich andern seinesgleichen." Im Vorrang des Allgemeinen zeigt sich so das verbindende Element der Sprache. Vorrang des Allgemeinen ist hier Vorrang der Gattungszugehörigkeit. Aber der Einzelne zeigt nicht nur sein Menschsein dadurch, daß er überhaupt spricht, sondern er spricht in einer besonderen Sprache. In der Besonderheit der Sprache aber spricht sich nicht der Einzelne oder seine Menschlichkeit, sondern das Volk als eine dem Einzelnen vorgeordnete Größe aus. Dies ist nun aber drittens, jedenfalls im Deutschen als der eigentlich lebendigen Sprache, immer noch nicht die ganze Wahrheit, denn: „die Sprache redet sich nicht selbst, sondern wer sie gebrauchen will, muß eben selber nach seiner Weise, und schöpferisch für sein Bedürfnis, sie reden."

Es gibt also eine Rückwirkung des Individuums auf die Sprache und damit auch auf den Nationalcharakter selbst. Dies ist nun, immer nach Fichte, mit den Werken und der Wirksamkeit des Individuums insgesamt der Fall; Sprache ist das Modell des Verhältnisses von Einzelnem, Besonderem und Allgemeinem. Und nun beginnt bei Fichte, ausgehend von der Behauptung, daß das Individuum für seine Selbstverwirklichung eine irdische Dauer, eine irdische Ewigkeit erstreben muß, ein Gedankengang, an dessen Ende die Verherrlichung des Heldentods steht. Den Weg von der bürgerlichen Selbstverwirklichung zum Kriegerdenkmal zu untersuchen, dürfte auch heute, da das nationale Opfer nach wie vor gefordert wird, nicht gänzlich überflüssig sein; hier mag es genügen festzustellen, daß bei Fichte aus dem allgemeinen Begriff der Sprache mit Hilfe der Reinheitsfiktion eine Charakteristik des Deutschen hervorgesponnen wird, die gerade unter steilster idealistischer Berufung auf eine universalistische Ethik und auf menschliche Bildung das Vorrecht der deutschen Nation und das nationale Opfer der Individuen begründet.

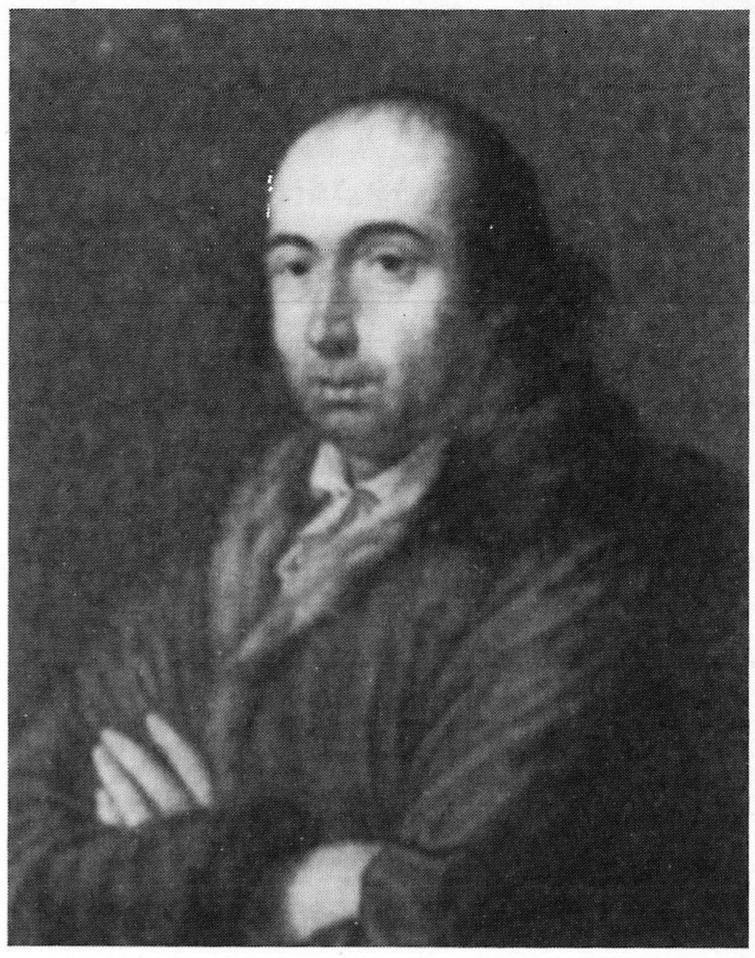
II

Den Versuch einer ganz anderen Lösung der Widersprüche im Koordinatensystem von Individuum, Nation und Menschheit finden wir bei Wilhelm von Humboldt, dem ich mich jetzt zuwenden will. Seine sprachphilosophischen Überlegungen stehen zudem zu empirischen Befunden in einem weit engeren Kontakt, als dies bei Fichte der Fall ist. Das läßt ihn klar die Schwierigkeiten der These erkennen, daß Sprache eine Nation konstituiert und charakterisiert. So hält Humboldt auf der einen Seite am metaphysischen Begriff eines ursprünglichen Nationalcharakters fest, der sich in der Sprache ausprägt und in Wechselwirkung mit ihr entfaltet. Auf der anderen Seite entschärft er diese Konstruktion, indem er die Einheit von Sprache und Nationalcharakter in die Gegend eines Kantischen Ding an sich befördert: beide, Sprache und Nationalcharakter gehen zugleich aus unerkennbarer Tiefe des Gemüts hervor.

Die letztliche Unauslotbarkeit der Nationalcharaktere dient hier nicht als Ausrede, um bestehende Abneigungen der Reflexion zu entziehen und Vorurteile zu befestigen. Humboldt möchte vielmehr die Nationalcharaktere und ihren Zusammenhang mit der Sprache der empirischen Forschung überantworten und zugleich deren Ergebnisse kritisch relativieren. Wenn es schon nicht möglich ist, die Tiefen der Nationalcharaktere auszuleuchten, dann hat man sich bitte auch mit Urteilen über ihn zurückzuhalten und muß sich hüten, praktische Schlußfolgerungen aus der vermeintlichen Erkenntnis zu ziehen. „Wer nur je mit Ernst über Nationalcharaktere nachgedacht hat", so schreibt er 1809 in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines diskriminierenden Judengesetzes für Preußen, „der wird wissen, wie wenig bei ihrer Beurteilung diejenige Erfahrung leistet, auf die man sich gewöhnlich beruft (...) und wie endlich die Resultate so werden, daß ein vorsichtiger Mann selten allein danach Handlungsweisen bestimmen, ein gewissenhafter aber nie Erteilung oder Verweigerung von Rechten daran knüpfen wird."

Jede nationale Verschiedenheit ist demnach einem praktischen Prinzip untergeordnet, dessen Geltung universell ist. Dieses Prinzip beseht darin, „den Menschen bloß darum zu achten, weil er Mensch ist". Es ist der „höhere Begriff der Menschlichkeit", der erst „der neuesten Zeit", also der Moderne, angehört, und den Humboldt so umschreibt: Prinzip der Menschlichkeit sei „das Bestreben, die Grenzen, welche Vorurteile und einseitige Ansichten aller Art feindselig zwischen die Menschen stellen, aufzuheben, und die gesamte Menschheit, ohne Rücksicht auf Religion, Nation und Farbe, als einen großen, nahe verbrüderten Stamm zu behandeln."

Wichtig in unserem Zusammenhang ist die Tatsache, daß man dieses Prinzip auch der Sprache gleichsam ablauschen kann, daß es jedenfalls mit ihren Grundstrukturen übereinstimmt. Sprache ist ja nicht nur die Besonderheit eines Wortschatzes mit seiner Grammatik. Sprache ist immer auch individuelle Ausgestaltung in Ton und Wortwahl und sie ist etwas Allgemeines, das dem ganzen Menschengeschlecht angehört. Deshalb ist die Besonderheit des Nationalen in der Sprache zweifach begrenzt: durch die Einzelnen und durch das Allgemeine. Auf der einen Seite ist die Sprache den Individuen



J.G. Herder

gegenüber nicht nur ein Selbständiges, sondern sie existiert nur durch die sie sprechenden Menschen. Das, was Fichte nur für das Deutsche gelten lassen wollte, die Rückwirkung des Individuums auf die Sprache, gilt nach Humboldt allgemein. Auf der anderen Seite ist jede Sprache auch Manifestation der Menschheit im allgemeinen. Die Grundfunktionen der Sprache sind in allen Sprachen dieselben: die allgemeinen Gesetze des Denkens und die Einerleiheit der Sprachwerkzeuge setzen ihrer Verschiedenheit Grenzen. Hält man beides, diesen Gattungscharakter und jene Individualisierung zusammen, so kann man, meint Humboldt, „ebenso richtig sagen, daß das ganze Menschengeschlecht nur eine Sprache als daß jeder Mensch eine besondre besitzt."

Natürlich ist diese Formulierung zugespitzt, die Ebene der Besonderung kann — und soll natürlich auch nicht — liquidiert werden. Die Weltansicht, die jede Sprache ist, ist wie die Sprache überhaupt Manifestation der einen Menschheit, ihrer allgemeinen Fähigkeiten. Jede Nation stellt in der Sprache, die sie spricht, das menschliche Wesen und seine Möglichkeiten auf eine bestimmte, und somit freilich auch beschränkte Weise dar. Sie muß sich dieser Beschränkung bewußt werden, denn sie bedarf der Vervollständigung durch die ihr fremden Weltansichten. Indem jede einzelne Sprache ihre geistige Eigentümlichkeit ausbildet und in wachsenden Austausch mit den anderen tritt, die sich ebenso differenzieren, vervollkommnen sie gemeinsam die Darstellung unserer Gattung und steigern das Bewußtsein ihres Wesens.

Wechselseitige Ergänzung durch Ausbildung des Eigentümlichen — das ist es, was man Humboldts Utopie der Nationen nennen könnte. Sie verlangt die Bewahrung aller Besonderheiten, natürlich auch der regionalen, gegen die nivellierenden Tendenzen unserer Moderne, die von Humboldt scharf gesehen wurden, aber sie verlangt doch zugleich auch Offenheit: „Das Bewahren der Nationalität ist nur dann wahrhaft achtungswürdig, wenn es zugleich den Grundsatz in sich faßt, die scheidende Gren-

ze immer feiner, und daher immer weniger trennend zu machen, sie nie zu beengender Schranke werden zu lassen. Denn nur dann fließt es aus einem wirklichen Gefühl für die Veredlung des Individuums und der Menschheit her, welche das letzte Ziel alles Strebens sind.“ Sicher erscheinen solche Sätze uns Heutigen, die wir auf das Elend der Industrialisierung und der Barbarei zweier Weltkriege zurückblicken, als hoffnungslos naiv und realitätsfern, eben als ,,idealistisch“. Immerhin aber eignen sie sich nicht zur Vergötzung des Nationalen. Auch sein Wert ist für Humboldt doppelt beschränkt: durch den des Individuums, um dessen Bildung es geht, und durch die Idee der Menschheit, die keiner Nation einen Vorrang zuspricht.

▶ III ◀

Ich wende mich nun zu Herder, der, wie bekannt, die Grundlagen für alle späteren Theorien über das Verhältnis von Sprache und Nation gelegt hat. Hier will ich jedoch nicht mehr diesem Verhältnis und der Beziehung zwischen Individuum, Nation und Menschheit nachgehen, sondern auf einen anderen Zusammenhang aufmerksam machen, den von Nation und Moderne. Bei Herder wird am deutlichsten, was sich auch bei Fichte und andeutungsweise selbst bei Humboldt findet: daß das nationale Bewußtsein einen Protest gegen und eine Kritik an den Realabstraktionen der Moderne enthält. Ohne dieses Element dürfte ihm die ungeheure Wirksamkeit nicht zugekommen sein, die es seit nunmehr gut 200 Jahren bewährt.

Sehen wir zunächst auf Herders Kritik der Moderne. Er leugnet ihre Fortschritte nicht, beklagt aber vernehmlich ihre Kosten: ,,Freiheit, Geselligkeit und Gleichheit, wie sie jetzt überall aufkeimen — sie haben in tausend Mißbräuchen Übles gestiftet und werden's stiften.“ Es läuft nämlich der Fortschritt darauf hinaus, uns der Sinnlichkeit hin ,,zu einer höheren Abstraktion im Denken, Wollen, Leben und Tun zu entwöhnen.“ So werden einerseits die Ideen der Menschlichkeit verallgemeinert, andererseits aber die Fähigkeit zu konkreter Anteilnahme und Hilfe geschwächt. So ist die bürgerliche Gleichheit untrennbar von Gleichgültigkeit, denn sie isoliert. Die Freiheit dieses Zeitalters ist abstrakt, denn sie beruht auf der ,,Auflösung der sinnlichen starken Bande der alten Republiken und Zeitalter“. An ihre Stelle tritt ,,das Abstraktum ganzer Staaten“. Der technische Fortschritt, der so wohltätig ist, macht zugleich die Arbeitsprozesse und ökonomischen Verflechtungen für die Mehrzahl völlig unübersehbar.

Der Kernpunkt Herder'scher Kritik an den universalistischen Prinzipien der Moderne besteht darin, daß sie zu abstrakt sind, um tatsächlich wirksam werden zu können. Eben deshalb eignen sie sich zur Verschleierung ganz anderer Wirklichkeiten, die vom Prinzip kaltherziger Berechnung, der Versachlichung diktiert sind: ,,In Europa ist die Sklaverei abgeschafft, weil berechnet ist, wie viel diese Sklaven mehr kosten und weniger brächten als freie Leute“. Die Universalität, die die Philosophen reklamieren, wird in der Wirklichkeit des Kolonialismus mit Füßen getreten: ,,Nur eins haben wir uns noch erlaubt, drei Weltteils als Sklaven zu brauchen, zu verhandeln, in Silbergruben und Zuckermühlen zu verbannen.“

Wichtig für unseren Zusammenhang ist nun die Tatsache, daß bei Herder die Nation ein Gegengewicht zur Abstraktion der Moderne darstellen soll, indem sie unter familiären Begriffen verstanden wird. Die Familiarisierung ihrerseits bewerkstelligt in Herders Augen eine Naturalisierung des Begriffs Nation. Aber diese Naturalisierung zielt nicht auf Blut und Boden, sondern auf einen normativen Begriff von Natur: ,,Alle Staaten entstanden spät, und noch später entstanden in ihnen Wissenschaften und Künste; aber Familien sind das ewige Werk der Natur, die fortgehende Haushaltung, in der sie den Samen der Humanität dem Menschengeschlecht einpflanzet und selbst erziehet.“ Indem Herder die Nation in der Familie begründet sieht, will er sie einer Ethik konkreter Solidarität verpflichten, wie sie etwa in der Brüderlichkeitsparole der Französischen Revolution zum Ausdruck kam.

Brüderlichkeit als Binnenmoral der Nation soll nach Herder auch zum Muster der internationalen Verhältnisse werden. Wie die Familie ethisches Vorbild der Nation ist, so kann die Nation die Schule internationaler Solidarität sein — die Völkerfamilie als Utopie der Nationen. Nur die Staaten, die Herder politische Maschinen nennt, und ihre Kabinette sind Antagonisten. Im Sinne des Brecht'schen ,,Sprechen erst die Völker selber...“ fährt er fort: ,,Nicht so rücken Vaterländer gegeneinander, sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familien bei. Vaterländer gegen Vaterländer im Blutkampf ist der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache.“ Wie bei Fichte die Utopie höherer Sittlichkeit, bei Humboldt die wachsende Ergänzung der Besonderheiten, so verbindet sich bei Herder mit dem Begriff der Nation die Utopie konkreter Ethik und die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden.

▶ IV ◀

Mißt man die historischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts an den Versprechungen, die sich bei den philosophischen Theoretikern der Nation mit deren Begriff verbanden, so ist die Bilanz schlicht verheerend. Nichts ist von ihnen geblieben als die Propagandaphrase und eine sie dementierende Wirklichkeit. Nicht Friede und friedvolle Ergänzung der Verschiedenheiten, sondern Massenschlächtereien ungekannten Ausmaßes; Brüderlichkeit auch nicht als Binnenmoral, sondern Fortschritt der Realabstraktion, der Entfremdung, der Kluft zwischen Arm und Reich. Nicht menschheitsfördernde Sittlichkeit, sondern kollektiver Egoismus hat sich als der reale Kern des Nationalismus entpuppt — wobei es übrigens wenig verschlägt, wenn sich einige dieser Egoismen zu einem größeren Kollektiv verbinden. Der Nationalismus, verstanden als affirmative Theorie der Nation und als gängiges Nationalbewußtsein, hat sich als Utopie nur verkleidet; sein Kern ist eine Ideologie, die freilich auf utopische Energien angewiesen war, sie gebunden hat und immer noch zu binden imstande ist.

Hier können sich die Bestimmungen bewähren, die Ernst Bloch zum Verhältnis von Utopie und Ideologie gegeben hat. ,,Die jeweiligen Produktionsverhältnisse erklären“, so heißt es in *Das Prinzip Hoffnung*, ,,wieso es zu den jeweiligen Ideologien (...) gekommen ist, aber die jeweiligen Verwirrungen am Humanum der jeweiligen Produktionsverhältnisse machten eine Anleihe bei der utopischen Funktion notwendig, um die angegebenen Ergänzungen mit ihrem kulturellen Überschuß überhaupt bilden zu können. (...) Ohne die utopische Funktion ist überhaupt kein geistiger Überschuß übers jeweils Erreichte und so Vorhandene erklärbar, sei dieser Überschuß auch noch so voll von Schein statt von Vor-Schein.“

E. Bloch

Um eine Ideologie im prägnanten Sinne handelt es sich beim Nationalismus: um ein falsches Bewußtsein über die Wirklichkeit — die nämlich des modernen Staates in einer vom Tauschwert beherrschten Gesellschaft. Das Falsche des Nationalismus besteht nicht darin, das Eigene überzubewerten, die Falschheit ist keine Frage der Quantität, sie ist überhaupt nicht nur eine Frage der Wertung, sondern v.a. eine theoretische, eine Frage der Realitätssicht. Die Falschheit besteht im Kern darin, die Nation als eine dem Staat vorgeordnete, einheitsstiftende Entität zu denken — ob man sie in der Sprache oder der Kultur, in der Rasse oder im Willen begründet sieht, macht da keinen Unterschied. Theoretisch landen alle diese Bestimmungen in Sackgassen — Recht behält ein erfolgreicher Pragmatiker des Nationalismus, der polnische Marschall Pilsudski, mit der überraschenden Einsicht:

der Staat macht die Nation, nicht die Nation den Staat.

Es wäre Aufgabe einer aktuellen, kritischen Theorie des Nationalen, zu zeigen, daß all die utopischen Gehalte und unerfüllten Wünsche, die sich mit ihm verbunden haben — vom Recht der Selbstbestimmung über soziale Gleichheit und konkrete Ethik bis zur befruchtenden Vielheit der Kulturen und Weltansichten — über das Nationalbewußtsein (der Nation als vorstaatlich konstituierter Entität) und seine Wirklichkeit (den modernen kapitalistischen Staat) hinausweisen und nur gegen sie verwirklicht werden können. Soll man diesem Zukunftsbild noch den Begriff der Nation indizieren? So verfährt, überraschenderweise, Ernst Bloch in *Erbschaft dieser Zeit*. Im selben Artikel (Mythos Deutschland), in dem er das Nationalgefühl als den Versuch erkennt, ein gekränktes Selbst durch Identifikation mit dem mächtigen Volk zu stärken; in dem er die Parole ,,Die Proletarier haben kein Vaterland'' verteidigt; in dem er feststellt, daß die Nation in Westeuropa längt nicht mehr ein revolutionärer Faktor ist, sondern imperialistisch-aggressiv — in eben diesem Text also operiert er mit einem Begriff ,,echter Nation'', die erst in einer klassenlosen Gesellschaft freigesetzt werden könnte.

Die Nation dürfe, so sagt Bloch zur Begründung, nicht bloß als Ideologie, sondern müsse auch als Wirklichkeit aufgefaßt werden. Das ist sicher richtig, aber man darf nicht vergessen, daß es sich um eben jene schlechte, widersprüchliche Wirklichkeit handelt, die Bloch soeben angegriffen hat. Die nationalistische Einheitsideologie hat ohne Zweifel Fundamente in der Wirklichkeit: noch der letzte Marschierer kann auf einen Vorteil hoffen, wenn die Unterjochung oder Ausnützung fremder Völker gelingt; jedenfalls aber muß er sich in Krieg und Wirtschaft effektiv gebrauchen lassen.

Nicht diese Wirklichkeit hat Bloch im Auge, wenn er von ,,echter Nation'' spricht, sondern die kulturelle und sprachliche Besonderheit. Aber jeder Rheinländer, der einem Gespräch schwäbischer Eingeborener zu folgen versucht; jeder arme Schlucker, den es in eine Vergnügungsveranstaltung der Upper-ten verschlägt, begreift auf Anhieb, daß kulturelle und sprachliche Besonderheiten wenig oder jedenfalls nicht vorrangig mit der Wirklichkeit zu tun haben, der die Bezeichnung Nation im modernen Sinn zukommt. Bloch hat auch weder die Mundarten, die auf dem Rückzug sind, noch die kulturellen Differenzierungen, die der empirischen Soziologie zu überantworten wären, sondern ,,das alte Deutschland'' im Sinn, das durch eine Kultur spekulativer Innerlichkeit gekennzeichnet sei. Mögen nun auch Meister Eckhart und Jocob Böhme in der Tat, wie Bloch schreibt, zu ,,den wichtigsten Observationen (...) auf das herauszuprocessierende menschliche Gesicht'', die Realisierung der Humanität, gehören; sie einem deutschen Volkscharakter, einem wie immer verschütteten nationalen Ansich zuzuschreiben, bedeutet nichts anderes, als den Begriff ,,Nationalcharakter'' zu bestätigen. Denn dieser Begriff hat in der Moderne den Rang einer politischen Kategorie, einer Denkform, die unabhängig von allen Inhalten ideologisch wirksam ist.

Sicher ist auch dieser Begriff nicht gänzlich ohne Anhalt an der Realität. Geschichtlich begründete Unterschiede in der Massenpsychologie sind augenfällig, scheinen jedenfalls plausibel. Behandelt man solche Unterschiede aber wirklich als solche der Massenpsychologie, also nach Kriterien empirischer Forschung, dann haben wir mit der Möglichkeit geschichtlicher Veränderung und breiter Abweichung vom idealen Typus zu rechnen. Dann freilich verbietet sich der Terminus des Charakters, der das Festgezurrte, Unveränderliche meint und selbst einem alternativen ,,Nationalismus'', der sich auf Noch-nicht-seiendes beruft, fehlt dann die Grundlage. Auch scheint er strategisch nicht besonders sinnvoll. Wer unbedingt ein Vaterland braucht, hält sich ans vorhandene und ist mit dem Versprechen auf ein zukünftiges ,,echtes'' schwerlich zu locken. Übrigens hat gerade Bloch davor gewarnt, sich nachahmend auf Irrationalismen wie den Nationalismus einzulassen — das Orginal ist immer besser. Da es ferner unstrittig ist, daß kulturelle Besonderheiten bewahrt und entwickelt werden sollen, stünde mit ihm allein zur Debatte, ob man den Begriff der Nation utopisch gleichsam salonfähig machen darf.

Wenn es nun richtig ist, daß der Nationalismus eine Ideologie darstellt, die utopische Energien, die auf ein besseres und gerechteres Leben gerichtet sind, zu binden und zu mißbrauchen vermag, dann kommt es offenbar auf den Versuch an, sie aus dieser Bindung zu befreien. ■

H.E. Schiller ist Autor des Buches: Bloch-Konstellationen, Utopien der Philosophie. Zuklampen, Lüneburg 1991.

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

In der
November-Ausgabe des *express*:

IG-Metall-Gewerkschaftstag ● Jugendarbeit des DGB: Die Rettung der ,,ran''? ● DPG-Gewerkschaftstag ● Mindesteinkommen ● Nord-Süd-Konferenz des DGB ● Interview zur Ausländerfeindlichkeit in den Betrieben ● Situation bei Carl Zeiss in Jena ●IG Medien und der Solidarpakt ● Europäische Sozialunion — eine Falle speziell für Frauen u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

Zur Erinnerung an Niko Diemer

1983 hatten wir in der Widersprüche-Redaktion ein Heft mit dem Titel ,,Lebenssatt" gemacht. Es ging um Älterwerden, Sterben und Tod in dieser Gesellschaft. ,,Lebenssatt" war für uns Chiffre für ein bewußt gelebtes Leben, für den Versuch, im Falschen doch das subjektiv Richtige durchzusetzen, für den Versuch, zu genießen, zu verändern, Reichtum in Beziehungen und nicht in Waren zu finden. Es war das vielleicht naive Bild für ein Leben, in dem mann/frau am Ende das Bewußtsein hat, genug Zeit für sich und seine/ihre Wünsche und genug Kraft für deren Verwirklichung gehabt zu haben (,,nichts versäumt zu haben") — wenn denn die Voraussetzung, die sich in das Bild einschleicht, daß Wünschen ein Ende haben könnte, überhaupt stimmt.

Niko ist nicht lebenssatt gestorben. Im Gegenteil. Der Krebs hat sich seiner bemächtigt in einer Zeit, in der Niko hungrig nach Leben war.

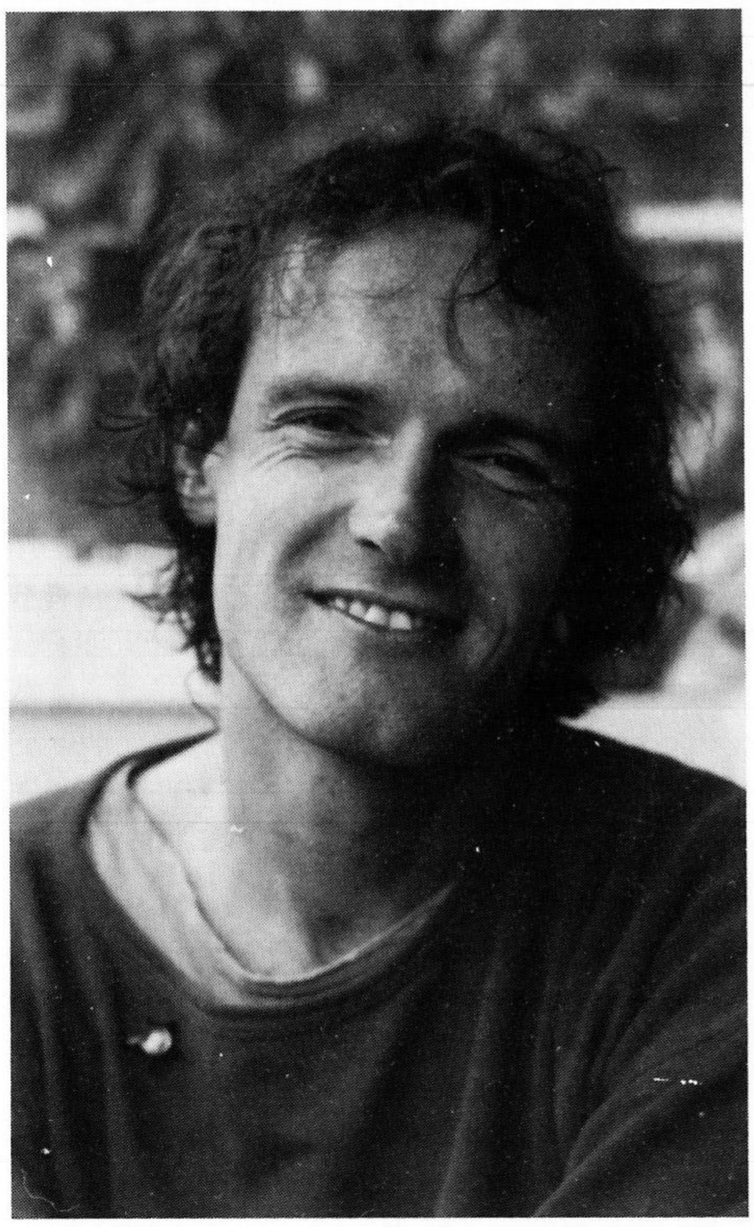
Es ist keine sieben Monate her, daß er mit seiner Lebensgefährtin in eine neue Wohnung gezogen war; es war zu Jahresanfang, als er seine neue Arbeit beim Zentrum für Sozialpolitik der Uni Bremen beginnen konnte.

Die Krankheit war für ihn Sabotage an seinen Lebenswünschen, zu denen auch wesentlich der gehörte, seiner heranwachsenden Tochter Vater sein zu können.

Niko ist vierzig Jahre alt geworden, viel zu früh gestorben, selbst wenn der Tod sich am Ende als Erlösung vom terrorisierenden Schmerz der Krankheit darstellen konnte.

Als einer der Nach-68er-Generation teilte er mit uns viel an persönlicher und politischer Geschichte. Von Neckarsulm aus schüler- und jugendkulturell bewegt aufgebrochen, ging er zum Sozialpädagogikstudium nach Tübingen. In Seminaren Ernst Blochs oder in lebendigen Diskussionszirkeln der studentischen Öffentlichkeit konnte er beginnen, seine Neugier auf eine Wissenschaft zu stimulieren, die erklärt, was die Gesellschaft zusammenhält und was über sie hinaustreibt.

Es war sicher kein Zufall, daß er seine ,,politische Heimat" in Tübingen im Sozialistischen Zentrum fand (welches sich kollektiv dem Sozialistischen Büro anschloß), war dort doch etwas versammelt, was Niko immer gereizt hat: die Lust am Denken, die Lust am Leben und der Wille zur Einmischung. Einmischung bedeutete ihm viel: Einmischung über Wissenschaftskritik in die sich selbst überschätzenden Botschaften Kritischer Pädagogik, Einmischung in den undemokratischen Alltag des Wissenschaftsbetriebs über Gremienarbeit und Streiks, Einmischung in die Strategiedebatte der Linken und Einmischung in die Lebensverhältnisse vor Ort.



Dabei ist er nie in der Einmischung aufgegangen, sondern konnte sich eine selbstreflexive, kritische Distanz bewahren zu dem, was er als politische und soziale Bewegung mitbewegte. Nachlesbarer Ausdruck dessen sind z.B. seine Texte im Rahmen der Tübinger Ernst-Bloch-Tage ,,Marxismus und Naturbeherrschung" und ,,Zur konkreten Utopie der gesellschaftlichen Arbeit". Hier ließe sich auch zeigen, weshalb Niko keiner war, der ,,Abschwörer" werden mußte: Kritik des realen Sozialismus und Kritik an den gleichmacherischen-herrschaftlichen Abstraktionen kapitalistischer Vergesellschaftung sind schon da weit angedacht.

Auch die Erinnerung der Überforderung durch den politischen Lebensstil unserer Generation hat er geteilt: Die politische Organisation und der/die Einzelne Aktivist/in als Allzuständige wurden spätestens dann als Allmachtwünsche und Überforderungen benennbar, wenn sie zur ,,Arbeit" wurden und ,,persönliche", ästhetische Bedürfnisse, auch Lust am neu denken, zu kurz kamen oder der Einstieg in den Sozialpädagogenberuf einfach freie Zeit wegnahm.

Spezialisierungen, Zuspitzungen, Konzentration auf bestimmte gesellschaftliche Konflikte konnten so auch als Befreiung erfahren werden und setzten Potenzen frei, z.B. im (Zeitschriften-) Projekt der ,,Widersprüche" maßgeblich und unersetzbar an den Debatten um die Krise des Sozialstaats, um alternative, selbstbestimmte Formen der Vergesellschaftung des Sozialen mitzudenken und mitzuarbeiten.

Aber auch diese Zuspitzungen konnten ihn nicht von den großen Fragen der Gesellschaftstheorie befreien, denn ihm war viel zu klar, daß Veränderungen denken immer auch heißen muß, über das Ganze der Gesellschaft nachzudenken — und das hieß für ihn zuallererst auch immer Kritik.

In seiner Bremer Arbeit im Rahmen des Netzwerk schien er eine Zeitlang den Ort gefunden zu haben, wo er die theoretische wie praktische Suche nach alternativen Vergesellschaftungen vereinbaren konnte. Er war Motor wie kritischer Begleiter der Projektlandschaft. Hier kam er wieder mit der ,,Versuchung" der politischen Macht, die allein wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten suggeriert, in Berührung. Seine kritische Reflektionsfähigkeit und das Wissen und die Erfahrung, was politische Macht an Disziplinierung und Beschädigung des Subjekts, das an ihr Teil hat, bedeuten kann, ließen ihn doch nach anderen Wegen suchen für eine Politik des Sozialen, die den Subjekten Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet statt sie bürokratisch-versorgend zu entmündigen.

Erst spät konnte sich Niko dazu durchringen, einen professionellen Zugang zur Wissenschaft zu finden. In seinem Kampf um einen Ort als Intellektueller in der Gesellschaft schien ihm der Universitätsbetrieb lange ein nicht erstrebenswertes Ziel. Es gab für ihn zuviel Erfahrung mit den negativen Seiten gesellschaftlich angehobener Wissensproduktion: Konkurrenzhafte Hahnenkämpfe, Produktionsdruck in der Veröffentlichungsarena, Skepsis gegen das Vertrauen aufs ,,bessere Argument" als Kraft

NACHRUF

25.4.52 - 21.9.92

der Emanzipation — aber auch bewußte Entscheidungen für andere Zeit-brauchende Lebenswünsche, aber auch Ängste, den Mechanismen des Wissenschaftsbetriebs überhaupt gewachsen zu sein. Und schließlich gab es auch immer wieder Orte in und außerhalb des SB, wo er seine Kapazitäten einbringen konnte.

Im letzten Jahr dann schien die Balance gefunden: eine halbe Stelle im Zentrum für Sozialpolitik, mit Zeit für Netzwerk, mit Zeit für die ,,Widersprüche", für politische Einmischungen und für den Reichtum an Beziehungen.

Das Zulassen dieses Wunsches, die Neugier an Erkenntnissen über ,,Was treibt, was hindert die gesellschaftlichen Subjekte" machte ihm auch Lust, ,,unprofessionell" darüberhinauszudenken: schon länger war ihm die Frage, was heute noch ,,links" ist, zentral.

Jenseits von zeitgeistigen Moden trieben ihn radikale Fragen an: Sind die autoritären Fabrikgesellschaften sowjetischen Typs und die modernen kapitalistischen Industriegesellschaften nicht beide Kinder der Aufklärung, zwei in je eigener Art herrschaftliche Formen der Moderne? Und: wie ist nach und mit den Erfahrungen des realen Sozialismus und seiner Überwindung, nach dem Scheitern auch anderer Utopien, gesellschaftliche Synthesis möglich, die sich bewußt und nicht nach dem Modell totalitär-einheitsstiftender ,,Systeme" vollzieht?

In seinen Worten: ,,Gesellschaft soll etwas anderes sein als der Krieg der Warenbesitzer, als der Krieg der Männer gegen die Frauen, als Krieg gegen die Natur. Gesellschaft soll auch etwas anderes sein als ein Arbeits-Erziehungs-Lager im Dienste eines höheren geschichtlichen Fortschritts. Gesellschaft als Diskurs der Wünsche meint das Verfestigen des Sozialen im Prozeß des sozialen Diskurses, nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen. Ausgangspunkt wird sein, die Differenzen der Subjekte und die Differenz der Geschlechter anzuerkennen. Diskurs bedeutet Anerkennung, aber keinen Einigungszwang zu unterstellen (...). Zusätzlich lehrt uns die Erfahrung des real-sozialistischen Scheiterns, die Bedürfnisse der Subjekte nach Differenzierung ernstzunehmen — sonst regredieren diese schnell zu Bedürfnissen nach sozialer Hierarchie, nach Herrschaft und Unterwerfung. Diskurs der Wünsche meint demnach, begrenzte und differente Gesellschaftlichkeiten zu definieren: Begrenzt gegenüber den gemeinschaftlichen, privaten, Liebes- und Gesellungsformen der Menschen und vielgestaltige Sozialitäten ermöglichend."

Doch wie läßt sich dafür Raum im Politischen eröffnen? Für ihn ermöglichen das u.a. ein ,,Projekt der Freiheit und der Differenz" wie ein ,,Projekt einer Kultur des Sozialen gegen Waren und Beschleunigung": ,,Das Projekt einer ‚Politik der Differenz' will nicht Gesellschaft, Soziales, Kulturen gestalten, sondern Räume, Infrastrukturen, Förderinstrumente schaffen für die verschiedensten Gesellungsformen, Geschlechterbeziehungen, Multi-Kulturen und Produktivitäten — jenseits der Zwangsnormen von Normalarbeit und Normal-Ehe" und: ,,Linke ökologische Politik führt den gesellschaftlichen Diskurs darüber, was Reichtum ist. Ist Reichtum das Immergleiche der Waren oder der Reiz des Fremden an Menschen? Reichtum könnte Lust am Verstehen sein, statt beherrschen und gleichmachen wollen. Reichtum ist Anerkennung der Differenz der Geschlechter und Generationen statt coole Androgynität. Sich-Zeit-Lassen-Können ist Reichtum, sich erfahren in Zeit, Raum, Körperlichkeit..."

Die Möglichkeit, zur Weiterarbeit an diesen Fragen und ,,Projekten" sich Zeit zu lassen, hat ihm die Krankheit geraubt.

Wenn Niko darüber redete oder schrieb, was aktuell die Gesellschaft mit Menschen macht, fiel oft der Begriff ,,sozialer Tod", ein Bild der Entwertung des Subjektes, des Alleingelassen-Werdens, des Ausgegrenztseins. Ihm waren gemeinsame, solidarische, kollektive Zusammenhänge wichtig: sei es die gemeinsame Verarbeitung des Übergangs von der Uni in den Beruf, sei es die gemeinsame Übersiedlung nach Bremen, seien es Wohngemeinschaften, die sich auflösten und Freundschaften und Lieben, die Bestand hatten. Den Tod des Alleingelassen-Werdens muß er nicht erleben; er wurde begleitet und konnte die Erfahrung teilen und andere teilhaben lassen, daß selbstgewählte, in Freiheit übernommene gegenseitige Verantwortlichkeit nicht umsonst ein Traum von uns ist.

Dennoch bleibt Schmerz und Zorn über diesen Verlust.

WOLFGANG VÖLKER

Was bleibt?

Viel weggebrannt
von Qualen der Zeit
von Qualen des eigenen Leibes —
Was bleibt
scheint wenig

Da aber scheidet es sich:
Entweder die Fertigkeit
das Glas noch zum Munde zu führen
den Unrat
rechtzeitig zu entfernen
die Lage im Bett zu finden
die die leidigen Schmerzen
minutenlang abhält
Vielleicht sogar die Kunst
anzukämpfen
gegen den Krankheitsgeruch —
sonst nichts

Oder
zu sehen
und dann und wann zu verknüpfen
einige treibende
lange Gedankenfäden
Strophen von Hölderlin
mit der Marseillaise
Sätze von Hegel und Marx
oder Bloch und Schönberg
mit dem Herbstwind herüber vom nahen Wald
oder auch mit einigen von den Worten
die sie dem Juden
Jesus von Nazareth zugeschrieben haben

Dazwischen Bilder:
Rosa, Ulrike, Rudi,
Erzbischof Romero, Che, die Schatten der Namenlosen
und Rauch von Auschwitz
und Lichtschein von Hiroshima

Worte bleiben
Gefühle
Gedanken
Wissen und Angst
Zorn bleibt und Widerstand
und keine Ruhe
Und Wünsche bleiben
auch einfache Wünsche für Menschen
(für sehr nahe und unbekannte)
und Hoffnungen auf eine Zukunft

Einiges bleibt
nach dem eigenen Bleiben
Die ganze Welt soll bleiben —

Oder bleibt nichts?

ERICH FRIED

Doitsch-Stunde

Die substantielle Basis für alle Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen war der beste völkische Konsens dieser Gesellschaft. Die militante Linke steht dem mit ihrem Faschismusbegriff, oder, böse gesagt, mit ihren Faschismusreflexen, relativ hilf- und konzeptionslos gegenüber. Der völkische Konsens ist in diesem Lande eine klassentheoretisch nicht zu greifende gesellschaftliche Stereotype. Rassistische und antisemitische Einstellungen korrespondieren mit ihm. Völkisches ist Allgemeingut und wird daher selten wahrgenommen. Dieser Konsens ist politisch keinesfalls auf rechte Schlägerbanden oder Neonazis festgelegt. Ihn innerhalb des politischen Spektrums nicht eindeutig verorten zu können, trägt dazu bei, daß die Autonomen der Sache nicht beikommen. — Es spricht die Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe (Frankfurt) deren Buch ,,Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse?" gerade bei der edition ID-Archiv erschienen ist. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Zoff & Co, der Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit und der Buchhandlung ,,Jos Fritz".
Termin: 1. Dezember '92, 20.00 Uhr
Ort: Freiburg, Vorderhaus der Fabrik, Habsburgerstr. 9

Antisemitismus

Wie antisemitisch sind die Deutschen heute? Droht eine Wiederholgung der Vergangenheit? Das neue Deutschland ist aus der Zeitrechnung des Westens ausgeschert. Während man in London und Washington vom ,,Ende der Geschichte" spricht, werden in Bonn und Berlin die Uhren auf die ‚Stunde Null" gestellt. Nach der Wiedervereinigung werden die alliierten Bewährungshelfer nach Hause geschickt. Im Windschatten des Nationalismus bricht der Antisemitismus an den Stammtischen aus: Kanzler Kohl attackiert den Jüdischen Weltkongreß, der ,,Spiegel" zeichnet Gregor Gysi als hakennasigen ,,Drahtzieher", die FAZ lobt antisemitische Bücher und die Hamburger Polizei fahndet nach orthodoxen Juden — das schützende Tabu ist zerbrochen.

Es spricht Jürgen Elsässer (Stuttgart), der u.a. für ,,konkret" schreibt und dessen Buch ,,Antisemitismus — das alte Gesicht des neuen Deutschlands" gerade im Dietz-Verlag, Berlin herausgekommen ist. In Zusammenarbeit mit der Buchhandlung ,,Jos Fritz" und der Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit.
Veranstalter: Sozialistisches Forum, jour fixe
Termin: 17. November, 20.00 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

TERMINE

Nehmt teil an der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit

Samstag, 14. Nov. 1992 in Bonn (Beginn 12 Uhr)

Zu dieser Demonstration ruft bundesweit ein Trägerkreis von Menschen- und Bürgerrechtsgruppen, Flüchtlingsräten, Ausländervereinen, Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen Antisemitismus, Gruppen der Friedensbewegung, der Kirchen, von Jugendorganisationen usw. auf. Koordination, Information: Büro Friedenskooperative, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Telefon 022 / 692904, Telefax 0228 / 692906

Jugendhof Steinkimmen

Medienwerkstatt '92: Fortbildung für MitarbeiterInnen in der Jugend- und Kulturarbeit (Video, Theater, Siebdruck)
Termin: 7. - 11. Dezember '92
Filmseminar: Die (un)würdigen GreisInnen — Alte Menschen im Film.
Termin: 27. - 29. November '92
Israel-Reise mit Seminar und Video-Workshop für MitarbeiterInnen in der Jugend- und Kulturarbeit.
Termin: voraussichtlich 25. April — 9. Mai 1993
Infos und Anmeldung: Jugendhof Steinkimmen, z.H. Jürgen Fliege, 2875 Ganderkesee 1, Tel.: 04222/4080

Wasserbilanzen Rhein-Main-Gebiet

Die Region sitzt auf dem Trockenen. Die derzeit erstellte ,,Wasserbilanz 1990 - 2010" der Arbeitsgemeinschaft Wasserversorgung Rhein-Main (WRM) ist daher politischer Treib- und Sprengstoff gleichermaßen. Zwei Auswege aus der prognostizierten Trinkwasserknappheit der Region stehen sich gegenüber: Zusätzliche Wasserförderung im Hessischen Ried und im Vogelsberg oder rationelle Wasserverwendung (Wassersparen und verstärkter Einsatz von Brauchwasser).

Die Politiker und Experten streiten über Wege und Abwege in der Wasserpolitik der Stadt Frankfurt und des Umlandes.

Es diskutieren: Dr. Gerhard Björnsen, Beratende Ingenieure GmbH (Autoren der ,,Wasserbilanz 1990 - 2010"), Koblenz (angefragt) / Tom Koenigs, Umweltdezernent Stadt Frankfurt / Dr. Thomas Kluge, Institut für sozial-ökologische Forschung / Roland Schaeffer, Umweltforum Frankfurt / Dr. Aicha Vack, Institut für sozial-ökologische Forschung / Jürgen Wann, Direktor der Stadtwerke, Frankfurt, WRM / N.N., Regierungspräsidium Darmstadt
Veranstalter: Institut für sozial-ökologische Forschung
Termin: 12. Nov. '92, 19.30 Uhr
Ort: Holzhausenschlößchen, Justinianstr. 5

Asyl/Frauen/RAF

Asyl
Historische und rechtliche Hintergründe des Asylrechts in Deutschland; Was hat sich im Asylrecht bis heute verändert? Analyse der Vorurteile und rechten ,,Argumente"; Festung Europa — Aussicht des Asylrechts.
Termin: 14./15. November '92
Ort: Bochum
Frauen
Frauenbewegungen im internationalen Vergleich
Termin: 5./6. Dezember '92
Ort: Bielefeld
RAF
Am 10. April 1992 hat die RAF die Einstellung des bewaffneten Kampfes bekanntgegeben und gleichzeitig erklärt, sich am Diskussionsprozeß über die Rolle und Aufgaben der Linken zu beteiligen. Seitdem haben in Teilen der Linken neue Diskussionen über Aufgaben und Strategien begonnen. Wir wollen deshalb auf diesem Seminar die Geschichte der RAF behandeln und dabei nicht ihre Inhalte aus den Augen verlieren. So soll das ,,Konzept Stadtguerilla" diskutiert werden.

Als weiterer Schwerpunkt ist der Rückblick auf die Reaktionen des Staates im ,,Deutschen Herbst" 1977 geplant. Hierzu haben wir Christian Ströbele eingeladen.
Termin: 18. - 20. Dezember 92
Ort: Warstein
Veranstalter für alle: Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29 c, 5600 Wuppertal 1, Tel.: 0202/455054, Fax: 0202/451123

Nationalismus

Wir wollen bei diesem Seminar — das übrigens eher den Charakter eines Workshops haben soll, also ohne geladene Referenten — das Thema Nationalismus vor allem von zwei Seiten beleuchten:

1. Nationale Identität: notwendiger Teil der menschlichen Identität? / reaktionärer Müll, der durch internationalistische Gesinnung zu ersetzten ist?

2. Nationale Befreiungsbewegungen: kann Nationalismus heute noch Basis von wirklicher Befreiung sein? / Nationales Selbstbestimmungsrecht über alles? / verdienen nationale Befreiungsbewegungen immer unsere Solidarität?

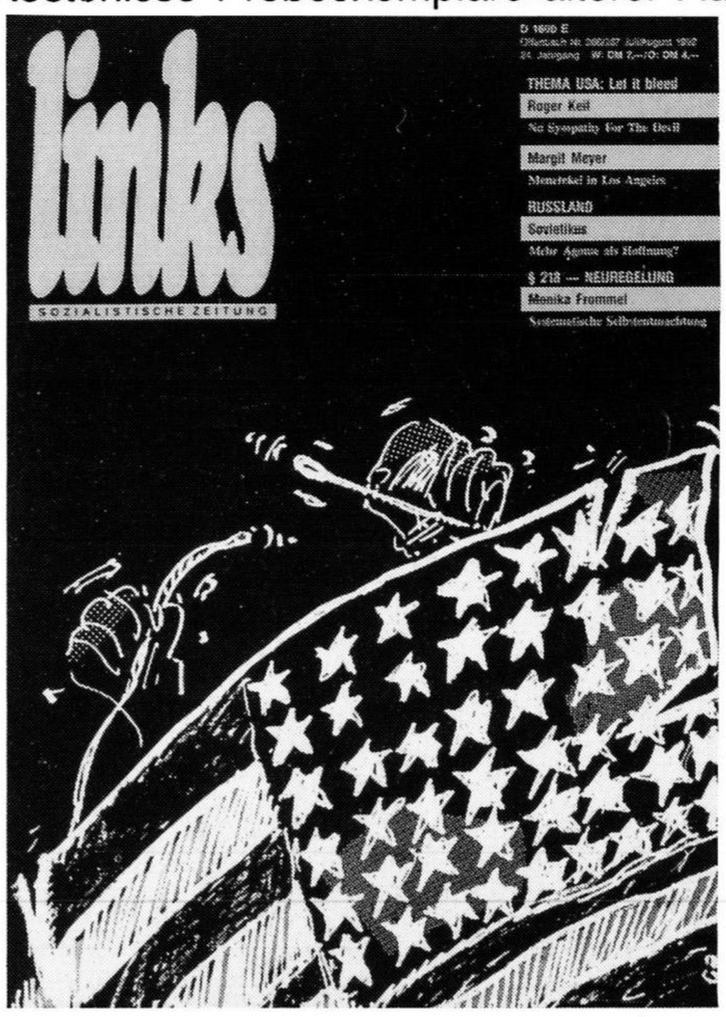
Das Seminar wird in Zusammenarbeit mit dem Antifaschistischen Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum vorbereitet.

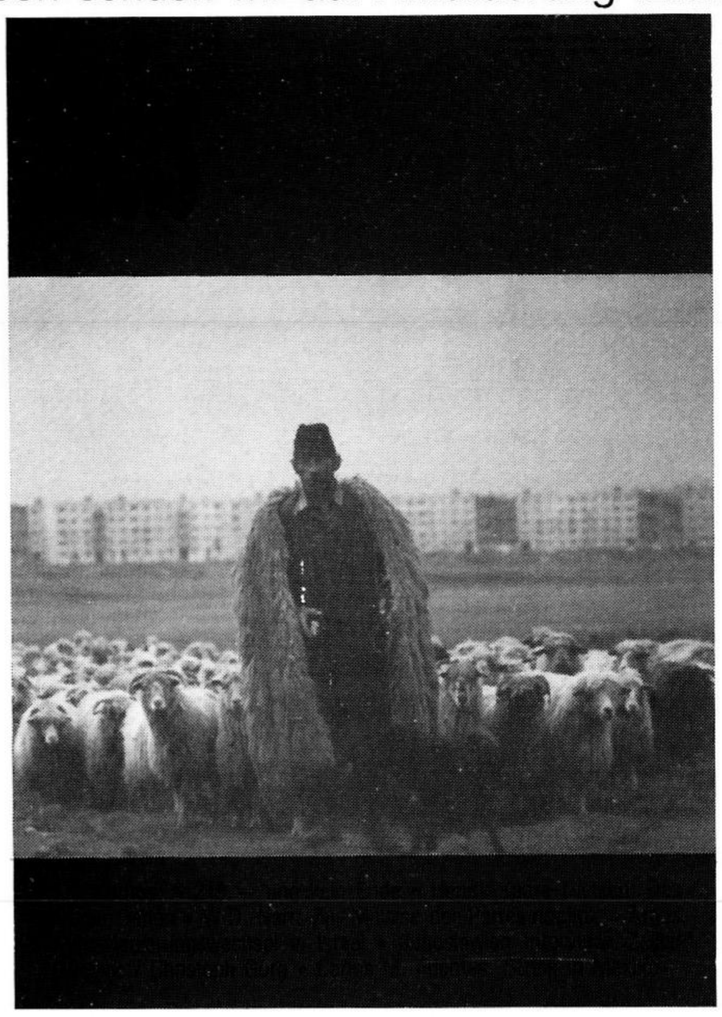
Wer sich zur Teilnahme am Seminar — bis spätestens 7.11.92 — anmeldet, bekommt von uns eine kleine Materialsammlung zugeschickt. Zur Finanzierung des Seminars — Materialmappe, Imbiß etc. — ist ein Teilnahmebeitrag von DM 20 zu zahlen. Die TeilnehmerInnenzahl ist auf maximal 30 Personen begrenzt, also meldet Euch zügig an.
Termin: 21./22. November '92
Ort: Nürnberg
Anmeldung: H.J. Schmitt, Brükkenstr. 23, 8500 Nürnberg

ÖKONZEPT : BildKalender. Blatt für Blatt konsequenter Umweltschutz.
Im Handel erhältlich oder für Informationen diese Anzeige einsenden an:
ÖKONZEPT : Verlag GmbH : Postfach 150234 : 4000 Düsseldorf 1 : Telefon 0211-216018
ÖKONZEPT : Natur hat Zukunft

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu Los Angeles, Rußland, Jugoslawien, Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden R.v. Plottnitz zur Asylfrage, dem Konflikt um Berg-Karrabach und zur Europäischen Herrschaft.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.





Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____
Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____
Straße

_____
Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____
Name der Bank

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Daß ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

_____

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno 1

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-
Buchladen
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstraße
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7